

# AKADEMIE -REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82323 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51  
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: [B.Bachmann@apb-tutzing.de](mailto:B.Bachmann@apb-tutzing.de)



## Prägekräfte des Jahrhunderts



*Hochrangige Wissenschaftler nahmen auf einer Akademietagung in Nürnberg das „Jahrhundert der Extreme“ unter die zeitgeschichtliche Lupe. Von links nach rechts: Beiratsvorsitzender Siegfried Kett, Akademiedirektor Heinrich Oberreuter und Kuratoriumsvorsitzender Hans Maier.*

*Fotos: gia*

Seite 15

## Mit offenen Ohren ins dritte Jahrtausend

Können immer mehr Menschen - vor allem junge Leute - immer schlechter zuhören? Wenn ja: welche Folgen hat diese Tatsache für den Einzelnen, für das Lernen, für die Gesellschaft und die politische Kommunikation? Und: welche Konsequenzen sind in der Bildungspolitik für die Schule von morgen zu ziehen? Eine interdisziplinäre Fachtagung der beiden Tutzinger Akademien, dem Lehrstuhl für Grundschuldidaktik der Universität München und dem ISB suchte nach Antworten. Hör- und Klangerlebnisse verschiedener Art machten das Programm zu einer ganzheitlichen Sinneserfahrung.

Seite 3



*Ein etwas anderes Tagungsende: die Tutzinger Küchensamba bot ein Hörerlebnis der besonderen Art.*

### Kosovo:

#### Zukunft einer Konfliktregion

Die ungelösten Zukunftsprobleme der Krisenregion Kosovo nach dem Ende des Krieges standen im Mittelpunkt einer Tagung der beiden Tutzinger Akademien sowie der Südosteuropa-Gesellschaft und dem Südost-Institut.

Seite 30

### Mauerfall:

#### Zwischenbilanz des Vereinigungsprozesses

Fast genau zehn Jahre nach der Öffnung der Berliner Mauer versuchten Politiker, Wissenschaftler und Journalisten aus den alten und inzwischen gar nicht mehr so neuen Bundesländern eine Zwischenbilanz des inneren Einheitsprozesses in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Seite 17

### Wirtschaft:

#### Arbeit für alle?

Internationale Erfahrungen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Übertragbarkeit erfolgreicher Modelle auf die Bundesrepublik waren die Themen einer Fachkonferenz mit Experten aus den USA, Großbritannien, den Niederlanden, Dänemark und Schweden.

Seite 23

### Akademie im Internet:

<http://www.apb-tutzing.de>

Aktuelle Themen und Termine, die neuesten Programme und Informationen zur Akademiearbeit. Und online anmelden!

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
Mit offenen Ohren ins dritte Jahrtausend	3
Zeitenwende - Wendezeiten - Weltenende?	6
Cyber-Demokratie - Wie Medien die Politik verändern	9
15 Millionen Deutsche sind schon im Internet	12
Erzieherinnen erproben den Einsatz neuer Medien im Kindergarten	12
Auf der Suche nach der Welt von morgen	13
Prägekräfte des Jahrhunderts	15
Wächst zusammen, was zusammengehört?	17
„Die Stasi war immer dabei“	22
Arbeit für alle in der zukünftigen Gesellschaft?	23
Subsidiarität und Gerechtigkeit	26
Hitlers Krieg und Stalins Absichten	28
Kosovo - Seine Nachbarn und Europa	30
Symbiose von Orient und Okzident	33
Das Europäische Parlament im institutionellen Gefüge der EU	34
Politik unter Ausschluss der Öffentlichkeit?	35
Rezensionen - Neuerscheinungen - Publikationen	36
Zeitungsecho - Medienstimmen - Pressesplitter	39
Themen - Tagungen - Termine	44
Namen und Nachrichten / Anmeldeformular	48

## Direktor der Akademie:

Prof. Dr. Heinrich **Oberreuter**

## Vorsitzender des Kuratoriums:

Prof. Dr. Hans **Maier**

## Vorsitzender des Beirats:

Siegfried **Kett**

## Kollegium:

Dr. Horst **Denzer**, Dozent  
Grundsatzfragen von Staat und Politik,  
Internat. Politik

Gebhard **Diemer**, M.A., Dozent  
Internat. Politik, Pol. Ideengeschichte

Klaus **Grosch**  
Internat. Politik, Landeskunde, Sozial-  
politik und -arbeit, Erwachsenenbildung

Dr. Peter **Hampe**, Dozent  
Wirtschafts- und Sozialpolitik, Politische Bildung

Dr. Uwe **Kranenpohl**  
Pers. Referent des Direktors  
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Jürgen **Maruhn**, Dipl. Volkswirt  
Wirtschaftsordnung, Extremismus,  
Sicherheitspolitik

Dr. Michael **Piazolo**, Dozent  
Europapolitik, Staats- und Verfassungsrecht,  
Rechtspolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent  
Medien, Kommunikationspolitik,  
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Jürgen **Weber**, Dozent  
Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz **Willenborg**  
Gesellschaft und Umwelt,  
Sozialpolitik und -arbeit

## Organisationsreferat:

Elke **Lelsching**  
Dipl.-Betriebswirtin (VWA)

## Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung  
Buchensee 1 82323 Tutzing  
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14  
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>  
E-Mail: [B.Bachmann@apb-tutzing.de](mailto:B.Bachmann@apb-tutzing.de)

## Redaktion:

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich **Oberreuter**  
(verantw.)

Dr. Michael **Schröder**  
(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: Karin **Sittkus**

## Druck:

Offsetdruck Schwarz GmbH  
Rohrauerstraße 70 81477 München

Logo: KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben



# Mit offenen Ohren ins dritte Jahrtausend

Wissenschaftler verschiedener Disziplinen debattieren über die Unfähigkeit des Zuhörens und die Folgen für Politik und Gesellschaft

**E**ine Initialzündung sollte die Tagung werden: ein Anstoß für ein besseres Zuhören und damit besseres Verstehen. Die beiden Tutzingener Akademien, der Lehrstuhl für Grundschulpädagogik und -didaktik sowie das Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung (ISB) hatten sich als Veranstalter des Symposiums „Mit offenen Ohren ins dritte Jahrtausend“ zusammengefunden. Groß war die Resonanz aus allen Berufssparten, die mit dem Hören umgehen: Erzieherinnen, Lehrer, Journalisten, Therapeuten, Pfarrer, Hochschullehrer. Praktiker und Wissenschaftler setzten sich mit der These der Tagung auseinander, dass die visuelle Dominanz unserer Medienwelt wesentlich mit dafür verantwortlich ist, dass wir immer schlechter zuhören können. Die Bereitschaft, sich ausdauernd und konzentriert auf das gesprochene Wort einzulassen, lässt nach. Darunter leidet nicht nur der direkte Informationsaustausch, sondern auch die Qualität der sozialen Beziehungen.

Der Sprachwissenschaftler Hartwig Eckert von der Universität Flensburg widmete sich der engen Beziehung zwischen Sprechen und Hören: „Her voice is full of money“. Mit diesem Zitat aus F. Scott Fitzgeralds Roman „Der große Gatsby“ und zahlreichen



Professor mit Sprachwitz und parodistischem Talent: Hartwig Eckert.

akustischen Beispielen machte er die häufig überhörten Wirkungen des Sprechens überdeutlich: In Gespräch und Rede sind Worte und Sätze nie ohne ihre nonverbalen Anteile. Mächtig seien sie, einflussreicher als man gemeinhin glaube, so der Flensburger Professor. Stimmen und ihre Klänge rufen oft unweigerlich Urteile über



Sabine Jörg: „Nur wer auf offene Ohren trifft, wird auch ein guter Zuhörer!“

Sprecher und Gesprochenes beim Publikum hervor: Stimmen äußern sich immer auch zu den Befindlichkeiten ihrer Benutzer. Sprechmarotten, Fehler und unbewusste stimmliche Offenbarungen haben oft fatale Folgen. Denn was der Klang einer Stimme an Eindruck zerstört, muss erst mühsam durch Argumente auf- und eingeholt werden. Stimmen sind, so Eckert, wie ein vokaler Palimpsest, also wie die versteckte, ursprüngliche Botschaft unter dem Text. So gebe das Wie des Sprechens dem Was des Gesagten eine ganz neue Richtung. „Wenn es uns gelingt, dafür die Ohren zu öffnen,

wird die Welt nie wieder dieselbe sein; es wird sein, als sehen wir alle Kaiser ohne ihre neuen Kleider.“

Mit dem Hören und der menschlichen Entwicklung beschäftigte sich die Münchner Psychologin Sabine Jörg. Sie erläuterte, dass vorgeburtliche Höreindrücke differenzierter seien als lange Zeit angenommen. Entsprechend „hellhörig“ komme ein Kind zur Welt. Unfähig, seine Lage zu verändern, hilft ihm das Gehör, seine Umgebung zu erkennen. „Das Kind lauscht in die Welt und verschafft sich selbst Gehör: es schreit. Je nachdem, welche Erfahrungen das Kind damit macht, entwickelt es Vertrauen und Zuversicht oder Angst.“

Das Ohr habe eine kognitiv-emotionale Doppelfunktion: Sprache und Musik sind zuerst Botschafter von Gefühlszuständen, dann erst Träger von Inhalten. Der Weg zur sprachlichen Kognition führe durch die Emotion. Die Wissenschaftlerin erinnerte an den Ursprung des Wortes „Person“: per sonum, durch den Klang erkennen Menschen einander. Auch deshalb seien kleine Kinder so begierig auf das Geschichtenerzählen. Nur leider werde dies wegen der Überbetonung der intellektuellen Entwicklung allzu oft vergessen.

## Hinwendung und Konzentration

Im Laufe der menschlichen Entwicklung werde die Welt immer lauter und die akustische Orientierung komplizierter. Das Herausfiltern von bestimmten Geräuschen verlange besondere Hinwendung und Konzentration. Weil unser akustischer Filter aber stör-anfällig sei, sei das Gefühl, gehört zu werden, besonders wichtig: „Nur wer auf offene Ohren trifft, wird auch ein guter Zuhörer!“

Von einem interessanten Schulversuch in der Schweiz berichtete die Pädagogin Maria Spychiger von der Universität Fribourg. Einige Sachkundestunden wurden durch einen erweiterten



Musikunterricht ersetzt. Das Projekt wollte herausfinden, welche Wirkungen das auf die Kinder hatte. Neben der zu erwartenden Verbesserung des musikalischen Wissens zeigten sich andere, positive Wirkungen. Laute Klassen wurden leiser und schwierige wurden erträglicher. Zudem erhöhte der Musikunterricht den Zusammenhalt in den Klassen und minimierte die Tendenz, einzelne Schüler auszugrenzen. Und obwohl die Klassen weniger Unterricht in den Hauptfächern hatten,



**Ausgrenzung minimieren, Zusammenhalt maximieren durch Verstärkung des Musikunterrichts: Maria Spychiger.**

schnitten sie im Durchschnitt genauso gut oder sogar leicht besser ab als die Vergleichsklassen ohne erweiterten musischen Unterricht. „Musik macht Flügel für ein besseres Lernen“, so die Pädagogin. Und noch ein weiteres Ergebnis ihrer Studie konnte die Schweizerin verkünden: die offenen Ohren der Musikschüler machten sie anfälliger für Lärm von außen, schützten sie aber gleichzeitig vor „Lärm von innen“ wie Angst, Leistungs- und Zeitdruck. „Ein Plädoyer für offene Ohren wird sehr schnell politisch: stellen sie sich eine Generation vor, die sich durch Zeit- und Leistungsdruck kaum beeindrucken läßt, aber durch Straßenlärm zu beeinträchtigen ist. Sie würde wahrscheinlich eine laute Umgebung nicht einfach hinnehmen.“ In der anschließenden Diskussion provozierte der Kulturchef des Bayerischen Rundfunks, Christoph Lindemayer, als Moderator die Runde mit der These, die Jugend von heute könne zuhören und tue das auch, wenn sinnliches Zuhören möglich sei. Bir-

git van Eimeren, Medienforscherin des Bayerischen Rundfunks, konnte dies rein quantitativ mit neuen Daten der Publikumsforschung belegen: die Mediennutzung sei stark gewachsen, Radiohören sei die Haupttätigkeit unter allen Medien. Viel Beifall bekam der SPD-Schulpolitiker Eberhard Irlinger, als er die Mängel in der Lehrerbildung und in der Schulpraxis benannte: „Wir haben zwar schöne Schriften vom Kultusministerium, aber keiner fragt nach, was wird davon draußen wirklich umgesetzt. Im Jahr fallen in Bayern 24 000 Wochenstunden Musik aus. In vielen Bereichen knappt's und darauf muß man den Finger legen!“ Solche Kritik blieb natürlich vom Ministerium nicht unwidersprochen. Margot Auer von der Grundschulabteilung forderte mehr Sozialerziehung: „Schulklassen sind Spiegelbilder der Gesellschaft. Und da gibt es zuviel Individualismus und Egoismus. Die Kinder müssen wieder lernen, vernünftig miteinander umzu-

nehmen. So wurde schnell offenbar, wie schwierig es ist, zuzuhören und zu verstehen, selbst wenn man ganz konzentriert darauf ist.

Ein dadaistisches und futuristisches Sprachfeuerwerk brannte am Abend das Stuttgarter Vokalensemble „Exvoco“ ab. Mit Laut- und Klanggedichten u.a. von Hugo Ball, Raoul Hausmann, Christian Morgenstern, Max Bense und Kurt Schwitters zeigten die drei Stimmenkünstler völlig neue Hör- und Klangerlebnisse auf. Das Abenteuer Hören des Tagungstitels wurde sinnlich erlebbar (siehe auch Presse-schau auf Seite 43).

Mit „Hören lernen durch Hören machen“ war der letzte Teil der Tagung überschrieben. Ohrenschmalz, Ohrwurm und Lauschangriff waren das Thema von Volker Bernius vom Hessischen Rundfunk. Hinter diesen Namen verbergen sich einige der zehn Hörclubs in hessischen Grundschulen, die seit einem Jahr existieren. Regelmäßig einmal in der Woche treffen



**Eberhard Irlinger kritisierte Versäumnisse bayerischer Schulpolitik. Rechts die Medienforscherin des Bayerischen Rundfunks, Birgit van Eimeren.**  
Fotos: Giannios

gehen. Mit Zuhören allein ist es nicht getan.“ Und wenn Musikunterricht ausfalle, dann dürfe das nicht sein. Dann müssten und könnten sich Eltern zur Wehr setzen.

Einen Workshop der besonderen Art bot Peter Heusch, Autor, Regisseur und Schauspieler aus Frankfurt: „Vom Dunkel zur Sprache - von der Stille zum Verstehen.“ Es war eine Mischung aus Lesungen (von Walser, Proust u.a.) und kleinen Aktionen wie die „Stille Post“ und andere Verstehens-Spiele mit den erwachsenen Teil-

sich dort die Hörklubkinder in einem eigens dafür eingerichteten Hörklubraum. Genaues Hinhören und Reagieren sei gefragt beim „Papageienspiel“, wo alle nachmachen, was einer vor-macht. Die Phantasie werde angeregt bei den Klängen des Tages. So entstehen Hörbilder, Bilder im Kopf, Erinnerungen, Erzählungen, die die Kinder austauschen.

Elke Dillmann, Medienpädagogin und Journalistin beim Kinderfunk des Bayerischen Rundfunks, stellte das Projekt „Kinder machen Radio“ vor.





*Ein dadaistisches Sprachfeuerwerk feuerte das Vokaltrio Exvoco ab*

Neben dem Hörenlernen wie bei den Hörklubs steht dabei das Hörenmachen im Vordergrund. Außerhalb der Schule sind eigene Kinderredaktionen am Werk: „Ziel ist es, dass die Beiträge ganz regulär im Kinderfunkmagazin des BR laufen.“ Sie schilderte ein freies Experimentierfeld, für das es keine festen Vorgaben gebe und das sehr stark von der neuen Hauptabteilungsleiterin Marion Glück-Levi unterstützt werde. Oft sei es eine Gratwanderung, einerseits die Authentizität der Kinder und die Identifikation mit ihrem Produkt zu erhalten und andererseits die Qualitätsmaßstäbe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu beachten. Für die Kinder sei es ein ungeheures Erlebnis, die eigene Stimme im Radio zu hören, selbst im Radio zu sein. „Für den Sender ist ‘Kinder machen Radio’ ein gutes Mittel der Hörerbindung. Wenn Kinder im Radio Kinder hören, schafft das Nähe und Identifikation. Kinder bekommen so ein Forum, ihre Sicht der Welt darzustellen.“ Dies sei auch eine Erfahrung von Demokratie und Mitgestaltung: „Meine Stimme zählt, ich kann etwas mitgestalten.“ Mit dem Mikrophon in der Hand gehen Kinder auf Autoritäten zu und trauen sich Dinge, die sie sich sonst nicht trauen würden. Die Kinder lernen zuhören - beim Interview und in der Gruppe. Die Zielorientierung sei wichtig, es muß am Ende etwas dabei herauskommen. „Beim Interview sind Kinder viel radikaler als

Erwachsene. Wenn sie etwas langweilig finden, dann sagen sie das auch. Wenn sie begeistert sind, dann können sie sehr gut zuhören.

Joachim Kahlert, Professor für Grundschulpädagogik an der Universität München und einer der Initiatoren und Mitveranstalter des Symposiums, widmete sich in seinem Beitrag der Rolle der Akustik in der Schule. Er zeigte zunächst auf, dass „gekonntes Hören“ in der Schule eher stillschweigend vorausgesetzt als gezielt gefördert wird. Anschließend leuchtete er aus verschiedenen Blickwinkeln den pädagogischen Stellenwert einer gezielten Förderung des Hörens und Zuhörens in der Schule aus. Und er machte noch Vorschläge zur Gestaltung einer entsprechenden, akustischen Lernumgebung wie z.B. lärmfreie Ruhezone mit Brunnen oder Alternativen zum Pausengong oder Klangräume. „Warum sollte es nicht möglich sein, jungen Leuten durch bauliche Maßnahmen eine angenehme Lernatmosphäre zu geben?“ Dafür brauche man nicht gleich die ganze Schule „akustisch durchzustylen“. Anfänge könnten die Einrichtung einer Hörbar oder einer Audiothek sein.

Ein Plädoyer für die Bilder im Kopf durch Hören hielt Walter Flemmer, Kulturchef des Bayerischen Fernsehens in der Abschlusssrunde: „Filme sind viel schwächer als meine Bilder im Kopf. Sprache muß die Bilder im Kopf der Menschen entstehen lassen!

Ich will zu einem literarischen Text nicht die Bilder eines Kameramanns sehen. Es sind meine Bilder. Und es ist faszinierend, dass der gleiche Text in verschiedenen Köpfen unterschiedliche Bilder erzeugen kann.“

Dagegen forderte Otmar Schießl vom ISB Respekt vor den fünf Sinnen des Menschen: „Jedes Sinnesorgan hat seine spezifische Aufgabe. Und Aufgabe der Schule ist es heute, wie wir vielfältige Dinge integrieren können.“ Das Lernen sei entsinnlicht worden: „Wir müssen die Sinnlichkeit des Lernens wieder neu entdecken. Und das darf nicht nur im Grundschulbereich stecken bleiben: Für mich ist noch interessanter, wie mache ich so etwas mit der Kollegstufe? Sinnliches Lernen muß als Prinzip durch die ganze Schule durchgehen!“



*Zum Abschluß der Tagung: Die Tutzinger Küchensamba*

Ein Hörerlebnis der besonderen Art geleitete die Gäste aus der Tagung und belegte zugleich, wie kreativ Schule sein kann: „Küchensamba“ nennt eine Schülergruppe der Realschule Tutzing und der Musikschule Starnberg ihre Aufführung, die ihre Lehrerin Annette Mayer mit ihnen einstudiert hat. Mit Kochtöpfen und allerlei Gerätschaften des Alltags wie Waschbrett und Mülltonne zauberten die Jungen einen hörbaren Hauch von Exotik und Karibik in das winterliche Ambiente am Starnberger See. Ganz im Stil lateinamerikanischer Steelbands und mit einem ungeheuer sicheren Gefühl für Takt und Rhythmus schufen sie ein unnachahmliches Klangereignis für die begeisterten Zuhörer. Ein nicht alltäglicher Ausklang, der den ausgefallenen Charakter der Tagung zusätzlich unterstrich. ■

*Michael Schröder*



## Zeitenwende - Wendezeiten - Weltenende?

### Entmystifizierung einer „magischen“ Grenze

**D**as Jahr 2000: eine magische Grenze! Oder doch nicht? Zumindest wurde der Jahreswechsel 1999/2000 dazu von Medien, Wirtschaft und Öffentlichkeit aufgeblasen. Monatlang wetteiferten Rückblicke und Ausblicke, Analysen und Prognosen; wissenschaftliche und pseudowissenschaftliche Visionen und Prophetien versuchten sich gegenseitig zu übertrumpfen. Doch was ist zu halten von dieser medialen Thematisierung, die in den Augen so mancher zur Inszenierung abrutschte?

Der Jahrzehnt-, Jahrhundert-, Jahrtausend- oder einfach nur Jahreswechsel liegt nun schon einige Wochen zurück. Nur drei Wochen danach analysierte eine Tagung in Tutzing Jahrtausendwechsel als Medien- und Kommunikationsereignisse. Wissenschaftler und Medienpraktiker standen sich gegenüber und diskutierten dynamisch die Bedeutung von Zeitenwenden, Schlüsseldaten und Prognosen.

Die Tagung „Zeitenwende - Wendezeiten - Weltenende?“ war in erstmaliger Kooperation unserer Akademie mit der Fachgruppe Kommunikationsgeschichte der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft (DGPK) konzipiert und durchgeführt worden. Dr. Markus Behmer (Universität München) und Dr. Rudolf Stöber (FU Berlin) organisierten und leiteten zusammen mit Dr. Michael Schröder das Programm.

#### „Das Jahrhundert der Arche Noah“

Der Zukunft gab Prof. Dr. Elisabeth Noelle-Neumann den Namen „Das Jahrhundert der Arche Noah“. Anlass dafür gaben der bekannten Meinungsforscherin die neuesten Umfrageergebnisse ihres Allensbacher Instituts für Demoskopie vom Januar 2000. Sie belegen deutlich, dass Pessimismus und Skepsis der 80er Jahre in Fortschrittsglaube, Optimismus und Hoffnung übergegangen sind. Früher vorherrschende Endzeitszenarien und apokalyptische Visionen wurden inzwischen von „Rettungsgeschichten“ abgelöst, wie z.B. die Filme „Schindlers Liste“, „Titanic“ und „Das Leben



*Elisabeth Noelle-Neumann: „Die Deutschen gehen optimistischer denn je ins neue Jahrtausend“*

ist schön“ oder die „Arche Noah“ im Fernsehen des Herbstes 1999.

Ein ähnliches, ebenfalls von Optimismus dominiertes Bild zeichnete Dr. Frank Möller, Universität Jena, von den Zukunftserwartungen der wilhelminischen Elite zur Jahrhundertwende 1900. „Immens“ sei der Glaube an Fortschritt und an die Fähigkeit Deutschlands gewesen, die große Synthese zu meistern zwischen technischem Fortschritt und innerer Beständigkeit, zwischen Monarchie und Volkssouveränität.

#### Sinn und Unsinn von Zahlen

Möller lieferte auch eine Erklärung für die Zeitrechnung in Jahrhunderten, die in Diskussionen auf der Tagung teilweise vehement abgelehnt worden war, da diese fiktiven Datumsgrenzen nicht mit Zeitabschnitten korrelieren würden. Der Mensch, so Möller, habe ein Bedürfnis, Zeitbewusstsein zu

strukturieren. Das Archiv der Geschichte der Menschheit müsse man sich als Schrein vorstellen, dessen einzelne Schubfächer je ein Jahrhundert darstellten. Das Fach des 20. Jahrhunderts sei nun geschlossen und die Schublade des 21. Jahrhunderts wurde geöffnet, um sie nun zu füllen.

Ausdrücklich differenzierte er jedoch runde Zahlen, wie etwa 1900 oder 2000 ohne substanziellen Gehalt, von symbolischen Zahlen, wie etwa 1984 (George Orwell) oder den 9. November in der deutschen Geschichte.

Von Symbolzahlen sprach auch Dr. Wolfgang Eichhorn, Universität München, in seinem Vortrag über die Rolle naiver Zahlentheorien in der Publizistik. Einer an sich abstrakten Zahl könne in einem bestimmten kulturellen Raum konkrete Bedeutung beigegeben werden. Eichhorn sprach sich jedoch nicht für die Verwendung von Zahlen aus, sondern seine Grundthese zielte genau in die entgegengesetzte Richtung.



*Wolfgang Eichhorn: Abstrakte Zahlen haben konkrete Bedeutung*

Bezeichnenderweise sei das arabische Wort für „Null“, 'sife', die Wurzel des deutschen Wortes für sowohl „Ziffer“ als auch „chiffrieren“. So trügen Zahlen im öffentlichen Diskurs vielmehr zur „Verschleierung“ und „Mystifizierung“ von Sachverhalten bei, nicht etwa zur Aufklärung. Bestimmte Zah-



len würden zu Glückszahlen, von denen heute keiner mehr die Wurzeln kenne, hochstilisiert oder zu magischen Zahlen, z.B. die 10.000-Marke beim Dow Jones oder der sechsmilliardste Erdenbürger. Solange der Öffentlichkeit der Kontext von Zahlen nicht erklärt werde - besonders von Daten in der Wirtschaftsberichterstattung - solle man gänzlich auf sie verzichten.



**Präsentierte die Zukunft von gestern: Franz J. Bautz**

Diese Überzeugung blieb verständlicherweise nicht unkommentiert im Raum stehen, sondern löste eine vehemente Gegenwehr im Publikum für die Verwendung von Zahlen aus. Der Bürger dürfe sehr wohl als ausreichend mündig eingestuft werden, Zahlen in Relation zu setzen und ihnen eine Bedeutung zu geben. Überdies werde Zeit durch Zahlen erst empfindbar.

## Die Zukunft von gestern

Keineswegs verstaubt, sondern erstaunlich zutreffend sind Prognosen für das Jahr 2000, die Wissenschaftler und Experten der verschiedensten Fachrichtungen vor 20 Jahren für eine Sendereihe des Bayerischen Rundfunks formuliert hatten. Der Terminus Internet war zwar noch nicht geläufig und von AIDS wussten die Forscher damals noch nichts. Dennoch lesen sich die Vorhersagen - sei es im Bereich Medizin, Internationale Politik, Medien oder Philosophie - wie eine aktuelle Bestandsaufnahme: erstellt heute, im Jahr 2000.

Produziert hatte diese Hörfunkreihe zum Jahreswechsel 1979/80 Franz J. Bautz, früherer Leiter der Notizbuch-Redaktion und Chef der Kulturkritik des BR. Er war nun ins Archiv gestiegen und hatte knapp 12 Stunden Bandmaterial für unsere Tagung abgehört und aufbereitet. Wir dokumentieren die sichtlich skeptische Vorhersage des Soziologen Werner Sörgel zur Zukunft der Medien (siehe folgende Seite).

## Das Millennium als Medienthema

Schwungvoll schloss die Tagung mit einer Podiumsdiskussion von Medienpraktikern über das Millennium als Medienthema. In seinem Impulsreferat erheiterte Prof. Dr. Karl-Friedrich Reimers, Hochschule für Fernsehen und Film, das Publikum mit Beispielen aus einer privaten Umfrage vom Dezember 1999: „Was verbinden Sie mit dem Millennium und wo feiern Sie?“

Der Public Relation-Experte und frühere BMW-Pressechef Dr. Horst Avenarius klärte schließlich die Frage, ob die Millenniums-Szenerie ein PR-Erfolg war. Zwar nicht in der Gastronomie, doch mit Büchern und den teilweise erstaunlich stumpfsinnigen Millenniums-Produkten konnten Gewinne verbucht werden. Übrigens entstamme der Millenniums-Begriff nicht der Wirtschafts-PR, sondern sei vom Staat bzw. von Städten stark verwendet worden, die sich mit Millenniums-Projekten profilieren wollten. Man denke nur an Bayerns Millenniums-Programm und Londons „Dome of Millennium“, mit dem Tony Blair ein Symbol für das neue, junge England statuieren wollte.

Scharfe Kritik am Aufplustern des Computer-2000-Problems (Y2K) übte Prof. Dr. Bernd Sösemann, Freie Universität Berlin. Ihn verwunderte, wie vorherrschend dieses Thema war, das sich schließlich - von den Medien geschürt - verselbständigt hätte. Warum sollte eine elektrische Zahnbürste oder



**Gaben Einblicke in die Werkstatt der Millenniums-Redaktionen: Dieter Wild vom SPIEGEL und Henric L. Wuermeling vom BR (rechts)**



**Fotos: gja**

Einblick in die Redaktionsarbeiten und Produktionsbedingungen der SPIEGEL-Serie über das 20. Jahrhundert, die von Ende 1998 bis Ende 1999 lief, gab Dr. Dieter Wild, ehemaliger stellvertretender Chefredakteur des SPIEGEL und verantwortlich für die Serie.

Einen Blick in die Werkstatt seiner Redaktion und in die Konzepte der ARD-Serie „20 Tage im 20. Jahrhundert“ gab Henric L. Wuermeling, Programmbereichsleiter Familie/Gesellschaft/Geschichte beim BR.

eine Gefriertruhe ein Problem mit dem Jahreswechsel haben? Oder knüpften diese banalen Befürchtungen nicht eher an tiefer sitzende, konkrete Ängste? Als Denkanregung gab Sösemann mit auf den Weg, dass sich hinter der „Y2K-Panik“ vielleicht die Überforderung des Menschen durch die Technik, die er heute gar nicht mehr zu durchschauen vermag, verberge. ■

**Susanne Giannios**

# „Ungeahnte Möglichkeiten der politischen Manipulation“

## Treftsichere Prognose über die Entwicklung der Fernsehlandschaft aus dem Jahr 1979

„Bevor wir Kabelfernsehen via Breitbandkommunikation oder Satellitenfernsehen einführen, sollten wir uns gründlich überlegen, welche Folgen das mit sich bringt. Ich denke an die Folgen auf drei Gebieten:

1. für die Medienstruktur und für die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik
2. für die Demokratie und für unsere politische Kultur und
3. für die Familie und für die direkte personale Kommunikation ganz allgemein.

### Programmvermehrung

Es ist einleuchtend, dass die Breitbandkommunikation sich nur durch eine gewaltige Vermehrung kommerzieller Programme verwirklichen lässt, denn nur so lassen sich die hohen Investitionskosten amortisieren. Also wird ein Verdrängungswettbewerb gegenüber den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik beginnen. Der Kampf um Einschaltquoten wird zu Programmanpassungen zwingen. Die Werbung in den elektronischen Medien wird zunehmen und es wird nicht zu vermeiden sein, dass die Werbetreibenden Einfluss auf das Programm bekommen. Gerade das Medium Fernsehen wird durch Kapitalinteressen gesteuert sein, d.h. durch die Interessen der Verleger, aber auch der Industrie oder der Banken. Beispiele dafür gibt es genug in Amerika und in Europa.

Zeitungen und Zeitschriften werden in Mitleidenschaft gezogen, sie verlieren Werbeeinnahmen. Dies führt - so kann man jetzt schon prophezeien - zu Zusammenbrüchen oder, was

sehr wahrscheinlich ist, zu einer weiteren Konzentration im Pressewesen. Die Abhängigkeit kleiner Zeitungen von Grossverlegern wird wachsen, die Verlage werden sich an den Kabelprogrammen beteiligen wollen. Da sie ein Vollprogramm nicht selbst finanzieren können, werden sie sich von Medienkonzernen Serien und Filme liefern lassen.

### Kommerz verändert die Demokratie

Das Versprechen, dass die neuen Medien zur Meinungsvielfalt beitragen werden, scheint mir eine Illusion zu sein. Wo kommerzielle Programme um Einschaltquoten kämpfen, verändert sich aber auch die Demokratie und die politische Kultur. Im sogenannten freien Wettbewerb sinkt der Anteil von Programmen mit politischem, kulturellem und zeitkritischem Inhalt.

Ich wage diese Prophezeiung heute schon. Mag sein, dass dies einige Politiker bei uns wollen, aber man sollte sich keinen Illusionen hingeben: auch dort, wo politische Sendungen abnehmen, wird Politik über scheinbar unpolitische Sendungen transportiert werden. Die Teleschau wird das politische Weltbild gleichsam mitliefern und es wird mit den politischen Interessen derjenigen, die diese Sendungen finanzieren, nicht in Konflikt liegen. Wenn das politische Gleichgewicht zwischen öffentlich-rechtlichen Medien und der eher unternehmerfreundlichen Presse erst einmal wegfällt, dann wird es in Zukunft politische Inhalte nur noch von Gnaden der Medienkonzerne geben. Dass damit der politischen Manipulation ungeahnte Möglichkeiten eröffnet werden, scheint

evident. Dies wird sich letztlich auch auf die Struktur unserer politischen Parteien auswirken. Die Ausweitung der Telekommunikation wird unsere Parteien dazu zwingen, sich mehr und mehr den Möglichkeiten dieses Mediums anzupassen. Das führt - wie alle Erfahrungen in den USA z.B. zeigen - tendenziell zu einem Machtkampf von Eliten, bei denen es auf politische Programme gar nicht mehr ankommt, zumindest nicht mehr in erster Linie.

Und was ist nun zum sogenannten Rückkanal zu sagen, den das Breitbandfernsehen ermöglicht? Manche glauben ja, dass dieses Verfahren - wie es heisst - den Volksentscheid in Permanenz ermögliche. Aber hält man es wirklich für demokratischen Fortschritt, wenn Zufallsmehrheiten zufälliger Fernsehteilnehmer z.B. über einen Autobahnbau, das Europäische Währungssystem oder etwa über die Todesstrafe zu entscheiden hätten?

### Mehr Raum für Emotionen

Fernsehen 2000 wird mehr als das geschriebene Wort und mehr als unser vielseitiges öffentlich-rechtliches Fernsehen heute Raum geben für nur noch gefühlsmässig und äusserlich vermittelte Botschaften und Personen. Die Zeit der Verführer ohne demokratische Legitimation könnte damit schneller kommen, als wir uns es heute denken.“

*Prof. Dr. Werner Sörgel im Dezember 1979 in der „Radio-Revue“ des Bayerischen Rundfunks*

### Am Rande notiert:

„Die Voraussagen von Nostradamus sind erstaunlich, fast schauderhaft wahrheitsgemäß. Aber die Wissenschaft hat rational zu bleiben.“

*Ellsabeth Noelle-Neumann*

„Wir sind alle zu Millennariern geworden.“

*Karl-Friedrich Reimers*

„Die Millenniums-Szenarie war ein PR-Erfolg und zwar für die Medien selbst.“

*Horst Avenarius*

„Wir schielen nicht nach Marktanteilen, sondern nach Qualität.“

*Henric L. Wuermeling*



# Cyber-Demokratie - wie Medien die Politik verändern

## Politische Öffentlichkeit im 21. Jahrhundert

**Die Medien haben die Politik verändert: Programmvermehrung, Kommerzialisierung und Internationalisierung beeinflussen Politiker, Parteien und Interessengruppen und deren Selbstdarstellung in der Öffentlichkeit. Inszenierung politischer Pseudo-Ereignisse und die mediengerechte Darstellung von Personen drängen die Vermittlung von Inhalten, Strukturen und Prozessen in den Hintergrund. Werden diese Entwicklungen durch neue Multimediawelten und online-Kommunikation beschleunigt oder gebremst? Welchen Weg nimmt die Mediendemokratie im 21. Jahrhundert? Mit diesen Fragen beschäftigten sich Medienforscher, Politiker und Journalisten anlässlich einer Tagung zur zukünftigen Entwicklung des Verhältnisses von Politik und Medien.**

Nachdem Akademiedirektor Heinrich Oberreuter „Politik als Theater“ beschrieben und die Inszenierung der Politik in den Medien und für die Medien mittelfristig als schädlich für den politischen Prozess beklagt hatte, konnte Manfred Zach mit zahlreichen Beispielen aus der Praxis aufwarten. Der ehemalige Regierungssprecher Lothar Späths stand in den 80er Jahren an der Front der politischen Public Relations in Stuttgart. Er zitierte Forschungsergebnisse, nach denen zwei Drittel aller Medienbeiträge auf gezielte PR-Informationen zurückgingen. Als besonders probates Mittel der Beeinflussung und Meinungsmache bezeichnete er die Vermischung von Fakten und Bewertungen. Trotz besseren Wissens sei es den Journalisten häufig wegen des Termin- und Aktualitätsdrucks nicht möglich, Pressemitteilungen von Grund auf umzuschreiben und eigene Recherchen anzustellen.

### Hunger nach Exklusivem

Ebenso wichtig wie die animierende Aufbereitung von Themen sei ihre mediengerechte Terminierung. Dabei spielen für den Pressereferenten die tatkräftigen Überlegungen, ob, wann und wie er als „Stimme seines Herrn“ den Kommunikationsmarkt betritt, eine große Rolle. Vertrauliche Hintergrundgespräche ohne Quellenangabe könnten je nach Lage der Dinge wirkungsvoller sein als Pressekonferenzen.



*Manfred Zach: „Wenn Entertainment und soap opera gefragt sind, wird in der politischen Arena Entertainment und soap opera geboten.“*

**„Wer sich den Medien zu sehr andient, verliert irgendwann an Reputation und wird von denselben Journalisten, die er so aufopfernd hofiert hat, in die Pfanne gehauen: ein segensreiches Regulativ gegenüber den Auswüchsen der Mediendemokratie.“**

Dabei helfen dem PR-Manager die unterschiedlichsten Zirkel und Vereinigungen politischer Korrespondenten, Informationen punktgenau zu kanalisieren: „Sie machen sich den unstillbaren Hunger der Medien nach Exklusivem, Neuem, von der Norm Abweichenden zunutze.“ So seien Reiseeinträge an Journalisten ein exzellentes Mittel, ihr Bedürfnis nach exklusiver Nähe zu einem Politiker zu befriedigen.

Zach warnte aber zugleich vor dem Eindruck, im politischen Kommunikationsmanagement werde nur noch getrickst und manipuliert: „Schlechte Politik lässt sich auf Dauer nicht als gute verkaufen.“ Und für übereifrige Pianisten auf dem Medienklavier gelte: „Wer sich den Medien zu sehr andient, verliert irgendwann an Reputation und wird von denselben Journalisten, die er so aufopfernd hofiert hat, in die Pfanne gehauen: ein segensreiches Regulativ gegenüber den Auswüchsen der Mediendemokratie.“

### Politische Virtualität

Es spreche wenig dafür, dass sich daran in Zukunft etwas ändern werde. Im Gegenteil: neue technische Möglichkeiten wie das Internet werden den Einfluss der Kommunikations- und Marketingexperten weiter vergrößern. „Kurz muss es sein, lieber graphisch bewegt als inhaltlich bewegend und nicht allzu politisch.“ Mit jeder technischen Innovation werde der Kampf aller gegen alle um sekundenlange Aufmerksamkeitsfetzen einer heillos fragmentierten Öffentlichkeit härter werden. „Wenn Entertainment und soap opera gefragt sind, wird in der Politikarena Entertainment und soap opera gegeben“. In der Logik der Fortentwicklung der Mediendemokratie

zur Cyber-Demokratie liege es, politische Virtualität endgültig von aufwendig inszenierten Pseudo-Events abzukoppeln. „Mit Spannung warte ich auf den Tag, an dem ein Videoclip digital erfasste Politiker bei ihrem ersten computersimulierten Auftritt zeigt.“ Es würde Zeit und Kosten sparen und den Bedarf an Politikderivaten vollkommen abdecken.

„Die Cyber-Demokratie wartet auf uns. Wahrscheinlich werden wir, wenn sie da ist, es nicht einmal merken.“ Die Brücke in die Gegenwart und Zukunft neuer Medientechnologien und ihrem Einfluß auf Vermittlung von Politik und Beteiligung an Politik baute Prof. Dr. Jan Tonnemacher vom Lehrstuhl Journalistik II der Katholischen Universität Eichstätt. Verändern sich die tragenden Strukturen der repräsentativen Demokratie unter dem Einfluss des Medienwandels? Haben sie überhaupt Bestand?



*Jan Tonnemacher: „Der Glaube an die Heilung bestehender Defizite der Politischen Kommunikation durch virtuelle Gemeinschaften ist ein Mythos“.*

## Revitalisierung der Demokratie

Folgt man den Protagonisten neuer online-Techniken wie des Internet, so habe es räumlich und sozial keine Grenzen. Es biete unvergleichlich mehr an aktueller und globaler Information und Transparenz. Selbstverwirklichung werde so möglich, die Kommunikationsprozesse vervielfachten sich und die Zeiten der Knappheit und der Regulierung gehörten der Vergangenheit an. Diese neuen Freiheiten führen zu neuen Gemeinsamkeiten, mehr Integration und letztlich zu einer Revitalisierung der Demokratie. „Während die Vorsichtigen eine Optimierung des Kommunikationsflusses und damit eine Verbesserung der repräsentativen Demokratie erwarten, sprechen Euphoriker sogar von

der Wiederbelebung der Agora der Antike.“ Freilich ließen sich alle diese Argumente auch in ihr Gegenteil verkehren: Verringerung der Teilnahme am politischen Prozess, weitere Verflachung des politischen Angebots in den Medien. Statt Freiheit Überwachung und Regulierung durch globale Monopole. Statt Selbstverwirklichung Absturz in die Orientierungs- und Ziellosigkeit und statt Wissenszugang die Verstärkung der Wissenskluft.

## Direkte Kommunikation

Gegen all diese übertriebenen Hoffnungen und Befürchtungen wandte sich Tonnemacher mit seinem empirisch begründeten Fazit: Das Internet sei – wie alle Medien – von vorneherein weder ein demokratisches noch ein undemokratisches Medium. Es habe durch die Offenheit und weltweite Präsenz und Interaktivität vielleicht demokratischere Züge als ein „Einwegmedium“, aber der Glaube an die „Heilung“ bestehender Defizite und Blockaden der realen Welt durch virtuelle Gemeinschaften sei ein Mythos.

Aber es werde seinen Platz sowohl in der Politikvermittlung wie auch in der Beteiligung der Bürger finden und ausbauen. Man werde es entsprechend seinen Vorzügen nutzen: Aktualität, Universalität und Globalität. Erst allmählich entdeckten die Politiker bei uns – in den USA sei man schon viel weiter – die fabelhaften Möglichkeiten der direkten Kommunikation im Netz. Es werde darauf ankommen, dass möglichst viele Bürger die neuen Informationsmöglichkeiten nutzen und mit den neuen Dialogmöglichkeiten (chats) verstärkt am politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess teilnehmen. Abstinenz oder gar Technikfeindlichkeit sei nicht angebracht. Und für die Organisation von Gegen- oder Alternativöffentlichkeit gebe es eine Anzahl von erfolgreichen Beispielen im internationalen und nationalen Bereich.

## Virtuelle Parteizentralen

Erste empirische Ergebnisse der online-Erfahrungen im deutschen Bundestagswahlkampf 1998 konnte Dr. Christoph Bieber von der Universität Gießen präsentieren. Als Ausgangs-

punkt des Online-Wahlkampfes sind die virtuellen Parteizentralen zu nennen, laut Bieber „digitale Wiedergänger“ altbewährter Werbemittel wie Aufkleber oder Kugelschreiber. Eine Folge der Fülle der Parteiangebote war sehr bald die Einrichtung von Kandidatendomains. Inhaltlich beschränkten sie sich auf Biografisches, zentrale Wahlkampfaußagen, Programmisches und Terminkalender. Aus der Reihe fiel lediglich die website des kurzfristig als Wirtschaftsminister vorgesehenen Jost Stollmann, der immerhin ein Diskussionsforum einrichtete. Angebote der politischen Bildung im Internet haben im Wahlkampfjahr 1998 einen enormen Aufschub erhalten. Als Sonderfall ist zu nennen [www.wahlkampf98.de](http://www.wahlkampf98.de), eine unabhängige „Informationsplattform“, die auch weiterhin einen wichtigen Beitrag zur politischen Kommunikation im Internet leistet. Die besondere Rolle und Bedeutung dieser Angebote lag in der Vernetzung der einzelnen Orte des Cybercampaignings. Integraler Be-



*Christoph Bieber: „Kommunikative Öffnung der Wahlkämpfe durch das Internet“*

standteil war meist eine umfangreiche Verweisliste (links) mit besonders interessanten Angeboten. So wurde die entstehende „Arena des Online-Wahlkampfes“ entscheidend verdichtet und mit schärferen Konturen versehen.

Je näher der Wahltag rückte, desto häufiger fanden auch im Internet Abstimmungen, Umfragen und Wahlsimulationen statt. Die dortigen „Ergebnisse“ und Prognosen sagten aber



mehr aus über die soziale Zusammensetzung der Nutzer als dass es sich um ernst zu nehmende, repräsentative Antworten handelte. Die Online-Chats wurden 1998 zum dominierenden Element des Cyber-Wahlkampfes und entwickelten sich in den Landtagswahlkämpfen 1999 weiter zum festen Bestandteil der Online-Kampagnen. „Mehr noch als die Inhalte bietet das Verhalten unserer Spitzenpolitiker an Tastatur, Maus und Bildschirm Einblick in die ‚Jahr-2000-Fähigkeit‘ unserer politischen Klasse“.

Scheinbar zielstrebig bewegten sich die diversen Elemente des Online-Wahlkampfes auf die Dimension einer „virtuellen Gemeinschaft“ zu. Dahinter steht das Verständnis einer verbesserten Beziehung zwischen Wähler und Politiker, in der der Wähler als Kommunikationspartner ernstgenommen wird. Ein Bild, das übrigens auch in den letzten internationalen Wahlkämpfen zu erkennen war. Diese „kommunikative Öffnung“ erlaubte interessierten Bürgern die zunehmend selbstbestimmte, interaktive Teilnahme am Wahlkampfgeschehen („e-politics“). Nach Biebers Worten sei es mehr als wahrscheinlich, dass in der nächsten Zeit eine marketing-orientierte Perfektionierung und Professionalisierung der online-Kommunikation wie in den USA das zukünftige Cybercampaigning in Deutschland bestimmen wird.

## Darstellungsprofessionalität

Zum Abschluss der Tagung diskutierten prominente Journalisten und Politiker über die „schwierige Beziehungskiste Politik und Medien – gestern, heute und morgen“. Heinz Bäuerlein, viele Jahre die Stimme des Bayerischen Rundfunks in Bonn, verneinte die Frage, ob früher im Zeitalter der alten Medien und des öffentlich-rechtlichen Monopols alles besser gewesen sei: „Auch Adenauer hatte sehr schnell die Wirkung des Massenmediums Fernsehen begriffen. Schließlich hat er versucht, mit der ‚Deutschland Fernsehen GmbH‘ einen Regierungssender zu etablieren“. Und auch schon in den 60er Jahren entwickelte sich mediale Darstellungsprofes-

sionalität: „Rainer Barzel kopierte Erhards Zigarre, weil sie so medienwirksam rüberkam.“ Jürgen Engert, jahrelang SFB-Chefredakteur und Gründungsdirektor des ARD-Hauptstadtstudios in Berlin, widersprach der These, dass sich das Verhältnis von Politik und Medien durch den Umzug der Regierung von Bonn nach Berlin gewandelt habe: „Das ist überall auf der Welt eine Konstante.“ Was sich allerdings unabhängig vom Standort der Regierung qualitativ und quantitativ verändert habe, sei die Zahl der Massenmedien und der Umgang miteinander: „Hauptsache, es kommt einer und hält einem Politiker ein Mikrofon unter die Nase.“ Die Parteien seien auf der Suche nach dem direkten Weg der Vermittlung und deshalb bekomme Politik immer stärker einen „Performance-Charakter“. „Und wir Journalisten fragen uns im hektischen Alltagsbetrieb nicht mehr, was machen wir da eigentlich?“

Der CSU-Bundestagabgeordnete Martin Mayer vertrat die Auffassung, bits und bytes veränderten vieles: „Ohne eigene Homepage wird man nicht mehr wahrgenommen“. Kleinere

Nicht der Standort sei das Problem, sondern der Typus von Politik und die Rigorosität der medialen Konkurrenz. Die redaktionellen Apparate in Berlin seien erheblich vergrößert worden und damit auch die permanente Reaktionsbereitschaft der Politiker. Auch derjenigen Hinterbänkler, die früher nie zu Wort gekommen seien: „Exklusivität wird inflationär“. Damit einher gehe ein Verlust an Komplexität der Berichterstattung, während die zu regelnden Sachverhalte immer komplizierter würden.

## Kampf um die Köpfe

Der Landesgruppenchef der Bayern-SPD im Bundestag, Ludwig Stiegler, kritisierte „mediensüchtige Kollegen, die schon gackern, bevor die Bier gelegt sind“. Er bemühe sich, politische Projekte so lang wie möglich vor Journalisten geheim zu halten. Mit seiner These, die öffentliche Kommunikation zu teilen in den „Kampf um die Köpfe für die Masse“ und einen abgehobenen „Leviathan-Journalismus“ für die Info-Elite, erntete er heftige Kritik und Widerspruch nicht nur



Jürgen Engert (links) und Hermann Rudolph: „Exklusivität wird inflationär“  
Fotos: Braun

Gruppen und Bürgerinitiativen könnten sich durch das Internet besser organisieren und artikulieren. Der Wettbewerb sei größer geworden. Hermann Rudolph, Herausgeber des Berliner „Tagesspiegel“ beklagte die „Konfessionalisierung“ der Journalisten in Kreisen und Zirkeln. Das sei in Berlin nicht anders als in Bonn: „Das Raumschiff Bonn hat in Berlin angelegt.“

von Jürgen Engert. Eine solche Haltung zementiere die ohnehin schon bestehende Wissensklüfte in der Gesellschaft. Wenn sich deshalb immer mehr Bürger von der Politik abwendeten, schade sie damit langfristig dem politischen System. ■

Michael Schröder

(siehe auch Presseschau Seite 41/42)



## Software-Piraterie:

# 15 Millionen Deutsche sind schon im Internet

90 Prozent klauen privat die Software: 900 Millionen Mark Schaden

**Eine erschreckende Zahl nannte Carola Schielein, Expertin für Software-Piraterie bei der Firma Microsoft, beim ersten gemeinsamen Online-Seminar des Bayerischen Journalistenverbandes (BJV) und der Akademie: „Rund 90 Prozent der privaten Computer-Nutzer kopieren illegal Software. Viele Leute sind sich nicht bewusst, dass dies strafbar ist“.**

Der Schaden durch gefälschte Microsoft-Programme, illegale Kopien und Software-Klau aus dem Internet beträgt alleine beim Computer-Hersteller Microsoft für Deutschland im Jahr rund 900 Millionen Mark. So besitzen laut Software-Piraterie-Expertin Schielein inzwischen schon 15,7 Millionen Bundesbürger einen Computer mit Internet-Anschluss. 9,7 Millionen nutzen ihn regelmäßig, ein Drittel der Anschluss-Inhaber immerhin täglich. Microsoft gehört seit 1989 einer Allianz von Software-Herstellern, der sogenannten BSA (Business Software Alliance) an, die gemeinsam die strafrechtliche Verfolgung von Software-Diebstahl verfolgt. Mit wachsenden

Erfolgen: Knapp 150.000 Mark Schadensersatz und Anwaltskosten plus 180.000 Mark für neue Software-Lizenzen muss jetzt ein Internet-Provider bezahlen, den die BSA beim Einsatz illegaler Software erwischt hatte. Während in der Vergangenheit das Augenmerk der Software-Piraterie galt, richtet die BSA, so die Microsoft-Expertin auf der Tagung, inzwischen ihr Augenmerk auch auf Privatleute. So wurden in den USA erstmals 25 Privatpersonen zu hohen Geldstrafen verurteilt, weil sie illegal Programme kopiert hatten.

Auch ansonsten gewannen die knapp drei Dutzend Journalisten und Journalistinnen aus ganz Bayern bei dem er-

sten Kooperations-Seminar zwischen dem BJV und der Tutzinger Akademie, das Dr. Michael Schröder von der Politischen Akademie und der BJV-Fachgruppen-Vorsitzende Tageszeitungen, Karl-Heinz Dix, organisiert hatten, zahlreiche interessante Eindrücke.

Armin Gellweiler, der Chefredakteur von „web.de“ (einem der namhaften Internet-Inhaltsverzeichnisse), legte das Innenleben seiner redaktionell gestalteten „Suchmaschine“ dar. Der Journalist und Internet-Experte Karl-Heinz Reger gab Tips über den Umgang mit Suchmaschinen, die dann im Leibniz-Rechenzentrum der TU München (mit dem achtschnellsten Rechner der Welt) in die Praxis umgesetzt wurden. BJV-Rechtsexperte Rainer Reichert erklärte schließlich die spezielle Problematik des Diebstahls von geistigem Eigentum im Internet. ■

*Karl-Heinz Dix*

## Spielplatz Computer:

# Erzieherinnen erproben den Einsatz neuer Medien im Kindergarten

Dass der Computer und das Internet immer häufiger und immer früher Einzug in die Kinderzimmer halten, spüren vor allem Erzieherinnen in Kindergärten und Lehrerinnen an Grundschulen. Aber in ihrer Ausbildung werden sie mit den neuen medienpädagogischen Herausforderungen noch kaum konfrontiert. Diese standen deshalb auch im Mittelpunkt einer Fortbildungstagung, bei der über die veränderte Kindheit in der Mediengesellschaft gesprochen wurde. Den Teilnehmerinnen wurden Methoden und Medien präsentiert, mit denen auch Kinder im Vorschulalter pädagogisch sinnvoll auf die sie umgebende Medienlandschaft vorbereitet werden können. Erwerb von Medienkompetenz sei eine wichtige neue pädagogische Aufgabe, die in ersten Ansätzen

schon im Kindergarten beginnen müsse, so der Medienpädagoge Hans-Jürgen Palme vom „Studio im Netz“ (SIN) in München, einer der Mitveranstalter des Seminars.

Palme präsentierte mit dem Preis „Pädi“ ausgezeichnete Spiel- und Lernsoftware, die die Erzieherinnen auf Computern ausprobieren und testen konnten. Daneben wurden in Arbeitsgruppen Qualitätskriterien für die Geräte und Programme entwickelt, die in den Einrichtungen zum Einsatz kommen sollen. Die Teilnehmerinnen stellten Argumentationshilfen und Diskussionsbausteine für den Einsatz neuer Medien in der Vorschulpädagogik zusammen, um für Gespräche mit Eltern und Trägern besser gerüstet zu sein. Zwei Leiterinnen Münchner Kindergärten, die im Projekt „Multi-Me-



dia-Landschaften für Kinder (MULA) beteiligt waren, berichteten von ihren durchweg positiven Erfahrungen. Vorurteile, dass die Kinder einsam und passiv vor den Monitoren säßen, hätten sich nicht bestätigt, so Siglinde Seemann. Die Kinder würden gemeinsam spielen und viel miteinander reden. Voraussetzung seien aber gute Programme und leistungsfähige Computer. ■

*ms*



# Auf der Suche nach der Welt von morgen

Wirtschaft - Bildung - Wertewandel: Tagung orte Orientierungspunkte

**E**inmal der Zeit einen Blick über die Schulter werfen können. Wissen, was die Zukunft bringen wird. Wer wünschte sich das nicht? Gerade jetzt, an der Schwelle zu einem neuen Jahrtausend. Gerade in unserer Zeit, in der so häufig von großen gesellschaftlichen Veränderungsprozessen die Rede ist, in der die Dringlichkeit von grundsätzlichen Umstrukturierungen beschworen wird. Gerade in der Gegenwart, in der sich so viel zu ändern scheint, dass in Zukunft nichts mehr sein wird, wie es war. Oder doch nicht? Sicher ist, dass ein großes Bedürfnis nach Orientierung für eine - noch ungewisse - Zukunft besteht. Diesem Bedürfnis entgegenzukommen, war das Ziel der Veranstaltung „Auf der Suche nach der Welt von morgen“. Mit Fachleuten aus der Wirtschaft, aus verschiedenen Bereichen der Natur-, Geistes- und Humanwissenschaften wurde versucht, vorsichtige Prognosen für die kommenden zwei Jahrzehnte zu formulieren und damit mögliche Orientierungspunkte für die Gestaltung unserer Welt für morgen ausfindig zu machen.

„Globalisierung ohne Ende? Die Ökonomie der Zukunft“ fragte provokant Dr. Thomas von Mitschke, Senior Director der Unternehmensberatung McKinsey, München. Seit Beginn der 90er Jahre habe eine zweite Globalisierungswelle die Weltwirtschaft erfasst. Im Mittelpunkt dieser zweiten Welle stünden nun - nach der vorhergehenden Globalisierung von Rohstoffen und Investitionsgütern - die Bereiche Dienstleistungen und Konsumgüter. Der derzeitige Wettbewerb werde um Wissen, Talente, Informationstechnologien und vor allem um gute Konzepte geführt. Bis etwa 2030 werden nach Einschätzung von Mitschke 80 Prozent der Wirtschaft globalisiert sein. Das globale und wettbewerbsfähige Unternehmen der Zukunft werde sich durch die Schaffung von kleinen Unternehmenseinheiten und die Entwicklung von immateriellem Vermögen, sog. intangiblem Kapital, auszeichnen. Die derzeitigen Trends deuten auf einen Wandel zur postindustriellen Wirtschaft und einer Auflösung traditioneller Arbeitsverhältnisse hin. Darüber sei aber der Aspekt der Chancen, den die Globalisierungsbewegung in sich berge, nicht zu vernachlässigen. Um jedoch diese Vorteile auch in Deutschland nutzen zu können, seien sowohl die Unternehmen als auch der Staat und seine Bürger in ihrem

Willen und ihrer Fähigkeit zur Veränderung gefordert.

Aus der Perspektive eines Bildungshistorikers fragte Prof. Dr. Heinz-Elmar Tenorth von der Humboldt-Universität Berlin nach der Bedeutung von „Bildung und Wissen für die Welt von morgen“. Zur Zeit erlebe der Bildungsbegriff eine große Renaissance.

## Platzhalter für das Unbestimmte

Beim näheren Hinsehen auf den jeweiligen Kontext werde jedoch deutlich, wie vieldeutig und unterschiedlich dieser Begriff Verwendung finde. Er diene als „Platzhalter für das Unbestimmte“. In der Humboldtschen Tradition stehe im Mittelpunkt der Bildung das „Lernen des Lernens“, der Begriff bezeichne also den Erwerb von „Kompetenz-Kompetenz“. Im Gegensatz zu den vielen Stimmen, die dem deutschen Bildungssystem die Fähigkeit absprechen, den ihnen Anvertrauten das Lernen des Lernens zu vermitteln, vertrat Tenorth den Standpunkt, unser Bildungssystem sei „besser als sein Ruf“. So habe es den Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft mitvollziehen können und sei den veränderten Bildungsansprüchen gerecht

geworden. Gerade das duale Bildungssystem erzeuge und fördere die so dringlich geforderte Bereitschaft und Fähigkeit zum Lernen, Umlernen und zur Weiterbildung. Kein neues System sei vonnöten, sondern Reformen der bestehenden und bewährten Bildungsinstitutionen. Es gelte, eine weitestgehend dezentrale Organisation von Bildung herbeizuführen und damit den einzelnen Schulen und Universitäten ein möglichst hohes Maß an Autonomie und Eigenverantwortung einzuräumen. Bildung könne jedoch kein „gesellschaftliches Allheilmittel“ sein. Auch im kommenden dritten Jahrtausend wird 'der Gebildete' weiterhin durch das Leben, durch die bürgerliche Familie, die Kultur seines Milieus geprägt, positiv oder negativ; Schule hinkt hier immer hinterher - und das ist ihr Recht.“

## Ausbalancierung von Gemeinwohl und Eigennutz

Bemerkenswert erschien, dass auch Prof. Dr. Michael F. Jischa von der TU Clausthal-Zellerfeld in seinem Referat über das Leitbild Nachhaltigkeit zu dem Ergebnis kam, dass der Nachhaltigkeitsbegriff ähnlich wie der Bildungsbegriff eine Inflation und zugleich eine undifferenzierte Anwendung erlebt. Darum sei nach seiner Ansicht die Verwendung des Begriffes nur dann sinnvoll, wenn er in konkrete gesellschaftliche Diskussionen und Entscheidungen Eingang finde. Eine Debatte um die Suffizienz von Produktion und Wirtschaft müsse geführt werden, denn ein Denken und Handeln ausschließlich mit Blick auf Effizienz ziehe einen Bumerangeffekt von unerwünschten und nicht absehbaren Folgen nach sich. Eine Ausbalancierung von Gemeinwohl und Eigennutz sei vonnöten, um die bestehende Polarisierung von Ökologie und Ökonomie in ein Verständnis ökologischen Denkens als „Langzeit-Ökonomie“ umzuwandeln.



Mit der Frage, wie eine „Politische Ethik“ für die Zukunft beschaffen sein müsste, beschäftigte sich Prof. Dr. Bernhard Sutor von der Katholischen Universität Eichstätt. In den meisten Fällen, in denen für die Politik eine Ethik gefordert werde, beziehe sich dieser Ruf nach moralischen Maßstäben auf das Verhalten - bzw. Fehlverhalten - politischer Akteure. Diese Ebene des politischen Handelns sei jedoch nur eine der drei Dimensionen, die eine politische Ethik in den Blick zu nehmen habe. Bei der Prüfung eines politischen Systems auf seinen ethischen Gehalt müsste besondere Aufmerksamkeit auf die Ziele der politischen Ordnung und die gesellschaftliche Institutionen gelegt werden. Gerade der Ethik der Institutionen maß Sutor in seinem Vortrag große Bedeutung bei.

## Wertewandel und Verantwortung

Die Begriffe „Wertewandel und gesellschaftliche Verantwortung“ stellte der Sozialwissenschaftler Prof. Dr. Helmut Klages in das Zentrum seines Referates, um einen Blick in das 21. Jahrhundert zu wagen. Schon unsere heutige Welt sei von der Geschwindigkeit und dem Ausmaß geprägt, in denen die an die Menschen gestellten Herausforderungen zunehmen. Mehr und mehr wären auch die vielen „normalen“ Menschen in ihrem alltäglichen Handeln vor eine wachsende Verantwortung gestellt. Dabei lassen sich zwei Arten von Verantwortung unterscheiden: Das hohe Maß an Eigenständigkeit, Flexibilität und Beweglichkeit, das die Existenzführung schon in der Gegenwart den Menschen abverlange, sowie die Herausforderung einer wachsenden Verantwortung, der sich immer mehr Menschen in der modernen, technologisierten Gesellschaft zu stellen hätten.

Angesichts dieser Tatsachen dränge sich die Frage auf, ob denn die Menschen dazu bereit und fähig sind, in einer wachsenden Anzahl von Tätigkeitsbereichen ein so hohes Maß an Verantwortung zu übernehmen? Viele verneinen diese Frage und prognostizieren uns vielmehr eine Entwicklung hin zur „Ego-, Anspruchs- oder



**Bernhard Sutor: Freiheit braucht vitale Institutionen** Fotos: Braun

Individualistengesellschaft“, die mit dem Verfall jeglicher Werte einhergehe. Aufgrund seiner empirischen Forschungen zum Thema Wertewandel kam Klages jedoch zu einem anderen Ergebnis, das ihn zu einer Verteidigung der sog. „einfachen“ Menschen veranlasst. So lasse sich zwar bei der Benennung von Erziehungswerten



**Helmut Klages: Die Welt von morgen wird eine Verantwortungsgesellschaft sein**

eine Umschichtung weg von den „Gehorsams- und Selbstbescheidungswerten“ hin zu der Wertegruppe „Selbstständigkeit und freier Wille“ feststellen. Aus diesem wachsenden Bedürfnis nach Eigenständigkeit und Autonomie sei jedoch nicht zu schließen, dass andere, wie die sozialen Werte, von den jüngeren Generationen sämtlich über Bord geworfen worden sind. Im Gegenteil: Werten wie dem menschlichen Bezug im persönlichen Nahumfeld (Partner, Familie, gute Freunde), einem eigenverantwortlichen Leben und Handeln sowie dem

sozialen Engagement räumten die Menschen weiterhin eine Spitzenstellung auf ihrer Werteskala ein.

## „Werteverwirklichungsverzicht“

Bestehe dann nicht, so könnte der Einwand lauten, eine erhebliche Diskrepanz zwischen den Wertorientierungen der Menschen und ihrem faktischen Handeln, zwischen Wollen und Tun? Dem widersprach Klages nicht. Nur sei die Ursache für diese Diskrepanz nicht in der Unglaubwürdigkeit der Werteäußerungen zu suchen, sondern in einem großen Mangel an Chancen, diese Werte zu verwirklichen. Die neuen Werte brächen sich an alten Strukturen und Institutionen. Es sei die Ungleichzeitigkeit zwischen Werte-Entwicklung und den Bedingungen der Werte-Verwirklichung, die einen „Werteverwirklichungsverzicht“ nach sich ziehe. Klages sprach in diesem Zusammenhang von einem riesigen „unausgeschöpften Humanpotential“: breite Kreise der privaten Wirtschaft, die politischen Parteien, Vereine, Kirchen und Wohlfahrtsverbände wüssten dieses Potential bisher nicht zu nutzen. In der Verantwortung der Organisations- und Institutionenwelt liege es, neue soziale Infrastrukturen und Verantwortungsrollen zu schaffen. Der Erfolg einer solchen institutionellen Umstrukturierung mit dem Ziel des „Verantwortungs-Sharing“ ließe sich an dem Zulauf erkennen, den Selbsthilfegruppen oder Bürgerbüros genießen. Es gehe also nicht um eine Revitalisierung alter Strukturen oder um eine schlichte Delegation der Verantwortung von oben nach unten. Es bedürfe auch keiner Revolution des gesamten gesellschaftlichen Systems, sondern Aufgabe für die Zukunft sei es, Institutionen und Organisationen so zu modernisieren, dass eine Praktizierung neuer Formen gemeinsamer Verantwortung möglich werde. Darin liege der Schlüssel zu einer Welt von morgen verborgen, die nach Klages eine „Verantwortungsgesellschaft“ beheimaten wird. ■

Bernadette Braun



# Prägekräfte des Jahrhunderts

Namhafte Wissenschaftler halten Rückschau und wagen Ausblicke

**D**em zuende gehenden Jahrhundert drückte vor allem die Auseinandersetzung zwischen Totalitarismus und Demokratie ihren Siegel auf. Diese Konfrontation bildete folglich auch einen Schwerpunkt der Veranstaltung „Prägekräfte des 20. Jahrhunderts“, die die Akademie gemeinsam mit dem Bildungszentrum und dem Projektbüro Stadtjubiläum der Stadt Nürnberg in der fränkischen Metropole durchführte. Dieses „Jahrhundert der Extreme“ und seine Wirkungen bis in die Gegenwart skizzierten Prof. Dr. Karl-Dietrich Bracher, Prof. Dr. Wolfgang Leonhard, Prof. Dr. Julius Schoeps und Prof. Dr. Hans-Ulrich Thamer. Doch in seiner Ambivalenz war das 20. Jahrhundert

auch eine Ära der Demokratie. Ihren vielfältigen Facetten wandten sich Prof. Dr. Hans Maier, Prof. Dr. Ernst-Otto Czempliel und Prof. Dr. Jürgen Gebhardt zu, wobei das Thema der Bürgerbewegung in der Gesprächsrunde mit Joachim Gauck, Prof. Dr. Miklós Tomka und Kazimierz Wóycicki eine besondere Darstellung fand. Abschließend wagten die Veranstalter einen Ausblick auf die Zukunft, bei dem sich Prof. Dr. Udo Steinbach, Prof. Dr. Helmut Klages und Prof. Dr. Gerhard Scherhorn mit den Herausforderungen für die kommenden Jahrzehnte befassten.

Lesen Sie die Zusammenfassung des Eröffnungsvortrags von Karl-Dietrich Bracher.

## Die Demokratie und die totalitären Herausforderungen

„Im 20. Jahrhundert war die Verführungskraft des Totalitarismus größer als je zuvor“. So lautete die Kernaussage von Brachers Referat „Die Demokratie und die totalitäre Herausforderungen“.

Was war das für ein Jahrhundert, an dessen Ende wir nun stehen? Schon in den Deutungsversuchen zum Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert hatten sich die verschiedenen Erwartungen unvereinbar, unversöhnlich gegenübergestellt, mit denen das neue

deshda Mandelstam 1971 formulierte -, unter deren totalitären Regimes sie zu leiden hatten, auch nach dem Untergang des Dritten Reiches, auch weit über Stalins Tod hinaus.

Dem fin de siècle und Beginn des neuen Jahrhunderts wurde schon mit apokalyptischer Stimmung entgegenglickt. Die Hoffnung der Westmächte, „to make the world safe for democracy“, mit der sie den Ersten Weltkrieg führten, ging nicht in Erfüllung. Im Gegenteil, nach Ende des



Die Geschichte des 20. Jahrhunderts im Überblick skizziert: Karl-Dietrich Bracher

Foto: Braun

„Im 20. Jahrhundert war die Verführungskraft des Totalitarismus größer als je zuvor“

saeculum hoffnungslos überfrachtet wurde und die seine Geschichte so entscheidend prägen sollten. Ein „Jahrhundert der Demokratie und Fortschritt“, das erhofften sich die westlichen Liberalen. Als „das Jahrhundert des Sozialismus“ wurde es von der Linken proklamiert. Die Rechte erhob es zum „Jahrhundert der Rasse“. Für die Menschen und Völker jedoch entpuppte es sich als das „Jahrhundert der Wölfe“ - wie es Na-

Krieges machte sich in den 20er Jahren ein tiefsitzender Zweifel breit, wie er in den Strömungen der Kulturkritik und in der nihilistischen Krisenphilosophie des Existenzialismus Ausdruck fand. Die ideologisierten Regime wussten aus der vorherrschenden, negativen Stimmung Profit zu schlagen: das religiöse Vakuum machten sie sich zunutze und füllten es als „politische Religionen“ aus.

In der Periodisierung, die Bracher vornahm, bezeichnete er die letzten Jahre des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des ersten Weltkrieges als „Zeit der Gärung“. In ihr nahmen die Ideen und Weltanschauungen Gestalt an, auf denen die „politischen Heilslehren“ später aufbauen konnten, in ihr wurde das technisch-ökonomische und das sozial-psychologische Potential entwickelt, das die totalitäre Verführung der Massen möglich machte. In den Kriegsjahren, der Konkretisierungsphase, wurden die politischen Ideen zu politischen Ideologien ausgeformt, so

dass das Ende des Ersten Weltkrieges zugleich den Anfang zweier Diktaturen bisher ungekannten Stils markierte: des sowjetischen Kommunismus und des Faschismus Mussolinis. Nun beginnt die „Periode des Wettstreits zwischen totalitärem Nationalismus und totalitärem Marxismus“ (Seton-Watson). Mit der Machtübernahme Hitlers 1933 fand der Totalitarismus zu seinem Höhepunkt. „Unter all den antiliberalen und antidemokratischen Ideen- und Machtströmungen“ zeigte sich der Nationalsozialismus als einzigartig in seiner Brutalität und Radikalität. Nationalsozialismus und Stalinismus warfen ihre Schatten über die folgenden 30er Jahre.

## Auslöschung des Individuums

Wie lässt sich das Wesen dieser neuen Regimes charakterisieren? Eine ihrer Voraussetzungen ist in den gesteigerten technischen Möglichkeiten zu sehen, die sie gezielt für die Gleichschaltung der Massen einzusetzen wussten. Die Überwachung umfasste das Leben und Denken aller Staatsbürger, und eine Abweichung von der absolut gesetzten Ideologie wurde bei Strafe des Lebens geahndet. Das Dogma vom Klassenkampf bzw. die Lehre vom Völker- und Rassenkampf diente allen Herrschaftsakten als Rechtfertigung. Dabei zielten diese neuen Formen des Totalitarismus letztendlich auf „Beseitigung aller persönlichen, vorstaatlichen Freiheitsrechte und der Auslöschung des Individuums“ hin. Drei große, charakteristische Tendenzen sind auszumachen, die Nationalsozialismus, Kommunismus und Faschismus gemeinsam waren: Erstens, die Existenz einer einzigen, totalitär organisierten Partei und ihrer Führung, zweitens, die Begründung dieses Machtapparates in der jeweiligen militanten Ideologie, die den Stellenwert einer „Ersatzreligion“ einnahm. Als drittes ist der Mythos zu nennen, den jedes der autoritären Regimes über die vermeintlich höhere Effektivität seines Machtapparates verbreitete und die sie mittels wirtschaftlicher und sozialer Gesamtplanung zu erreichen versprach.

## Bipolare Weltordnung

Die nächste zeitliche Zäsur markierten die Kriegsjahre von 1939 bis 1945. Nur ein Jahr nach Ende des Zweiten Weltkrieges fiel die Weltgeschichte in zwei völlig verschiedenen Perioden auseinander: in den beiden mächtigen Blöcken, West und Ost, standen sich die Gegensätze Demokratie und Diktatur gegenüber. Eine bipolare Weltordnung bestimmte fortan die Zeit des Kalten Krieges.

Im Laufe der 50er Jahre trat die sogenannte Dritte Welt in die Geschichte ein. Auch sie eröffnete ein weites Betätigungsfeld „für Agitatoren und Ideologen im Gewande von Befreiungsbewegungen“, die jedoch zum Großteil in Diktaturen mündeten.

Für die westlichen Demokratien wurde das Jahr 1968 zum Höhepunkt der außerparlamentarischen Protestbewegung. Auch wenn die politische Bewegung der „Neuen Linken“ für die westlichen Demokratien keine existentielle Bedrohung bedeutete, so haben doch ihre „Wortführer die Notwendigkeit von Macht überhaupt“ und damit jeglichen Unterschied zwischen den politischen Systemen geleugnet. In der an diese Ereignisse anschließenden Terrorismusdiskussion führte der Argumentationsgang der Linken zu einer Entgrenzung des Gewaltbegriffes. Aber auch die Staatspolitik der westlichen Länder unterlag der Versuchung, den Kommunismus im Zuge der Entspannungspolitik und Zusam-

menarbeit nicht mehr beim Namen zu nennen und damit die sozialistischen Länder vom Vorwurf des Totalitarismus freizusprechen. So waren die 70er Jahre nach Brachers Einschätzung von einem „Ringens um das Demokratieverständnis“ geprägt.

Nicht mehr erwartet, nicht mehr erhofft, brachten die Ereignisse von 1989 eine entscheidende Wendung für die Weltgeschichte und -politik. Dieses Jahr wurde zum Symbol für das Ende der Epoche der totalitären Herrschaftsformen. Die Bürgerbewegungen, die schließlich den gesamten Herrschaftsbereich der Sowjetunion erfassten, haben die einzigartige Leistung einer friedlichen und „antitotalitären Revolution“ vollbracht.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und dem Ende der West-Ostpolarisierung erwies sich der Demokratisierungsprozess in den ehemaligen kommunistischen Ländern zur Hauptproblematik der folgenden Jahre.

In unserer Gegenwart schon das Ende aller totalitärer Bewegungen auszurufen und ihre Gefahren als gebannt zu erklären, erschien Bracher als eine zu voreilige und naive Position. Was bleibt und bleiben wird, sind „Potenzen und Tendenzen alter und neuer Polarisierung, Radikalisierung und Utopisierung auch im - hoffentlich - postfaschistischen und postkommunistischen Zeitalter.“ ■

Bernadette Braun

(siehe auch Presseschau Seite 43)

Gabi Seitz in der Nürnberger Zeitung Nr. 271 vom 22. 11. 99:

Wissenschaftler diskutieren im Nürnberger Bildungszentrum:

### **Die Europäisierung der Welt ist zu Ende**

... „Kampf der Zivilisationen oder interkultureller Diskurs?“ überschreibt Udo Steinbach vom Orient-Institut Hamburg seinen Vortrag. ...

Für welche Variante er sich entschieden hat, ist von Anfang an klar. Es geht ihm um den Dialog. Vor allem aber um das Lernen, das erst eine sinnvolle Auseinandersetzung mit fremden Wertvorstellungen möglich mache. Jede Kultur müsse von anderen lernen, sagt er. Und fügt selbstkritisch hinzu:

„Uns Europäern fällt es natürlich schwer zu lernen. Schließlich haben wir die Welt in den letzten 200 Jahren belehrt.“ Seit sich die Zivilisationen außerhalb des alten Kontinents immer stärker ins weltpolitische Geschehen einbringen, ist nach Steinbachs Ansicht den Europäern eine tiefe Verunsicherung anzumerken. „Wir fragen uns, was ist Europa, wer gehört dazu, wer nicht?“ Diese Suche nach sich selbst sei für die Europäer eine völlig neue Erfahrung. ...



## Wächst zusammen, was zusammengehört?

### Zwischenbilanz des Vereinigungsprozesses

vor zehn Jahren geschah, womit nur die Wenigsten gerechnet hatten: die versteinerten Verhältnisse in der DDR kamen in Bewegung, und unter dem Druck ihrer Bürger auf den Straßen musste sich die kommunistische Staatsmacht geschlagen geben.

Dem Rücktritt der SED-Führung folgte die Öffnung der Mauer am 9. November 1989, und ein Jahr später war das DDR-Regime bereits Geschichte und Deutschland wiedervereint. Das waren Ereignisse von größter historischer Bedeutung für Deutschland und ganz Europa. In der Euphorie der staatlichen Wiedervereinigung und der Einführung der D-Mark im

Osten Deutschlands unterschätzten nicht nur die meisten Politiker, sondern auch die Bürger die Schwierigkeiten, die es auf dem Weg zur Herstellung der inneren Einheit in Deutschland zu bewältigen galt. Übertriebene Erwartungen, dass der Prozess der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Angleichung des Ostens an den Westen in wenigen Jahren beendet sein würde, führten allenthalben dazu, dass die großen Erfolge bei der Umgestaltung einer zentral gelenkten Planwirtschaft in eine moderne Soziale Marktwirtschaft, beim Aufbau modernster Kommunikationssysteme und der Runderneuerung der Infrastruktur von den Kläranlagen bis zu den Au-

tobahnen weniger registriert wurden, als die bedrückende Arbeitslosigkeit, die viele Menschen in den neuen Bundesländern traf, sowie die Probleme, die mit der tiefgehenden Umgestaltung des vertrauten Alltagslebens einhergingen. Vorurteile zwischen „Ossis“ und „Wessis“ kamen hinzu. Es verwundert daher nicht, dass - laut Umfragen - in den letzten Jahren die Stimmung im wiedervereinigten Deutschland deutlich schlechter war als die konkrete wirtschaftliche und soziale Lage. Eine Zwischenbilanz des Vereinigungsprozesses versuchten Referenten und Tagungsleitung am 5. und 6. November 1999 zu entwickeln.

### Zwischenbilanz, Ergebnisse und Perspektiven des Aufbaus Ost

von Prof. Dr. Ullrich Heilemann

(Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.)\*

Die West-Ost-Transfers der öffentlichen Hände summierten sich bis Ende 1997 nach Abzug der ostdeutschen Beiträge zu den Einnahmen des Bundes (ca. 250 Mrd. DM) - auf etwa 1,4 Billionen DM. Pro Jahr entspricht dies 195 Mrd. DM oder 6,6 Prozent des westdeutschen Bruttoinlandsproduktes (BIP) bzw. 6 Prozent des gesamtdeutschen Bruttosozialproduktes (BSP).

Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten sie in den Jahren 1993/94 mit jeweils etwa 220 Mrd. DM bzw. 7,7 Prozent des westdeutschen BIP. Zur Zeit stagniert deren Volumen, nachdem die Auflösung der Treuhandanstalt zu einer merklichen Verringerung der Transferleistungen führte. Seit 1995

belaufen sie sich auf knapp 200 Mrd. DM pro Jahr bzw. 6 Prozent des westdeutschen BIP. Von den Hilfen dürften 70 Prozent für sog. konsumtive Zwecke verwendet worden sein, wovon allein 15 Prozent zur Abdeckung der Defizite der ostdeutschen Sozialversicherung (ca. 205 Mrd. DM) dienten. Der Anteil der investiven Ausgaben - ohne Steuervergünstigungen, Kredit- und Bürgschaftsprogramme sowie Hilfen der Treuhand - fällt mit einem Fünftel nur geringfügig höher aus. Der Nettofinanzbedarf der Treuhandanstalt wird infolge ihrer Auflösung nur noch knapp ein Zehntel der bisherigen Hilfen ausmachen.

Es soll nicht verschwiegen werden, dass eine solche Auflistung Unbehagen auslöst und auf Widerspruch stößt. So führt die Bundesregierung



*Ullrich Heilemann: „Zusammenwachsen erfordert zusammenwachsen“.*

die sogenannten kritischen Debatten um den „Preis der Einheit“ auf derartige, vermeintlich verzerrende Transferbilanzen zurück. Sie wendet etwa ein, dass sie überwiegend Leistungen beinhalte, die *allen* Bundesbürgern zustehen. Die eigentlichen Leistungen

\*in Auszügen

für den Aufbau Ost seien dagegen so gering, dass sie „durchaus geschultert werden könnten“. Aber auch die Sozialtransfers müssen zu einem erheblichen Teil vom Westen geschultert werden, da das Steuer- und Beitragsaufkommen in Ostdeutschland hierfür nicht ausreicht. Dies sehen allerdings Vertreter der Regierungsfractionen auch nicht anders, oder wie ließe sich sonst die gegenwärtig diskutierte Vermögensabgabe u.a. zur Bewältigung der Lasten der Deutschen Einheit fördern? Oder anders ausgedrückt: Wenn es nur um die Transferleistungen in Höhe von 40 Mrd. DM ginge, die laut Bundesregierung „die Entwicklung in den neuen Ländern gezielt voranbringen“, dürften diese doch leicht aus dem Beitrag Ostdeutschlands zum Steueraufkommen (1999 vermutlich etwa 60 Mrd. DM) des Bundes finanzierbar sein. (Dass diese Etikettierung bzw. Auswahl äußerst problematisch ist, sei nur am Rande vermerkt). Umgekehrt leistet gerade die Ignorierung der „Gesamtlast“ einer Verharmlosung der Schulden- und Defizitprobleme Deutschlands Vorschub, die angesichts ihrer offensichtlich geringen Gestaltbarkeit zu fehlerhaften Rückschlüssen bezüglich der Konsolidierungsmöglichkeiten und -lasten führt.

Gleichwohl ist die Frage nach den ostspezifischen Leistungen berechtigt. Eine derartige Klassifikation der Transfers reflektiert nämlich - wenn auch mit Einschränkungen - die Aufwendungen für eine aktive Sanierung sowie die Folgeaufwendungen zur Verhinderung einer passiven Sanierung infolge regionaler Einkommensdisparitäten, die bekanntlich 1989/90 das Tempo des Einigungsprozesses und etliche Modalitäten wesentlich prägten. Darüber hinaus gewinnt eine derartige Aufteilung mit Blick auf die Konsolidierungsmaßnahmen des Bundes an Aktualität. Dass angesichts der Produktions- und Lieferverflechtungen zwischen Ost- und Westdeutschland und wegen einer Reihe anderer Faktoren Westdeutschland in nicht unbeträchtlichem Maße an „seinen“ Transferzahlungen partizipierte, braucht hier im einzelnen nicht wiederholt zu werden.

## Angleichung - wieviel und wie?

Wie gezeigt, ist die ökonomische Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschland seit 1990 zwar eindrucksvoll vorangekommen. Das Tempo hat sich indessen spürbar verlangsamt und die Breite hat sich verringert. Der Zeitpunkt eines völligen Verschwindens der Unterschiede rückte zunehmend in die Ferne und ist auch nur noch selten Gegenstand von Erörterungen.

## Wettbewerbsföderalismus und Abbau von Ost-West-Disparitäten

Die Forderung nach „Gleichheit der Lebensverhältnisse“ ist in Deutschland unerwartet - und auch unabhängig von der deutschen Einigung - in die Diskussion geraten. Sie soll durch das Konzept des Wettbewerbsföderalismus ersetzt werden, das auf den regionalen Wettbewerb „als Entdeckungsverfahren“ setzt, um Effizienz und Effektivität öffentlicher Aufgabenerfüllung zu verbessern. Seine Vertreter versprechen sich davon mehr Bürgernähe, mehr Innovationsfähigkeit, niedrigere Produktionskosten und letztlich Wachstumsimpulse. Voraussetzung dafür sind neben einer größeren Ausgaben- auch eine stärkere Einnahmeautonomie der Gebietskörperschaften mit der durchaus erwünschten Folge einer größeren Ungleichheit der Lebensverhältnisse als bislang.

Fest steht: Bereits heute reicht die Spannweite des westdeutschen Wohlstandsniveaus (ohne Berlin, gemessen als BIP je Einwohner) von 81 Prozent (Rheinland-Pfalz) bis 173 Prozent (Hamburg). Der Variationskoeffizient beläuft sich auf knapp 27 Prozent. In Ostdeutschland (ohne Berlin) ist die Differenzierung auf Länderebene dagegen noch gering: 59 Prozent (Mecklenburg-Vorpommern) und 66 Prozent (Brandenburg) des Westniveaus. Der Variationskoeffizient beläuft sich auf nur 6 Prozent. Einerseits erscheint es vor diesem Hintergrund wenig sinnvoll und realistisch, 100 Prozent des Westniveaus als Konvergenzziel für jedes ostdeutsche Land anzustreben; andererseits lässt sich normativ begründen, dass die regionalen Dispari-

täten - wie sie sich unter den Bedingungen der sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland entwickelt haben - infolge der Deutschen Einigung nicht dauerhaft zunehmen sollten. Danach sollte kein ostdeutsches Land auf Dauer ein geringes BIP je Einwohner aufweisen als die wirtschafts- und finanzschwachen Länder Westdeutschlands. Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und das Saarland weisen im Durchschnitt ein BIP je Einwohner von derzeit etwa 90 Prozent des bundesdeutschen Niveaus auf. Aber selbst eine derartige Zielvorgabe erscheint unter den jetzigen Bedingungen ehrgeizig.

## Wirtschafts- und finanzpolitische Perspektiven

Zur Beschleunigung des Angleichungsprozesses setzte die staatliche Wirtschaftspolitik von Anbeginn an auf die Verbesserung der Infrastrukturausstattung, die rasche Privatisierung der DDR-Staatsbetriebe sowie die regional- und fiskalpolitische Stimulierung der Investitionstätigkeit. Sie bediente sich dabei einer Reihe von Instrumenten, wozu auch die sozialpolitischen Transferzahlungen zu rechnen sind, die letztlich auch dem Aufholprozess (soziale Flankierung des Transformationsprozesses, Verhinderung einer passiven Sanierung) zugute kommen. Feststehen dürfte, dass für den Ausbau Ost die Fortführung der bisherigen Ansiedlungsförderung von Unternehmen sowie der weitere Abbau von Infrastrukturdisparitäten auch zukünftig zentrale Ansatzpunkte darstellen werden. Dabei besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass die Sonderförderung Ost mit dem Auslaufen der bisherigen Regelungen Ende 2004 beendet werden sollte. An ihre Stelle sollte eine gesamtdeutsche Konzeption der Regionalförderung entwickelt werden, etwas anderes dürfte auch die EU nicht mehr zulassen. Was die fiskalischen Implikationen dieser Maßnahmen angeht, so scheidet deren höhere Dotierung aufgrund des bestehenden Konsolidierungsdrucks aus, offenbar ist allenfalls an Akzentverschiebungen zu denken - zumindest, wenn man dem Jahresbericht 1999 der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit folgt.



Immerhin wäre bereits viel erreicht, wenn die finanzielle Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Gebietskörperschaften gesichert werden könnte. Die Finanzlage der ostdeutschen Flächenländer hat sich eher verschlechtert als gebessert. Der fiskalische Beitrag dürfte sich jedenfalls insgesamt relativ und möglicherweise auch absolut eher vermindern und die weitere Angleichung eine Frage der Mobilisierung des regionalen Wachstumspotentials sein. Dass dabei auch der Lohnpolitik eine zentrale Rolle zukommt, ist mittlerweile wohl allen Beteiligten bewusst. Im übrigen sollte nicht aus dem Auge verloren werden, dass Wachstum auch regional generiert wird.

Der ostdeutsche Konvergenzprozess ist insofern kein Nullsummenspiel, das a priori zu Lasten des Westens geht. Vielmehr wird ohne ein kräftiges Wachstum in Westdeutschland auch die ostdeutsche Wirtschaft nur langsamer vorankommen. Es deutet also alles darauf hin, dass der West/Ost-Produktionsverbund von erheblicher Bedeutung für die Dynamik des Aufholprozesses ist. Hier sei eine Erfahrung aus der westdeutschen Regionalentwicklung angeführt: die regionale Angleichung von Wirtschaftskraft und Arbeitsmarktentwicklung ist wesentlich vom Niveau des Wachstums geprägt. Mit anderen Worten: je höher das Wirtschaftswachstum und je ausgeglichener der Arbeitsmarkt Westdeutschlands sind, um so leichter und rascher vollzieht sich der Anpassungsprozess. Nach wie vor gilt also: Zusammenwachsen erfordert zusammen wachsen!

Die aktuelle Diskussion um die Haushaltskonsolidierung steht damit auch vor der entscheidenden Frage der intergenerationalen Verteilung der Lasten der Deutschen Einheit: Der Schuldenzuwachs des Bundes seit 1989 ist zu etwa 50 Prozent einigungsbedingt. Nimmt man die damit verbundene Einschränkung des finanzpolitischen Handlungsspielraums des Bundes hin, so werden verstärkt auch zukünftige Generationen zur Finanzierung der deutschen Einheit herangezogen. Andernfalls tragen vor allem eher die gegenwärtigen Generationen die fiskalische Einigungslast. ■

## Zwischen Ostalgie und Aufbruch

**Die Stimmung der neuen Bundesbürger - „zwischen Ostalgie und Aufbruchsstimmung“ - war Thema der Podiumsdiskussion, die zum Abschluss der Tagung stattfand. Politiker, Wissenschaftler und Journalisten aus Ost und West fanden sich in dieser Runde zusammen, um Zwischenbilanz über den Vereinigungsprozess zu ziehen. Es entwickelte sich eine lebhafte Diskussion über die Hinterlassenschaften der DDR, den wirtschaftlichen Aspekt der Vereinigung und die Rolle der PDS in der deutschen Parteienlandschaft. Hier ein Ausschnitt.**

### Das Erbe der DDR - Verunsicherungen

**Hradil:** Die Erwartungen der Bürger in den neuen Bundesländern an das Leben im vereinigten Deutschland können als Erbe der DDR bezeichnet werden. Nahezu alle Menschen in den neuen Bundesländern im erwerbsfähigen Alter haben die Erwartung, erwerbstätig sein zu können. Dies gilt auch - im Unterschied zu den alten Ländern - für die Frauen. Des weiteren ist die Erwartung von sozialer Si-

Buna oder Leuna im Raum Halle befanden sich zur Zeit der Wende in einem desolaten Zustand. So waren bei Leuna in den letzten Jahren vor der Wiedervereinigung täglich ein Drittel der Mitarbeiter ausschließlich damit beschäftigt, Lecks an den Anlagen und Maschinen zu reparieren. In den 40 Jahren DDR-Wirtschaft wurden die Industrieanlagen z.T. überhaupt nicht modernisiert, so dass für sie nach dem Fall der Mauer überhaupt keine Chance bestand, im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu sein. So



**Soziologe Stefan Hradil (links) und ZEIT-Redakteur Toralf Staud: Erwartung von sozialer Sicherheit und Gleichheit im Osten stärker ausgeprägt.**

cherheit und Gleichheit stärker als bei den Westdeutschen ausgeprägt. Arbeitslosigkeit empfinden Ost-Bürger in weitaus höherem Maße als belastend und sie reagieren auf soziale Ungleichheit sehr viel sensibler als ihre Mitbürger in den alten Ländern. **Rauen:** Gerade auf dem industriellen Sektor sind die Hinterlassenschaften der DDR schmerzhaft zu spüren. Besonders große Industriekonzerne wie

mussten 10 000 Menschen von heute auf morgen entlassen werden. Auch die Neuordnung des gesamten Wohnungsmarktes brachte die Vereinigung mit sich. Von den neuen Miet- und Wohnungspreisen sahen sich viele Menschen gezwungen, ihr gewohntes Wohnumfeld zu verlassen. Auf diesem Hintergrund scheint es nur allzu verständlich, dass über 90 Prozent der Bürger der ehemaligen DDR auf die

Frage, was sich mit der Wiedervereinigung für sie verändert hätte, antworteten: „Fast alles.“

**Hradil:** In welchem Ausmaß der Systemwechsel die Menschen verunsicherte, wird an den demographischen Entwicklungen direkt nach der Wende deutlich: Die Kinderzahlen sanken um fast die Hälfte, die Zahl der Eheschließungen ging um mehr als 70 Prozent zurück, und auch die Scheidungs-

schen stieg, die man sich außerhalb der öffentlichen Räume suchte. So zogen sich viele der interessierten Menschen in die Naturwissenschaften zurück.

## Wendewirtschaft

**Kasperelt:** Über die Schwierigkeiten, die hier zur Sprache kommen, haben die Menschen damals auf den Straßen von Leipzig nicht nachgedacht.



*Politikwissenschaftler Werner Patzelt, Dresden (links) und der Oberbürgermeister von Halle, Klaus-Peter Rauen: Das Beste an der DDR war ihr Ende.*

rate halbierte sich. Diese Umbrüche im Privatleben als Reaktion auf die neue wirtschaftliche und politische Situation äußerten sich nach 1989 demographisch radikaler als in den Nachkriegsjahren.

**Patzelt:** Auf die erste Euphorie der Vereinigung folgte häufig bittere Enttäuschung. Für einen Großteil der Bürger in den neuen Bundesländern ist es bis heute nur schwer zu ertragen, dass sich das Beste der DDR für die gesamtdeutsche Geschichte in ihrem Ende erschöpfen soll. Die eigene subjektive Lebensleistung – auch innerhalb eines schlechten Systems – erkennen und würdigen zu können, daran scheitern viele, zumal das zu DDR-Zeiten erworbene Berufswissen im neuen System nicht mehr gefragt ist. Als ein positives Erbe der DDR ist die größere Emanzipation der Frau zu nennen.

**Staud:** Das sogenannte richtige Leben im falschen System fand in den Ni-

Von solchen Bedenken hätte sich diese friedliche Revolution auch nicht beirren lassen. Das, was die Menschen vor zehn Jahren auf der Straße gefordert hatten, haben sie erreicht. Aber die Geschichte der deutschen Einheit ist auch eine Geschichte von großen Täuschungen: Schnell fiel der Traum vom Paradies jenseits der Mauer in sich zusammen. Auf die Täuschung folgte Enttäuschung. Die schlimmste Erblast der DDR ist ihre marode Wirtschaft. Daher ist auch die Rede vom „Plattmachen“ des Ostens eine Legende: Es gab schlicht nichts mehr „platt zu machen“ in der ehemaligen DDR. **Staud:** Als ostdeutsche Betriebe von westdeutschen Großunternehmen aufgekauft wurden, hat es Fälle von „Plattmachen“ gegeben. Ein planmäßiges Vorgehen dieser Art gab es jedoch nicht. Die Westdeutschen waren einfach besser mit den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Möglichkeiten vertraut als die Bürger der

neuen Länder. Die ostdeutsche Wirtschaft nicht in größerem Ausmaß geschützt zu haben, ist vielleicht der einzige Vorwurf, den man der damaligen Bundesregierung machen kann.

**Rauen:** Die Wiedervereinigung kam überraschend, und ihre Herausforderungen waren so neu, dass keine ernsthafte Möglichkeit bestand, die Dinge anders zu regeln, als es getan wurde. Es gab kein Rezept für die Gestaltung dieses Prozesses.

**Kasperelt:** Bei der Eigentumslosigkeit der Ostdeutschen standen ihnen nicht die finanziellen Mittel zur Verfügung, um die eigenen Betriebe zu sanieren. Auch heute noch ist der Kapitalmangel ein Grundübel der ostdeutschen Wirtschaft. Hier sind wir weiterhin angewiesen auf das Kapital aus den alten Ländern.

**Patzelt:** Die wirtschaftliche Transformation erweist sich als sehr viel komplizierter und langwieriger als die politische. Drei Tatsachen liegen ihr zugrunde: Die Währungsunion führte de facto zu einer Aufwertung der DDR-Mark, Märkte im Osten brachen weg, und die Tarifpartner betrieben eine Politik der Lohnangleichung. Politisch waren diese Entscheidungen alle richtig, aus rein wirtschaftlicher Sicht jedoch unökonomisch. Ein Fehler beging der Westen vielleicht mit seinen allzu optimistischen wirtschaftlichen Versprechungen.

**Hradil:** Ein großer Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschen ist in ihren Mentalitäten auszumachen. Dies ist mit Blick auf die je eigene Geschichte und Sozialisation auch nicht weiter verwunderlich. So wird der Prozess der mentalen Annäherung auch die meiste Zeit benötigen. Wobei eine völlige Angleichung gar nicht das Ziel sein muss. Mentalitätsunterschiede können bestehen bleiben, solange die Beurteilung der Lebensumstände und die Zufriedenheit mit der eigenen Situation in Ost und West nicht zu stark auseinanderdriften. In Sachen Gemeinsinn, Improvisationskunst und Alltagssolidarität kann der Westen von den Menschen in Ostdeutschland lernen. Könnten diese Eigenheiten ostdeutscher Mentalität in eine modernere, individuellere Form von Bewusstsein transformiert werden, wäre das ein großer Gewinn für die gesamtdeutsche Gesellschaft.



**Staud:** Nach der Wiedervereinigung wurden die Spitzenpositionen im Osten mit westdeutschen Eliten besetzt. Nun, neun Jahre später, wäre es an der Zeit, die Führungspositionen in Ostdeutschland auch an Ostdeutsche zu übergeben. Noch haben 88 Prozent der wichtigsten Positionen in den neuen Ländern Westdeutsche inne. Ein Beispiel dafür ist die CDU in Brandenburg, die ihre Landesregierung ausschließlich mit West-Politikern besetzt hat. Die Ostdeutschen haben in den letzten neun Jahren genug dazugelernt, um sich nun selbst vertreten zu können.

**Kasperelt:** Entscheidend ist, ob jemand seine Sache gut macht, und nicht, ob er aus Ost- oder Westdeutschland kommt.

**Rauen:** In den neuen Bundesländern existiert eine Arbeitsgemeinschaft der Oberbürgermeister der kreisfreien Städte. Inzwischen stammen nur noch zwei der 24 Oberbürgermeister aus Westdeutschland. Unabhängig von Parteipolitik und Ost-West-Unterschieden ist dieses Gremium bei seinen Teilnehmern sehr beliebt, weil es einen Austausch über die konkreten Probleme vor Ort ermöglicht.

In Bezug auf das Sicherheitsdenken und das Sozialsystem haben sich West und Ost in den letzten Jahren auf eine perverse Art einander angenähert. Wurde in der DDR die soziale Absicherung von oben geregelt, so hat im Westen der Wettbewerb um Sozialleistungen das Besitzstandsdenken mehr und mehr forciert. Heute stehen wir vor dem Problem, von einem solchen Denken Abschied nehmen zu müssen. In diesem Punkt zeigen sich die Ostdeutschen flexibler als die Bürger der alten Länder.

**Staud:** In der Begegnung mit dem rauen Wind der Marktwirtschaft ab 1990 haben die Menschen im Osten schon einen Strukturbruch erlebt und auch durchgestanden. Das steht den Westdeutschen noch bevor.

Als die DDR noch existierte, hatte die soziale Marktwirtschaft der BRD mit dem Sozialstandard des Nachbarn zu konkurrieren. Nun, da es das Gegenstück nicht mehr gibt, ist es ein leichtes, am Sozialsystem Abbaumaßnahmen vorzunehmen.

**Patzelt:** Es ist ein Mythos, dass die BRD ihr Sozialsystem im Wettbewerb

mit den sozialistischen Ländern errichtet hätte. Das Sozialstaatsprinzip ist in den Werten des Grundgesetzes verankert und wurde in seinen Details von den starken Gewerkschaften der BRD errungen.

Womit sich die westdeutschen Bundesbürger noch anzufreunden haben, ist die Tatsache, dass es wieder eine einheitliche deutsche Nation gibt. Die Abwendung von der eigenen Nation ist in den alten Ländern noch weit verbreitet.



Moderator Klaus-Dietmar Henke (Dresden) und Sabine Kasperelt, SPD, MdB: „Einander verstehen ist das Herzstück des Zusammenwachsens“.

**Staud:** Dann sollte jedoch auch der westdeutsche Reflex des Anti-Kommunismus, wie er in der Diskussion um die PDS zutage tritt, an Heftigkeit verlieren.

## Die PDS

**Patzelt:** Die PDS ist die Nachfolgepartei der SED, aber darin erschöpft sich nicht ihre ganze Bedeutung. Als Partei versammelt sie um sich die alten, überzeugten Träger des DDR-Systems, Reformsozialisten und pragmatische Opportunisten. Als Sammelbecken dieser verschiedenen Strömungen ist sie also ein sehr heterogenes Gebilde. Bisher konnte sie davon profitieren, noch nicht den Belastungen der Regierungsverantwortung ausgesetzt zu sein. Für das politische System geht von ihr keine Gefahr aus. Wer unter ihr zu leiden hat, ist vor allem die SPD. Ihre Aufgabe wäre es, den linken Rand der Wählerschaft, d.h. die PDS-Sympathisanten, zu integrieren.

**Hradil:** Soziologisch ist die PDS vor allem als ein Kristallisationskern ostdeutscher Identität zu verstehen.

**Staud:** Aus demokratietheoretischen Gründen ist es wichtig, dass eine mit so vielen Stimmen gewählte Partei auch im Bundestag vertreten ist. In den neuen Ländern schöpft die PDS auch Wählerpotential vom rechten Rand ab, das heißt rechtsradikale Parteien können im Osten relativ klein gehalten werden. Diese integrative Funktion der PDS ist von großer Bedeutung. Die

Einbindung von PDS-Wählern ist jedoch nicht die alleinige Aufgabe der SPD. Dazu sind alle demokratischen Parteien aufgerufen.

**Rauen:** Momentan stellt die PDS im Stadtrat von Halle die zweitstärkste Fraktion. Auf pragmatischer Basis war mit ihren Vertretern eine fruchtbare Zusammenarbeit möglich und wurde in den vergangenen Jahren auch praktiziert. Nichtsdestotrotz ist zu betonen, dass sie als Partei auf die Schaffung einer anderen Republik hinzielt.

**Kasperelt:** Die PDS kann nicht für sich in Anspruch nehmen, ostdeutsche Identität und Interessen zu vertreten, wenn von vornherein klar ist, dass sie ihre Versprechungen nicht realisieren muss. Ihre letzten Wahlerfolge sind nicht auf einen realen Zugewinn an Stimmen zurückzuführen, sondern auf die Tatsache, dass sie ihre Wählerschaft zu mobilisieren weiß.

**Staud:** Der springende Punkt im Verhältnis von SPD und PDS ist weniger die sog. Ost-Identität, sondern viel-

mehr die Frage, wer von den beiden für soziale Gerechtigkeit einsteht. Mit Schröder an der Spitze gestaltet sich für die SPD dieser Kampf eher schwierig, denn der Kanzler scheint mehr für Innovation als für soziale Gerechtigkeit zu stehen.

**Rauen:** Auf dem Weg hin zu einem Zusammenwachsen von Ost und West ist etwa die halbe Strecke zurückgelegt. Bis zur Angleichung der wirtschaftlichen Verhältnisse werden wohl noch mehr als zehn Jahre vergehen. Die größte Geduld müssen wir jedoch für den psychologischen Prozess des Zusammenwachsens haben, der sich über eine Generation erstrecken wird. **Hradil:** Wir werden uns in einem gewissen Realismus einüben müssen. Da das Konfliktpotential zwischen Ost und West bestehen bleiben wird, brauchen wir einen langen Atem. Dabei können beide Seiten ihre Vorurteile am leichtesten überwinden, wenn Bekanntheit und Vertrautheit auf allen Ebenen gefördert werden.

**Staud:** Als nach Gründung der DDR Siemens nach München zog und die Messe von Leipzig nach Hannover verlegt wurde, hat der Westen von diesem Zuzug aus dem Osten stark profitiert. Würde nun im Gegenzug eine westdeutsche Firma ihre Unternehmenszentrale in eines der neuen Länder verlegen, wäre das sehr zu begrüßen. Für die Zukunft hoffe ich, dass Ostdeutsche als ganz normale Deutsche wahrgenommen werden.

**Patzelt:** Drei Aufgaben sehe ich für die kommenden Jahre: Es gilt, die Aufbauarbeiten weiter voranzutreiben und die Schwierigkeiten, die sich dabei ergeben werden, immer wieder geduldig zu erklären. Als drittes und letztes möchte ich an uns alle appellieren, in Zukunft auf die Mythen von den verpassten Chancen zu verzichten.

**Kaspereit:** Mehr Ehrlichkeit werden wir für die kommenden Jahre benötigen, um den Menschen erklären zu können, warum die Angleichung der Lebensverhältnisse so viel Geduld erfordert. Das Herzstück für unser Zusammenwachsen sehe ich in dem Bemühen, einander zu verstehen. ■

*Bearbeitung: Bernadette Braun*

## Akademiegespräch im Landtag:

# „Die Stasi war immer dabei“

## Die Unterwanderung des Westens

„Honigfallen“ nannte die DDR-Staatssicherheit weibliche Spitzel, die zum „Abschöpfen der männlichen Zielobjekte“ eingesetzt wurden. Noch viele weitere Kostproben des Stasi-Vokabulars gab Dr. Hubertus Knabe von der Gauck-Behörde beim Akademiegespräch im Bayerischen Landtag über „Die Stasi im Westen“. Wie weit gespannt, wie dicht geknüpft und wie ergiebig das Netzwerk über das „Operationsgebiet“ Bundesrepublik war, veranschaulichte Knabe mit zahlreichen Beispielen. Die Stiftung Wissenschaft und Politik in Ehrenhausen, das Südost-, das Orient- und das Osteuropa-Institut, die Friedrich-Ebert- und die Hanns-Seidel-Stiftung waren Objekte der Ausforschung.

Knabe unterteilte die Zielrichtungen der Stasi in der Wissenschaft in drei Wirkungsbereiche:

- Perspektivagenten sollten geworben werden. Stasi-Leute nannten das „Entwicklung einer Abschöpfquelle“. Bevorzugt waren Professoren, die unter ihren Studenten Nachwuchskader auswählten.
- Informationen über Technik, Wissenschaft und besonders Osteuropa- und DDR-Forschung mussten beschafft werden.
- Auch auf politische Aktivitäten an den Universitäten wollte man Einfluss nehmen.

Nach einfacher Kosten-Nutzen-Rechnung (z.B. 200.000 DM Spionagegage bei einer späteren Geldstrafe von 7.000 DM) sei Spionage ein „lohnendes Geschäft“ in Ostdeutschland gewesen.

Doch was tun mit all den Mitläufern und Trägern einer Diktatur? „Einsperren können wir sie nicht, dafür sind es zu viele.“

## Persönliche Zersetzungsversuche

„Positive Freunde“ galt es zu fördern, „Gegner“ zu diskreditieren. „Operative Bearbeitung von Personen“ nannte man die „Zersetzungsmaßnahmen“, die über bloße Bespitzelung weit hinausgingen. An Erfindungsreichtum fehlte es der Stasi hierfür keineswegs. Das Spektrum reichte von kompromittierenden Waren, bestellt im Namen des Zielobjektes, über nächtlichen Te-



*Geschichtsschreibung der Bundesrepublik von der anderen Seite: Hubertus Knabe von der Gauck-Behörde. Foto: gia*

lefonterror und gefälschte persönliche Briefe bis hin zur Denunzierung als Homosexueller durch gefälschte Pornofotos.

Knabes Fazit - egal ob in Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Kirche oder Gesellschaft: „Die Stasi war immer dabei.“ Sie hinterließ nicht nur traumatische Erfahrungen, sondern zerstörte Karrieren, ganze Leben und brach Personen - dauerhaft.

Die Schlussfrage aus dem Publikum lag manchem Zuhörer auf der Zunge: wie die Bearbeitung der Berge all der erschütternden Akten zu verkraften sei. Seinen Seelenfrieden, so Knabe, finde er in seiner Familie: „Wenn mein kleiner Sohn mir abends etwas auf dem Klavier vorspielt, dann ist wieder alles in Ordnung.“ ■

*Susanne Giannios*



# Arbeit für alle in der zukünftigen Gesellschaft?

Lehren aus Erfahrungen anderer Länder zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

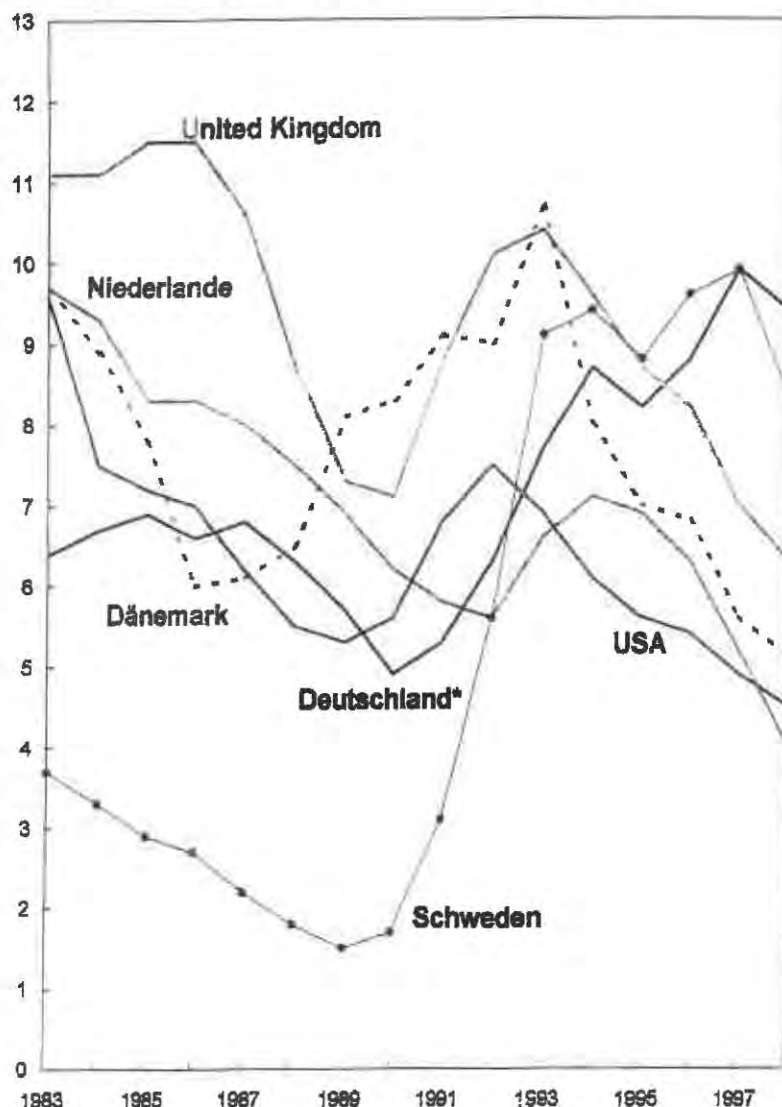
**D**ie viel Sachkunde bei Referenten und Teilnehmern versammelnde Tagung „Arbeit für alle“ erbrachte im empirischen Befund (Prof. Dr. Gerd Wagner, Dr. Johann Fuchs), dass die Entwicklung der Erwerbstätigenquote nicht notwendig mit der Entwicklung der Arbeitslosigkeit korreliert und dass unterschiedliche Erfolge der behandelten Länder am Arbeitsmarkt sich beim Vergleich der erweiterten Arbeitslosigkeit relativieren (siehe Grafiken).



Die Empiriker mit den Tagungsleitern:  
v.l. Horst Denzer, Johann Fuchs,  
Peter Hampe, Gerd Wagner

## Standardisierte Arbeitslosenquoten

% \*Deutschland ab 1991 einschl. neue Bundesländer



## Keine „Patentrezepte“

Die Referate über die „erfolgreichen“ Referenzstaaten - drei sozialstaatlich orientierte: Niederlande (Dr. Uwe Becker, Amsterdam), Schweden (Dr. Hans-Michael Trautwein, Hohenheim), Dänemark (Botschaftsrat Henning Gade, Berlin) und zwei marktwirtschaftlich ausgerichtete: USA (Botschaftssekretär Matthew Boyse, Berlin), Großbritannien (Botschaftsrätin Rachel Green, Berlin) - legten den Schluß nahe, dass Deutschland sehr wohl von diesen Ländern lernen kann, aber die unterschiedlichen Traditionen der Länder „Patentrezepte“ der Übertragung auf Deutschland nicht zulassen. Beispiel: Die Nebeneffekte der Vollbeschäftigung in den USA - erhebliche soziale Ungleichheit und geringe soziale Absicherung - würden in Deutschland nicht akzeptiert.

Martin Kröger, Münster, Mitarbeiter beim Bertelsmann Internationalen Beschäftigungsranking, führte in die Problematik und die komplizierte Berechnung des Ländervergleichs ein.

## Unterbeschäftigung

	„vergleichbare“ Arbeitslosen- quote 1996 (nach Eurostat)	„erweiterte“ Arbeitslosen- quote 1996 in Anlehnung an die OECD
Deutschland	9,6	15,0
Dänemark	6,9	20,5
Niederlande	6,3	15,6
Schweden	10,0	14,8
USA	5,4	k. A.
Vereinigtes Königreich	8,2	12,9



**Die Komparatisten:**  
v.l.: Uwe Becker (Niederlande),  
Matthew Boyse (USA),  
Martin Kröger,  
Hans-Michael Trautwein (Schweden),  
Henning Gade (Dänemark),  
oben: Rachel Green (Großbritannien)

Fotos: Giannios

Das abschließende Diskussionsforum über die Lehren für Deutschland brachte die Wissenschaft (Prof. Dr. Peter Kalmbach, Bremen, Dr. Ulrich Walwei, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit) und die Politik (die Bundestagsabgeordneten Hans Büttner, Ingolstadt - SPD, Dr. Hans-Peter Friedrich, Hof - CSU) zusammen.



Peter Kalmbach



Hans Büttner, MdB, SPD



Hans-Peter Friedrich, MdB, CSU

### Reformbedarf

Friedrich betonte mehr den Reformbedarf in Deutschland anhand der internationalen Erfahrungen. Er plädierte für niedrigere Sozialabgaben und Steuern, für mehr Teilzeit und Alterszeit, für mehr Mobilität und Flexibilität am Arbeitsmarkt, für passgenauere und mit Pflichten verbundene Sozialleistungen.

### Mehr Flexibilität des Arbeitsmarkts

Büttner verteidigte mehr das deutsche Sozialleistungssystem. Die Quote sei nicht höher als in anderen Ländern, es sei fördernd und fordernd, es müsse nur strikt angewendet werden. Die Qualifikation der deutschen Arbeitnehmer sei hoch. Reformbedarf sah er vor allem bei mehr Flexibilität des Arbeitsmarkts und bei mehr zur Arbeitsaufnahme drängenden Hilfen. ■

Horst Denzer





## Lehren für Deutschland

von Dr. Ulrich Walwei, \*

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)  
der Bundesanstalt für Arbeit (BfA), Nürnberg

**Am Ende des Jahrtausends weist Deutschland eine noch immer hohe Unterbeschäftigung von rund 6,5 Mio. Personen (registrierte Arbeitslose und Stille Reserve) auf. Das Arbeitsplatzdefizit ist von Rezession zu Rezession gewachsen. Eine diesbezügliche Trendwende ist noch nicht erkennbar. Auch gibt es im Bundesgebiet beträchtliche regionale Disparitäten. Herauszuheben ist dabei die sehr ungünstige Arbeitsmarktsituation der neuen Bundesländer, wo ein selbsttragender, auch den Arbeitsmarkt beflügelnder Aufschwung nicht in Sicht ist. Schwer wiegt auch die beträchtliche Zahl von Langzeiterwerbslosen, deren Reintegration durch den zunehmenden Wegfall einfacher Arbeitsplätze immer schwerer zu werden scheint.**

**Die Entwicklungspfade beschäftigungspolitisch erfolgreicher Länder zeigen, dass ein Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt keine Utopie sein muss**

International vergleichende Analysen der Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit machen deutlich, dass es mit Blick auf den beschäftigungspolitischen Erfolg „Sorgenkinder“ und „Sonntagskinder“ gibt. Bei den „Erfolgsländern“ haben wir zu unterscheiden zwischen Ländern, die wie die USA und die Niederlande einen langanhaltenden Beschäftigungsaufschwung herbeiführen konnten, und anderen Ländern, die wie Irland, Dänemark und das Vereinigte Königreich eine bemerkenswerte Trendumkehr auf dem Arbeitsmarkt geschafft haben. Interessant ist dabei, dass zu den genannten „Erfolgsländern“ so-

wohl Staaten mit stark marktwirtschaftlicher Orientierung als auch Staaten mit korporativistischer Tradition zählen. Vor allem die Niederlande und Dänemark belegen, dass anders als in angelsächsischen Ländern Beschäftigungswachstum und sozialer Ausgleich nicht unbedingt konkurrierende Ziele sein müssen. Reformen des Sozialstaates in beiden Ländern unterstreichen aber auch, dass der Finanzierung und Ausgestaltung der sozialen Sicherung sehr wohl beschäftigungspolitische Bedeutung zukommt.

**Beschäftigungspolitische Erfolge: Nicht kopieren, sondern kopieren**

Bei Ländervergleichen ist zu beachten, dass sich die wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Bedingungen mehr oder weniger stark unterscheiden können. Die unbestreitbaren „Erfolgsgeschichten“ liefern aber Anhaltspunkte, wie andere Länder eine schwierige Situation gemeistert haben. D.h. ausgehend von welchen Problemen haben sie unter den dort jeweils gegebenen Bedingungen welche Strategien mit was für einem Erfolg gewählt. Zu fragen ist dann: Inwieweit ist die eigene Situation mit der anderer Länder vergleichbar? Wirken die andernorts erfolgreichen Maßnahmen unabhängig von den dort jeweils geltenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen? Eine schnelle und flächendeckende Überwindung der Beschäftigungskrise in Deutschland wird durch einen ansonsten erfreulichen Umstand erschwert: Nach der Wiedervereinigung hat Deutschland - noch mehr als in der Vergangenheit - ein beträchtliches regionales Gefälle. Die Transformationsprobleme im Osten wirken wohl noch lange nach. Für die alten Länder ergaben sich als Folge der Einheit ein zeitversetzter Konjunkturverlauf und

massive finanzielle Lasten. Die ökonomische Herausforderung der Wiedervereinigung darf aber nicht als Entschuldigung für die aktuelle Misere auf dem Arbeitsmarkt herhalten. Sie begründet vielmehr zusätzliche beschäftigungspolitische Anstrengungen der arbeitsmarktrelevanten Akteure.

**Ein Beschäftigungsaufschwung in Deutschland ist möglich**

Bei der Suche nach Wegen zu mehr Beschäftigung sind die Strategien der Erfolgsländer eine wichtige Orientierungshilfe. Deren beschäftigungspolitischer Erfolg lässt sich aber nicht an bestimmten Einzelmaßnahmen festmachen, sondern ist auf ein ganzes Bündel von Faktoren zurückzuführen. Dies legt auch für Deutschland einen umfassenden, gesamtwirtschaftlichen Ansatz nahe. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat bereits 1996 auf der Basis von Simulationsrechnungen ein Strategiebündel entwickelt, welches in einem überschaubaren Zeitraum zu einem deutlichen Beschäftigungszuwachs und einem merklichen Rückgang der Arbeitslosigkeit führen könnte. Das Strategiebündel besteht aus flexiblen und kostenneutralen Formen der Arbeitszeitverkürzung, einer längerfristig zurückhaltenden Tarifpolitik und fiskalpolitischen Impulsen in Form beschäftigungswirksamer Umschichtungen in den öffentlichen Haushalten und einer Absenkung der Steuer- und Staatsquote. Die Auslandserfahrungen bestätigen das IAB-Strategiebündel. Sie liefern darüber hinaus Ansatzpunkte für weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage, wie z.B. eine konsequente Liberalisierung von Güter- und Dienstleistungsmärkten, stärker auf Dezentralisierung setzende Formen der Lohnfindung, eine behutsame auch verteilungspolitisch zu flankierende Lohndifferenzierung, eine Modernisierung des Arbeitsrechts und arbeitsmarktpolitische Hilfen mit stärker verpflichtendem Charakter. ■

*\* Auszug aus den Thesen*



# Subsidiarität und Gerechtigkeit

## Ethisch-moralische Leitbilder für den Umbau des Staates

**„Die Umstrukturierung des Sozialstaates“ - dieser Begriff wurde von der Süddeutschen Zeitung zum Unwort des Jahres 1999 ernannt. Denn von Umstrukturierung werde immer dann geredet, wenn Abbau gemeint sei. Die Entkoppelung der Wirtschaft von der nationalen Ebene stellt das Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft vor neue, ungeahnte Probleme. Wie die nationale Ökonomie und Politik, so ist auch der Nationalstaat im Zuge der Europäischen Union einem Funktionswandel unterworfen. Die Notwendigkeit von Reformen ist nicht von der Hand zu weisen. Aber was sind die Leitbilder, an denen sich eine Umstrukturierung, die nicht Abbau sein will, orientieren kann? Diese Frage nahm die Akademie zum Anlass, um die Prinzipien „Subsidiarität und Gerechtigkeit“ auf ihre Gestaltungskraft für Staat und Gesellschaft zu befragen.**

Können Subsidiarität und Gerechtigkeit der Politik als Leitbilder dienen? So lautete das Thema des ersten Vortrages, zu dem Prof. Dr. Arno Anzenbacher von der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz referierte. Einer möglichen Antwort auf diese Frage sei zuerst eine Klärung der Hauptbegriffe vorzuschicken. Beide Prinzipien entstammen der katholischen Soziallehre. In der gegenwärtigen Diskussion erlebe der Gerechtigkeitsbegriff - im Sinne sozialer Gerechtigkeit - einen inflationären, wenn auch oft unreflektierten Gebrauch. Die ursprüngliche Bedeutung von sozialer Gerechtigkeit sei auf der Grundlage eines Ethos zu erfassen, über den ein hoher, gesellschaftlicher Konsens herrsche: das Menschenrechtsethos, das die gleiche Würde aller konstituiert. In der Würde des einzelnen lägen seine Freiheitsrechte begründet. Aus dem freiheitlichen Status der Person als Rechtsperson folge ihr Status als Staatsbürger im politischen System. Aus der Wahrung der Freiheitsrechte und des Demokratieprinzips ergäbe sich jedoch nur eine abstrakte, rein formale Freiheit. Um seine Freiheitsrechte auch realisieren zu können, bedürfe der einzelne der Bereitstellung von Mitteln und Chancen. Ein Gesellschaftszustand könne dann als sozial gerecht bezeichnet werden, „wenn in dieser Gesellschaft im dargelegten menschenrechtlichen Sinn die Grundbedingungen menschenwürdigen Daseins in kulturspezifischer Weise ge-



Arno Anzenbacher: „Jeder bedarf der gesellschaftlichen Hilfe“

währleistet sind.“ Das Gerechtigkeitsprinzip fordere also eine Solidargemeinschaft, die seinen Mitgliedern die Teilhabe an ihr durch eine Verteilung der Güter ermöglicht.

### Ökonomische Macht ohne demokratische Legitimation

Der Begriff der Subsidiarität bezeichne ein Prinzip der Hilfestellung, das die Zuordnung von Zuständigkeit und Kompetenz in einem Gemeinwesen regelt. Zwei Vorrangregeln bestimmen dabei die Organisation von Hilfestellung: das Hilfestellungsgebot und das Kompetenzzanmaßungsverbot: „Soviel Kompetenz für die Einzelnen

und die je kleinere Sozialeinheit wie möglich - soviel Kompetenz für die je größere wie nötig.“ Zwei variable Faktoren seien für die konkrete Ausgestaltung der beiden sozialethischen Prinzipien von Bedeutung: die Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit und Gemeinwohl, die in der jeweiligen Gesellschaft vorherrschend sind, und die kulturelle, ökonomische und politische Situation, die den Gestaltungsspielraum abstecken. Letztlich habe die Hilfestellung nach dem Verständnis der Soziallehre immer im Dienst der Person zu stehen. Da sich der Mensch als Sozialwesen allein nie völlig genügen kann, bedürfe jeder der gesellschaftlichen Hilfe.

### Moralisch relevante Praxis

Inwieweit sich Politik von diesen beiden Prinzipien leiten lasse, könne nur beurteilt werden, wenn man sie als eine „moralisch relevante Praxis versteht, die sich in ihrer Machtausübung letztendlich am Ziel der sozialen Gerechtigkeit orientiert“. Wobei zu berücksichtigen sei, dass Politik nur eine Pragmatik des Möglichen verfolgen kann. In ihrem Selbstverständnis als Sozialstaat hätten sich die modernen Demokratien den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit und Subsidiarität verpflichtet.

In der gegenwärtigen Situation sah Anzenbacher in zwei Entwicklungen eine mögliche Gefahr für Sozialstaat und Demokratie: In Folge der wirtschaftlichen Globalisierung entstehe eine transnationale ökonomische Macht, die zwar hochgradig politisch sei, ohne jedoch irgendeine demokratische Legitimierung zu besitzen. Die Ökonomie sei zum Selbstzweck ernannt worden und bestimme mehr und mehr die gesamte gesellschaftliche Wirklichkeit. Das Leistungsprinzip habe in der Wirtschaft seinen berechtigten Platz, aber zur Organisation sozialer Gerechtigkeit könne es nichts taugen. Eine Orientierung an den beiden Leitbildern werde für die Politik nur dann möglich sein, wenn sie das



Primat über die Wirtschaft zurückerrlangen könne. Dafür müssten politische und soziale Rahmenordnungen für die Weltwirtschaft entwickelt werden. Dem Demokratieprinzip hingegen drohe eine Erosion von unten. Der fortschreitende Rückzug der Bürger aus den politischen Gestaltungsräumen ins Private, der zu beobachten sei, lasse politische Entscheidungen mehr und mehr an Legitimation entbehren. Um den Herausforderungen der Gegenwart begegnen zu können, sei jedoch der Gestaltungswille aller Beteiligten vonnöten: Die zukünftige Politik werde sich nur dann an den Prinzipien Subsidiarität und Gerechtigkeit orientieren können, wenn sich sowohl die politischen Institutionen als auch der einzelne Bürger als Mitglieder *eines* Gemeinwesens begreifen.

## Individualistisches Menschenbild

Den Individualismus als „Lehre von der Einzigartigkeit des Menschen und seinem Recht, seine Eigenart zu entfalten“, kann man als ein Kind der Mo-

Frage setzte sich der Jesuit Prof. Dr. Norbert Brieskorn von der Hochschule für Philosophie in München auseinander.

Nachdem Johanna Pulheim, Politologin aus dem Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, die „Umstrukturierung des Sozialstaates als Bewährungsprobe für die Gerechtigkeit“ in Deutschland dargestellt hatte, wurde zum Abschluss der Tagung eine Erweiterung der Problematik um den europäischen Kontext vorgenommen.

## Ordnungsprinzip für Europa

Ob Subsidiarität und Gerechtigkeit das Gesicht Europas prägen werden, war die Fragestellung, mit der sich Prof. Dr. Wolfgang Ockenfels von der Universität Trier beschäftigte. Was die europäischen Länder trotz aller Verschiedenheit eine, sei das geschichtliche Bewusstsein gemeinsamer Werte und Prinzipien. Die Erfahrung der modernen und totalitären Ideologien unseres Jahrhunderts sei eines der Hauptmotive, die zur Gründung einer

ausdrückliche Erwähnung als Ordnungsprinzip für das gemeinsame Europa. „Im europäischen Kontext geht es hierbei vor allem um das Zuordnungsverhältnis zwischen den Staaten der EU, ihren Regionen und Ländern, Städten und Gemeinden, Gruppen und Individuen“. Ob und inwieweit die Europäische Union auch eine gemeinsame Sozial- und Strukturpolitik verfolgen soll, sei in der gegenwärtigen



**Wolfgang Ockenfels:** Subsidiarität fordert von Europa Stärkung der Gemeinden und Regionen.

Fotos: Braun



Zeichnung: Tomaschoff

derne bezeichnen. Seit Beginn der Neuzeit gilt der je einzelne als Ausgangspunkt und Ziel jedes Nachdenkens über den Menschen. Ob ein solches individualistisches Menschenbild per se in Widerspruch zu Subsidiarität und Gerechtigkeit stehe, mit dieser

europäischen Gemeinschaft führten. Subsidiarität als ein Vernunft- und Gerechtigkeitsprinzip habe das Gemeinwohl zum Ziel, jedoch auf „dezentrale und nichtkollektivistische Weise“. Im EG- und im Maastrichter Vertrag fand das Subsidiaritätsprinzip

Diskussion noch umstritten. Eine Politik, die das Subsidiaritätsprinzip vor Augen hat, müsste die Entscheidungskompetenz derjenigen Ebene überlassen, die von ihren Auswirkungen auch unmittelbar betroffen ist. Aus diesem Grund sei die Entstehung von Selbsthilfegruppen, Selbstverwaltungskörpern und intermediären Instanzen zu begrüßen und zu fördern. In seinem Vortrag kam Ockenfels zu dem Ergebnis, dass Subsidiarität von Europa die Stärkung seiner Gemeinden und Regionen fordere. Sein Plädoyer galt dem Zusammenschluss zu einem Staatenbund. In einem solchen „subsidiär-föderalistischen Europa kann die Herstellung völlig gleicher Lebensverhältnisse kein Ziel sein, denn der Föderalismus kennzeichnet eine Gemeinschaft von konkret Ungleichen, die sich freilich im Laufe der Zeit angleichen können, aber nicht müssen“. Die sozialpolitische Integration Europas sei erst in einem geschichtlichen Werden begriffen. ■

Bernadette Braun

## Zeitgeschichte:

# Hitlers Krieg und Stalins Absichten

Internationale Historiker-Konferenz bewertet neue Quellenfunde

Die deutsch-sowjetischen Beziehungen seit 1933, der Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939, der deutsche Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 und der daraus resultierende Krieg bis 1945 zählen zu den immer wieder heftig diskutierten Themen der deutschen und russischen Zeitgeschichte. Auf einer von der Volkswagen-Stiftung geförderten internationalen Fachkonferenz der Akademie versuchten namhafte deutsche und russische Historiker anhand neuer Quellenbewertungen und einer vergleichenden Betrachtung der Kriegs- und Militärpolitik beider Länder Licht ins Dunkel der Ziele und Absichten der beiden Diktatoren in Berlin und Moskau zu bringen. Planung und Vorbereitung der Konferenz lagen in Händen von Prof. Dr. Bianka Pietrow-Ennker von der Universität Konstanz, Dr. Gerd R. Ueberschär vom Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg und Akademiedozent Dr. Jürgen Weber. Rund 20 Kurzreferate und Statements boten Stoff für lebhafte und teilweise auch kontroverse Diskussionen in den einzelnen Sektionen.

Die deutsche historische Forschung hat zwar schon seit langer Zeit Hitlers frühe, ideologisch begründete Kriegspläne gegen den „jüdischen Bolschewismus“ und sein Streben nach „Le-



*Bereitete die Konferenz mit vor:  
Bianka Pietrow-Ennker von der  
Universität Konstanz*

bensraum im Osten“ als prinzipielles Motiv für seinen Kriegsentschluss gegen die Sowjetunion nachgewiesen. Dennoch gab und gibt es immer wieder Stimmen, die - mehr oder weniger wissenschaftlich argumentierend - die

alte nationalsozialistische Propagandathese, Deutschland sei im Juni 1941 der Angriffsabsicht Stalins durch einen Präventivschlag nur knapp zuvorgekommen, nachträglich als richtig hinzustellen versuchen und zwar unter Verwendung neu bekannt gewordener Quellen. Interessanterweise erfuhr gerade im heutigen Russland die von der herrschenden Meinung der westlichen Historiker längst widerlegt geglaubte und überholte These von Hitlers Präventivschlag gegen Stalin eine beachtliche Zustimmung. Sie beruht zum einen auf dem verständlichen Bestreben der postkommunistischen Historiographie, die stalinistische Vergangenheit unvoreingenommen aufzuarbeiten, zum anderen auf neuen Quellenfunden, nachdem die Moskauer Archive seit 1990 zumindest teilweise geöffnet wurden. Unter den neuen Materialien fand man auch die Generalstabsplanungen der Roten Armee, darunter einen Angriffsplan von Marschall Timoschenko und General Schukow vom 15. Mai

### *Die Referenten:*

Prof. Dr. Bernd Bonwetsch, Bochum  
Prof. Dr. Alexander Boroznjak, Lipeck  
Prof. Dr. Lothar Burchardt, Konstanz  
Oberst Valerij Danilov, Moskau  
Andrej Doronin, Moskau  
Prof. Dr. Jakov Drabkin, Moskau  
Dr. Benno Ennker, Tübingen  
Dr. Alexander Golubev, Moskau  
Prof. Dr. Gerhard Hass, Berlin  
Dr. Viktor Knoll, Berlin  
Generalmajor Valerij Kondratov, Moskau  
Dr. Marianna Kortschagina, Moskau  
Dr. Ljudmila Mercalova, Woronezh  
Prof. Dr. Manfred Messerschmidt, Freiburg  
Dr. Vludimir Nevezhin, Moskau  
Prof. Dr. Bianka Pietrow-Ennker, Konstanz  
Prof. Dr. Pawel Poljan  
Dr. Heinrich Schwendemann, Freiburg  
Prof. Dr. Michail Semirjaga, Moskau  
Dr. Sergej Slutsch, Moskau  
Dr. Gerd R. Ueberschär, Freiburg  
Prof. Dr. Nina Waschgau, Wolgograd  
Prof. Dr. Wolfram Wette, Freiburg

### *Tagungsleitung:*

Dr. Jürgen Weber, Tübingen

1941. Dass Stalin diesen militärischen Offensivplan gegen das Reich jedoch ablehnte und sogar geheimdienstliche und diplomatische Warnungen, auch der Westmächte, vor einem deutschen Angriff in den Wind schlug, relativiert wieder die Bedeutung dieser Quelle und anderer Funde.

Auf der Konferenz ging es nun darum, die neuen Quellen wie die lange bekannten insbesondere deutschen Dokumente zu bewerten und vor allem die Militär- und Kriegspolitik Berlins und Moskaus in ihrem zeitlich parallelen Verlauf und ihren gegenseitigen Abhängigkeiten und Entwicklungen zu analysieren. Die Gewichtung



bekannt gewordener offensiver Propagandarichtlinien der sowjetischen Militärführung blieb strittig. Dagegen neigte die Mehrheit der anwesenden Historiker zur Auffassung, dass die Sowjetunion im Rahmen des Hitler-Stalin-Paktes eine taktisch vorsichtig vollzogene Expansionspolitik zur Wiedergewinnung ehemals zaristischen Territoriums betrieb. Skrupellos war diese Großmachtpolitik vor 1941 zweifellos, doch rechtfertigt sie natürlich nicht den deutschen Überfall.

In den Krieg mit Deutschland wollte sich Stalin jedenfalls nicht ziehen lassen, zumal der Zustand der Roten Armee 1940/41 eher schlecht war.



**Die Gewichtung offensiver Propagandarichtlinien der sowjetischen Militärführung blieb strittig: die deutschen Militärgeschichtler Wolfram Wette, Gerd R. Ueberschär und Manfred Messerschmidt aus Freiburg (v.l.)**  
Fotos: Giannios



**Skrupellose sowjetische Großmachtpolitik vor 1941 diagnostiziert: die russischen Forscher Michail Semirjaga (links) und Jakov Drabkin (rechts) und ihr deutscher Kollege Heinrich Schwendemann**

**Keine Vorbereitung eines Angriffskrieges durch die Sowjetunion: Andrej Doronin (links), Sergej Slutsch (rechts) aus Moskau und Benno Ennker aus Tübingen**



Alles was Stalin anordnete, erfolgte unter der Prämisse, Hitler nicht zu provozieren. Er zeigte sich überzeugt, dass Hitler nicht einen Staat angreifen werde, von dem er unter friedlichen Bedingungen für seinen Krieg im Westen ein Höchstmaß an wirtschaftlicher Unterstützung in Form von Rohstoffen erhalten konnte. So mag die Tatsache der engen, bis in den Juni 1941 anhaltenden deutsch-sowjetischen

Wirtschaftskooperation eine Erklärung für Stalins eklatante Fehleinschätzung des Hitlerschen Kriegswillens gegenüber der Sowjetunion sein. Einen Angriffskrieg bereitete die Sowjetunion jedenfalls nicht vor, und auch der Entwurf des Aufmarschplanes vom Mai 1941 hatte defensiven Charakter als Antwort auf eine erkennbare unmittelbare militärische Bedrohung durch das Reich.

Die Konferenz zeigte jedoch auch, dass wegen fehlender bzw. nach wie vor unzugänglicher Quellen noch erhebliche Forschungsdefizite zu vermelden sind - etwa Stalins längerfristige, über den 22. Juni 1941 hinausreichende außenpolitische Ziele. ■

Jürgen Weber

# Kosovo, seine Nachbarn und Europa

## Zur Zukunft einer Konfliktregion

**D**er Kosovo-Krieg ist beendet. Deswegen sind die Probleme der Region aber noch keineswegs gelöst. Hand in Hand gehen die Rückkehr von Vertriebenen und erneute Vertreibungen, die Sicherheitslage ist desolat und der institutionelle Aufbau geht nur schleppend voran. Da jedoch die gegenwärtige Phase des Wiederaufbaus weniger spektakulär zu sein scheint, erlahmt die öffentliche Aufmerksamkeit. Um sie wach zu halten, veranstalteten die beiden Tutzinger Akademien gemeinsam mit der Südosteuropa-Gesellschaft und dem Südost-Institut eine Tagung über „Kosovo, seine Nachbarn und Europa“. Kernanliegen war hierbei die mit der Kosovo-Krise verbundenen Implikationen für die Konfliktregion, aber auch für die Internationale Staatengemeinschaft darzustellen und diese zu diskutieren.

Mit einer Fülle an Fragestellungen starteten die Veranstalter in die Tagung: Lehren aus der Vergangenheit, Perspektiven der Konfliktregion innerhalb Europas, Folgen für die internationale politische Architektur, Zukunft des multi-ethnischen Staates, Kosten und Finanzierung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus des Kosovo und Chancen für die deutsche Wirtschaft. Um dieses breite Spektrum auch von allen Seiten zu beleuchten, waren Fachleute nicht nur aus der Konfliktregion selbst, sondern ebenso aus Bulgarien, Griechenland, Österreich, Deutschland und England in der Evangelischen Akademie zusammengekommen.

### Wem gehörte das Kosovo zuerst?

Die elementare Grundsatzfrage, wem denn das Kosovo zuerst gehörte, lässt sich offenkundig nicht so einfach beantworten. Für die Komplexität dieser Frage sensibilisierte der Einführungsvortrag von Dr. Noel Malcolm aus London. So hätte die mythenumwobene Schlacht auf dem Amselfeld (Kosovo polje) 1389 nicht etwa auf dem Gebiet des heutigen Kosovo stattgefunden, sondern tatsächlich etwas nördlicher davon. Auch die Behauptung, der Kosovo wäre stets eine Einheit gewesen, sei falsch, denn es habe zahlreiche administrative Teilungen gegeben.



*Wegtransportiert und ausgeraubt: Zwei betagte Kosovo-Albanerinnen zu Fuß auf dem Weg zur mazedonischen Grenze (Bild Eric Feferberg, mit freundlicher Genehmigung von NZZ Online ([www.nzz.ch](http://www.nzz.ch))/v. 10.4.99*

Aufgekommen ist das Kosovo-Problem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und somit ein „relativ junges Phänomen“. Als elementares Datum bei der modernen Kosovo-Krise betrachtet Malcolm die Jahre 1912/13: nach den Balkankriegen hatten die Großmächte im Frieden von Bukarest 1913 das mehrheitlich von Albanern besiedelte Kosovo Serbien zugeschlagen. Während die Serben die Geschehnisse von 1912/13 als „liberation“ perzipierten, sahen die Albaner ein tiefes Unrecht, das ihnen durch „conquest“ und „occupation“ angetan worden war. Denn von Gleichbehandlung der

Albaner unter der Besatzung konnte nicht die Rede sein. Durch Diskriminierung in verschiedenen Bereichen habe man sie zum Auswandern drängen wollen, um die ethnische Mischung im Kosovo zu Ungunsten der Albaner zu verändern.

Aufatmen konnten die Kosovo-Albaner schließlich unter Tito, der dem Kosovo in der Verfassung von 1974 weitreichende territoriale Autonomie zugestanden hatte. Doch schon 1989/90 wurden diese Rechte nach dem Machtantritt von Slobodan Milosevic

als serbischer Präsident stark zurückgestutzt.

### Sicherheitslage vollkommen ungenügend

Der einführende historische Abriss von Malcolm wurde vervollständigt von einer aktuellen Bestandsaufnahme der Lage im Kosovo durch Matthias Rüß von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Im Straßenverkehr herrsche Chaos, Justiz und Lokalverwaltung existierten allenfalls in Ansätzen, die Mehrzahl der männlichen Bewohner sei immer noch bewaffnet



und die 70.000 bis 90.000 noch im Kosovo verbliebenen Serben planten eine eigene Selbstverteidigung: die Sicherheitslage im Kosovo sei also „nach wie vor vollkommen ungenügend“. Seit Einmarsch der KFOR-Truppen habe sich die Sicherheitslage sogar noch verschlechtert. Sie würden demnach voraussichtlich auf Jahre im Kosovo verbleiben. Inzwischen plane man, die UCK in ein ziviles Schutzcorps umzuformen. Dieses solle sich gemäß der demographischen Zusammensetzung aus 90 Prozent Albanern und 10 Prozent Nicht-Albanern zusammensetzen.



**Matthias Rüb (FAZ): Hohe Sensibilität ist erforderlich**

Eine „Herkulesaufgabe“ sei noch zu bewältigen, bis demokratisch legitimierte Vertreter aller Volksgruppen gewählt sein werden. Schon das Anlegen von Wahlregistern gestalte sich „enorm schwierig“. Zu hoch gesteckt sei wohl auch die Erwartung, Wahlen könnten eine demokratische Zivilgesellschaft hervorbringen. Denn man dürfe nicht aus den Augen verlieren, dass Jugoslawien auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs lag und daher auf keine demokratische Tradition zurückgreifen könne. Eine demokratische Verankerung müsse demnach erst langsam wachsen.

Auch der wirtschaftliche Aufbau, für den „gewaltige Summen“ erforderlich sind, brauche seine Zeit. Statt Neustrukturierung der Wirtschaft würden vorerst noch Altindustrien, darunter auch einige „Dreckschleudern“, aufrechterhalten, da Alternativen fehlten. Das gegenwärtige Bild der Medien-

landschaft lässt sich indes eher positiv zeichnen. Die Printmedien seien bereits „relativ plural“ und in Rundfunk und Fernsehen bemühe man sich sichtlich um einen multikulturellen Aufbau.

Doch verschiedenartige Vorstellungen in mehreren Bereichen seitens der internationalen Staatengemeinschaft und der Kosovo-Albaner bergen ein großes Konfliktpotential in sich. Hohe Sensibilität sei erforderlich, um die Balance zu finden zwischen einem Auftreten der Gemeinschaft als Protektor und der Kooperation mit lokalen Größen.

## Keine Alternative zur Demokratie

Gegen heftige Vorwürfe aus dem Publikum hatte Boris Karaicic, ein oppositioneller Studentenführer aus Belgrad, anzukämpfen, nachdem er Entwicklung und Ziele der oppositionellen Bewegung vorgestellt hatte. Nur dagegen zu sein reiche nicht, es mangle an einem demokratischen Gegenmodell, eine positive Alternative müsse unbedingt ausgearbeitet werden, hieß es aus dem Kreis der Teilnehmer. Karaicic hingegen sah die Aufgabe der serbischen Oppositionellen nicht darin, etwas Neues zu erfinden, sondern plädierte dafür, zu übernehmen, was am längsten Bestand hätte: die Demokratie. „Die Demokratie ist ein Prinzip, zu dem es keine Alternative gibt.“ Er räumte allerdings ein, dass Milosevic die oppositionellen Gruppierungen solange nicht fürchten brauche, als diese sich noch nicht zu einer Einigung untereinander durchringen könnten. Malcolm hielt einen Sturz Milosevics durch die Opposition oder Demonstrationen ohnehin nicht für ein realistisches Szenario. Der serbische Präsident müsse vielmehr aus den eigenen Reihen gestürzt werden.

## Der Kosovo-Krieg: ein „bellum iustum“?

Manches ist unbestritten, einiges eher bestritten und anderes wiederum gänzlich umstritten im Völkerrecht. So stößt man auch auf großen Dissens, möchte man den NATO-Einsatz im Kosovo auf seine Völkerrechtsmäßigkeit

überprüfen. Hier hilft auch die Orientierung an Beispielen aus der jüngsten Vergangenheit - etwa Irak, Ruanda oder Haiti zu Beginn der 90er Jahre - nicht weiter. Denn beim Kosovo-Krieg handelt es sich um einen Präzedenzfall.

Selbstbestimmungsrecht, Souveränitätsrecht, Interventionsrecht - welches genießt Vorrang? Infolge eines Bewusstseinswandels gilt es heute als nicht mehr zeitgemäß, eine Intervention erst dann als legitim zu betrachten, wenn Krieg zwischen Staaten geführt wird. Denn auch Krieg innerhalb von Staaten kann den internationalen Frieden bedrohen. Staatliche Souveränität steht daher nicht mehr unantastbar an der Spitze des Völkerrechts, sondern die Menschenrechte stehen als gleichwertiges Rechtsgut daneben. Im Einzelfall muss folglich eine Güterabwägung vorgenommen werden.

## Pflicht zur Intervention?

Da der Schutz der Menschenrechte im herrschenden Völkerrecht nicht mehr als innere Angelegenheit betrachtet wird, sondern als „ius cogens“, kann sich eine Interventionspflicht zur Durchsetzung der Menschenrechte ergeben. Dabei unterliegt diese Pflicht zur - unter Umständen auch bewaffneten - Intervention einem strengen Katalog an Kriterien und Grenzen. Eben diesen Maßstab legte nun Prof. Dr. Joseph Marko von der Universität Graz an den NATO-Einsatz im Kosovo, um dessen Völkerrechtsmäßigkeit zu überprüfen.

Zunächst müsse eine humanitäre Katastrophe vorliegen, die den internationalen Frieden bedrohe. Schon in diesem Punkt sieht Marko bezüglich des Kosovo-Krieges „noch Diskussionsbedarf“, obwohl der Verantwortliche dieser Katastrophe, Milosevic, klar bestimmbar sei. Das Kriterium, dass rechtzeitiges und wirksames Eingreifen des gesamten UN-Apparats einschließlich Sicherheitsrat nicht mehr möglich sei, war erfüllt. Auf Schwierigkeiten stoße man allerdings wieder, fragte man nach der Einhaltung der goldenen Regel in der Rechtsprechung, dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit. Ein legitimes Ziel müsse zunächst bestimmt werden, um dar-

aufhin einen zur Erreichung dieses Ziels verhältnismäßigen Einsatz durchzuführen. Doch sei umstritten, ob die Zerstörung der Donaubrücken tatsächlich als verhältnismäßig eingestuft werden könne. Überdies müsse die humanitäre Intervention auf spezifische Ziele begrenzt bleiben; die Bevölkerung dürfe demnach nicht zum Opfer werden, so der Völkerrechtler. Eindeutig beantwortet war die Frage nach der Völkerrechtsmäßigkeit des Kosovo-Einsatzes damit letztlich nicht. Zweifellos hatte Marko mit sei-

zeichnete. Aufgrund seiner verantwortungsvollen Position wollte Hoeckle keine blumige Realität vortäuschen. Sein Vortrag brachte das Kartenhaus wieder zum Einstürzen, das insbesondere von den Vertretern der Krisenregion im Verlauf der Tagung mühevoll errichtet worden war. Denn zahlreiche Appelle waren an die Adresse Europas entsandt worden, dem Balkan wirtschaftliche Hilfestellung zu leisten und dort Chancen zu nutzen. Hoeckle mahnte allerdings, dass derzeit Investitionen in der Krisenregion - vor al-

lem für die mittelständische Wirtschaft - einem Roulettespiel ähnelten. Denn ungelöste Problemfelder bergen große Risiken in sich. So gebe es noch kaum Telefonanlagen, die Eigentumsfrage sei absolut ungeklärt und der Mangel an Banken zwingt zum Mitführen der Zahlungsmittel in bar, was wiederum Kriminalität anlocke. Unsicherheit verursache auch die Frage, wie das Staatenproblem nach Abzug der UN-Truppen gelöst werden wird. Werden zuvor gegründete Firmen dann inexistent?

Akzeptabel seien Investitionen in der Region hingegen, um Migrationsströme zu verhindern. Zumindest ein handfestes Argument besteht also, das Roulettespiel auf dem Balkan zu wagen.

Die Kosovo-Tagung überblickend lässt sich festhalten, dass kaum ein Aspekt, sei es Politik, Wirtschaft oder Gesellschaft, Vergangenheit, Gegenwart oder Zukunft, nicht angesprochen worden ist. Das ursprüngliche Anliegen der Tagung, die öffentliche Aufmerksamkeit für die Krisenregion von neuem zu sensibilisieren, ist zweifellos gelungen. ■

Susanne Giannios



*Auseinandergerissene Familien: Eine Frau und zwei Kinder, die ihren Vater vermissen, an der Grenze Kosovos zu Montenegro (Bild David Brauchli, mit freundlicher Genehmigung von NZZ Online ([www.nzz.ch](http://www.nzz.ch)) v. 10.4.99*

nem Vortrag aber eine Hilfestellung gegeben, indem er - seine eigene Überzeugung zurücknehmend - die im Völkerrecht herrschenden Leitlinien und Positionen erläuterte. Ob der Kosovo-Krieg nun als „bellum iustum“ betrachtet werden konnte, blieb der Überzeugung jedes einzelnen Zuhörers überlassen.

## Roulettespiel für deutsche Investoren

„Hut ab vor den Mutigen, die es wagen, dort runterzugehen!“ Realistisch, doch für manchen Teilnehmer der Tagung sicher enttäuschend, war das Bild, das Wolfgang Hoeckle von der Industrie- und Handelskammer, ausgerechnet gegen Ende der Kosovo-Tagung von den Perspektiven für die deutsche Wirtschaft auf dem Balkan

### Referenten:

Prof. Dr. Heinz-Jürgen Axt, Duisburg  
Dr. Jens Bastian, Alpha Credit Bank, Economic Reserch Division, Athen  
Dr. Martin Brusic, Centrum für angew. Politikforschung (CAP), München  
Ivan Ganev, Herausgeber „Bulgarisches Wirtschaftsblatt“, Sofia  
Wolfgang Hoeckle, Industrie- und Handelskammer für München und Obb.  
Prof. Dr. Wolfgang Höpken, Leipzig  
Boris Karaicic, OTPOR, Belgrad  
Gerald Knaus, Stability Pact Initiative, Wien  
Dr. Noel Malcolm, London  
Prof. Dr. Joseph Marko, Graz  
Dr. Victor Meier, Publizist  
Matthias Rüb, Frankfurter Allgemeine Zeitung  
Fabian Schmidt, Südost-Institut, München/Prag  
Botschafter Dieter Woltmann,  
Senior Deputy Head of the OSCE-Mission to BiH, Sarajevo

### Tagungsleitung:

Dr. Franz-Lothar Altmann, Südost-Institut, München  
Dr. Hansjörg Brey, Dr. Johanna Deimel,  
Südosteuropa-Gesellschaft, München  
Dr. Peter Hampe, Akademie für Politische Bildung, Tutzing  
Dr. Martin Held, Evangelische Akademie, Tutzing



# Symbiose von Orient und Okzident

**Dichterlesung des mehrfachen Literaturpreisträgers Nevfel A. Cumart**

**E**in aussergewöhnliches Glanzstück hatte die Akademie im Rahmen der Islam-Tagung im November zu bieten: Der mehrfache Literaturpreisträger und Autor zahlreicher Gedichtbände\*, Nevfel A. Cumart, hielt eine abendliche Dichterlesung in der Akademie. Hierbei folgte der Poet nicht etwa einem vorgezeichneten Konzept, sondern gestaltete den Abend ganz spontan unter Einbindung des Publikums. Cumarts Lesung vervollständigte die Islam-Tagung auf eine ungewöhnliche Art, denn seit Jahren sind die - auch während der

**über die heimat II**

**mein vater**

**kehrt in die türkei zurück**

**er möchte nicht**

**in der fremde sterben**

**auch ich möchte nicht**

**in der fremde sterben**

**und entschieße mich**

**in bamberg zu bleiben**

Islam-Tagung intensiv erörterten - Probleme und Perspektiven des Zusammenwachsens von Muslimen und Nichtmuslimen in Deutschland Gegenstand seiner Dichtung. Sie steht im Dienste der Völkerverständigung, möchte insbesondere zwischen Deutschland und der Türkei (dem Heimatland seiner Eltern, dessen Staatsangehörigkeit Cumart neben der deutschen besitzt) eine Brücke bauen. Cumart wirbt für Vernunft und Toleranz, plädiert für gegenseitige Achtung, Verständigung und Hoffnung.

Aber nicht nur eine Symbiose zwischen Orient und Okzident zu bilden, ist das Anliegen seiner Poesie. Cumart thematisiert in gleicher Weise Liebe, Familie, Freundschaft und auch die ganz allgemein formulierte Liebe zu Gott - was angesichts eines in der deutschen Literatur der Moderne zu konstatierenden Verlustes an Glauben eine mutige, individuelle Botschaft mit sich bringt. Unterlegt hatte Cumart seine Lesung mit zahlreichen persönlichen Erlebnissen, wobei er sich nicht scheute, zum eingehenden Verständnis seiner Gedichte auch sehr familiäre und intime Bereiche anzusprechen.

**(siehe auch Presseschau Seite 42)**



Foto: gia

Doch wollte die Akademie nicht nur auf seine Begabung als Dichter zurückgreifen, sondern auch auf die profunden Kenntnisse des studierten Turkologen, Arabisten und Islamwissenschaftlers. So hatte Cumart einen Tag über die Grundzüge der islamischen Religion referiert, was unter den Teilnehmern der Tagung hohen Frage- und Diskussionsbedarf geweckt hatte.

Am Ende des Tages konnte der Dichter schließlich ein begeistertes Publikum verabschieden. ■

*Susanne Giannios*

- \* u.a. **Das ewige Wasser** (1990)  
**Das Lachen bewahren** (1993)  
**Zwei Welten** (1996)  
**Schlaftrunken die Sterne** (1997)  
**Auf den Märchendächern** (1999)  
alle Grupello Verlag Düsseldorf

**A**uf einen historisch kaum vermutbaren Tiefstand war die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen 1999 gesunken. Welch ein Alarmzeichen, dass nur 49,4% zu den Urnen gingen! Die Bürger Europas wussten scheinbar mit den Wahlen zum Europäischen Parlament nicht viel anzufangen. Dabei darf die Entwicklung des Europa-Parlaments durchaus als Erfolgsgeschichte betrachtet werden, im Verlaufe derer sich die einstige "Parlamentarische Versammlung" zu einem wesentlichen Machtfaktor im europäischen Gefüge entwickeln konnte. Wie steht es demnach um das Europa-Parlament als Motor der Europäischen Integration, wie medienwirksam ist es und welche Rolle spielen die Abgeordneten? Diesen Fragen widmete sich eine Europa-Tagung der Akademie, auf der freilich auch das vielzitierte Demokratiedefizit des EP und die drängende Institutionenreform angesichts der bevorstehenden Osterweiterung thematisiert wurden.

## Das Europäische Parlament im institutionellen Gefüge der EU

Von Reinhold Bocklet, Bayer. Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten \*

Die Entwicklung des Europäischen Parlaments (EP) ist eine Erfolgsgeschichte ohnegleichen. Es ist zu einem zentralen Machtfaktor im Gemeinschaftsgefüge geworden, was sich mit dem Vertrag von Amsterdam fortsetzte. Die Fälle, in denen das Mitentscheidungsrecht zur Anwendung kommt, wurden nochmals ausgeweitet. Auch ist nunmehr die Zustimmung des EP bei der Benennung des Kommissionspräsidenten erforderlich. Am deutlichsten wurde das gestärkte Selbstbewusstsein des EP bei den Vorgängen, die im Frühjahr dieses Jahres zum Rücktritt der Santer-Kommission führten. Dabei war das Misstrauensvotum gegen die Kommission ja gescheitert. Aber das vernichtende Urteil des Berichts der sogenannten Weissen, die vom EP mit dem Rat eingesetzt worden waren, ließ der Kommission keine andere Wahl als die Demission und verschaffte dem EP einen moralischen Sieg. Wer allerdings meinte, die Bürger würden die gewachsene Bedeutung des EP bei den Europawahlen honorieren, sieht sich getäuscht. Die letzten Wahlen zum EP, direkt nach Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam, sprechen eine er-



Reinhold Bocklet: Europäisches Parlament ist zentraler Machtfaktor im Gemeinschaftsgefüge

nüchternde, fast erschreckende Sprache. Beinahe überall in Europa sackte die Wahlbeteiligung auf kaum für möglich gehaltene historische Tiefstände ab. Die Menschen wussten mit den Europawahlen offenbar nicht viel anzufangen. Sie betrachteten sie praktisch als nationale Ersatzwahlen und machten sie so zu einem Stimmungstest für die Regierung des Mitgliedstaates.

Nach einer Schrecksekunde kam eine verblüffende Antwort aus Brüssel bzw. Straßburg: Das Europaparlament brauche noch mehr Rechte, die EU müsse sich noch mehr um die Probleme der Bürger kümmern. Dann könnten die Rechte der Bürger vom Europaparlament noch wirkungsvoller wahrgenommen und das EP in den Augen der Bürger gestärkt werden.

Die Forderung nach weiterer Aufwertung des EP zur Beseitigung des demokratischen Defizits in der EU klingt zunächst plausibel. Sie hat aber bei näherem Hinsehen ihre Tücken.

Die Grundlage für die Beurteilung der möglichen Rolle des EP bildet die Konstruktion des Staatenverbundes EU. Danach beruht die demokratische Legitimation der EU sowohl auf den Mitgliedstaaten als auch auf den Völkern. Im Rat bestimmen die Mitgliedstaaten mit ihren demokratisch gewählten Regierungen die Politik der EU. Aus dem Charakter des Staatenverbundes folgt, dass der Rat das Leitungsorgan der EU bildet, das sowohl die Exekutivfunktion zusammen mit der Kommission als auch die Legislativfunktion zusammen mit dem EP wahrnimmt. Insofern ist der Rat keine zweite Kammer, die im Rahmen eines nationalen Regierungssystems an der generellen Legitimation der politischen Entscheidungen durch das Parlament mitwirkt, sondern wesentlich mehr.

### „one man, one vote“

Das EP trägt als die parlamentarische Vertretung der Völker der EU seinerseits zur demokratischen Legitimation der EU bei. Dies erfordert zum einen, dass das EP annähernd nach dem Grundsatz „one man, one vote“ zusammengesetzt ist und zum anderen, dass es im Rahmen der Grenzen des Staatenverbundes die typischen parlamentarischen Aufgaben der Gesetzgebung und des Budgetrechts wahrnimmt. Darüber hinaus nimmt es an der Bestellung und Kontrolle der Kommission teil. Eine Optimierung der Position des EP muss sich in diesem Rahmen bewegen.

Aber ist das wirklich die richtige Antwort?

\* in Auszügen



Für die kommende Regierungskonferenz ist daher für die Stellung des EP im Institutionengefüge der EU zu ordnen:

- **Bessere Berücksichtigung des Prinzips der Gleichheit der Wahl**

Das wesentliche Prinzip der Gleichheit der Wahl muss bei der Zusammensetzung des EP besser als bisher verwirklicht werden, um so die demokratische Legitimation der EU im Rahmen des Möglichen weiter zu verbessern. Dabei muss eine Mindestrepräsentanz der kleinsten Mitgliedstaaten gewahrt bleiben.

- **Volle Mitgesetzgebungs- und Budgetkompetenz**

Nach der umfassenden Stärkung des EP durch die Verträge von Maastricht und Amsterdam ist eine dem Charakter der EU als Staatenverbund angemessene Verteilung der Macht zwischen dem Rat und dem EP weitgehend erreicht. Sinnvoll erscheint aber die Übertragung der vollen Mitgesetzgebungskompetenz insbesondere in der Agrarpolitik und das volle Budgetrecht durch Abschaffung der sogenannten obligatorischen Ausgaben.

- **Initiativrecht für Rat und Europäisches Parlament**

Ein eigenes Initiativrecht von Rat und EP würde die demokratische Legitimation stärken und zur Transparenz europäischen Handelns beitragen, nachdem der Ausbau des gemeinsamen Marktes weitgehend vollendet und die Initiativbündelfunktion der Kommission nicht mehr erforderlich ist. Mindestens muss sich dieses Initiativrecht auf die Änderung des bereits bestehenden Sekundärrechts erstrecken.

Hierin liegt der Schlüssel für eine harmonische Weiterentwicklung der EU, bei der das Europäische Parlament als Stimme der Völker eine wichtige Rolle spielen wird. ■

## Politik unter Ausschluss der Öffentlichkeit?

### Zur Medienwirksamkeit des Europäischen Parlaments

„In voller Schönheit“ würden seine Beiträge auf den Nachrichtenkanälen gesendet. Beim Europa-Parlament könne demnach „keineswegs“ von Politik unter Ausschluss der Öffentlichkeit gesprochen werden. Dieser provokanten These hatte sich auf einer Europa-Tagung der Akademie Gerwald Herter gestellt. Er ist als Hörfunk-Korrespondent des Bayerischen Rundfunks in Brüssel passionierten Radiohörern durch seine Berichterstattung über das Europa-Parlament (EP) seit Jahren vertraut. Rund 800 Journalisten, darunter allein 116 deutsche, würden aus Brüssel berichten. Sie versorgen die Printmedien und die öffentlich-rechtlichen Sender sowie den Privatkfunk, wenn auch letzteren mit vergleichsweise sehr kurzen Beiträgen. „Dürftig“ sei allerdings der Anteil an Brüsseler Journalisten, die für ihre Berichterstattung eigens nach Straßburg fahren. Aufgrund der Übertragung der Parlamentsdebatten nach Brüssel könnten jedoch Berichte teilweise auch von dort aus erstellt werden.

### „Gefangener des Europa-Parlaments“

Sich selbst zählt Herter zu den „Gefangenen des Parlaments“, denn die Zuständigkeit für das Europa-Parlament lasse kaum mehr Zeit für andere Themen. Ganz im Sinne eines Parlaments der Europäer lässt Herter auch nicht-deutsche Abgeordnete zu Wort kommen, beispielsweise aufgrund ihres profunderen Spezialwissens. Über Europapolitik würde primär in den Nachrichtenkanälen berichtet, doch auch in ARD, ZDF und Phoenix „kommen die Kollegen mit EP-Themen inzwischen leichter unter“. Anders sei die Situation hingegen bei O-Ton-Nachrichten oder Magazinen, wo die Brüsseler Korrespondenten auf das „Wohlwollen“ der Redakteure angewiesen seien. Diese würden eine strengere Auswahl treffen, sodass mitunter den Themen einer ganzen Parlamentswoche keine „Tagesschauqualität“ attestiert werde.

### Stolpersteine der Berichterstattung

Weitere Hindernisse entstünden bei gelegentlichen Überschneidungen der Sitzungswochen von Bundestag und Europa-Parlament, sowie durch fehlende Stellplätze für die Übertragungswagen beim Parlamentsneubau in Straßburg. Bedenklich sei, dass die täglichen Pressekonferenzen der EU-Kommission die Aufmerksamkeit der



BR-Korrespondent Gerwald Herter: „Dass das Europa-Parlament etwas zu sagen hat, wird ganz langsam bekannt.“ Foto: gia

Brüsseler Journalisten oft „völlig aufzusaugen“ scheinen. Der zweifellos größte Stolperstein der Berichterstattung über die Parlamentsarbeit sei letztlich aber der ständige Tagungsortwechsel - verbunden mit erheblichen Kosten und Zeitverlust.

Insgesamt ließe sich - trotz der angesprochenen Missstände - konstatieren, dass die Berichterstattung über das Europäische Parlament zunehmend an Bedeutung gewinne. Dies wiederum erleichtere dessen Machtzuwachs. Doch warnte Herter: „Zunehmende Popularität heißt aber auch die Möglichkeit von stark negativer Popularität.“ ■

Susanne Giannios

**Weichenstellung für Deutschland**  
**Der Verfassungskonvent von Herrenchiemsee**  
 Peter März, Heinrich Oberreuter (Hg.)  
 Olzog Verlag GmbH, München, 1999  
 222 S., DM 32,00

Angesichts der zentralistischen Erfahrungen nach 1919 und der Gleichschaltung der Länder 1933 beabsichtigten die Ministerpräsidenten der Westzonen, das Grundgesetz für den künftigen Weststaat entschieden föderalistisch zu gestalten. Sie beriefen einen Expertenkonvent, der im August 1948 auf der Insel Herrenchiemsee verfassungspolitische Positionen formulierte, die erheblichen Einfluß auf die Arbeit des Parlamentarischen Rates gewannen. Bis heute besitzen sie enorme Bedeutung für Verfassungsinterpretation und Staatsverständnis in Deutschland. Wegweisend wirkten die Priorität der Grundrechte, die Verfassungsgerichtsbarkeit als Hüterin des Grundgesetzes, die Absicherung der Mitwirkung der Länder an der Bundespolitik und Souveränitätsverzicht zugunsten supranationaler Zusammenschlüsse: Weichenstellungen für ein neues, mit überkommenen Traditionen brechendes Staatsbild.



### **Jahresbibliographie 1999** **Prof. Dr. Dr.h.c. Heinrich Oberreuter**

- Bundesministerium des Innern/Otto Depenheuer/Heinrich Oberreuter (Hg.), *Bewährung und Herausforderung. Die Verfassung vor der Zukunft. Dokumentation zum Verfassungskongreß „50 Jahre Grundgesetz/50 Jahre Bundesrepublik Deutschland“ vom 6. bis 8. Mai 1999 in Bonn*, Opladen 1999.
- Susanne Kirner/Heinrich Oberreuter (Hg.), *Weniger Arbeit - mehr vom Leben? Die Wohlstandsgesellschaft ändert ihr Gesicht*. München 1999.
- Peter März/Heinrich Oberreuter (Hg.), *Weichenstellung für Deutschland. Der Verfassungskonvent von Herrenchiemsee*. München 1999.
- Gewaltenteilung und Legitimität. Verfassungspolitische Leitideen im Kontext der Europäischen Union, in: *Legitimation - Transparenz - Demokratie. Fragen an die Europäische Union*, München/Tutzing, S. 126-132.
- Die Krisen- und Depressionsfurcht konnte überwunden werden. Viele Legenden und Interpretationen um die Große Koalition, in: *Das Parlament*, 49. Jg., 1999, Nr. 16, S. 6.
- Menschenrechte und Freiheit im demokratischen Staat, in: *Schulreport*, Nr. 1/1999, S. 16f.
- Politik und Wirtschaft: Versuch einer Annäherung, in: Ulrich Blum et al. (Hg.), *Soziale Marktwirtschaft im nächsten Jahrtausend. 3. Dresdner Kolloquium an der Fakultät Wirtschaftswissenschaften der Technischen Universität Dresden*, Stuttgart 1999, S. 149-154.
- Politikwissenschaft im Informationszeitalter, in: Klaus Stüwe/ Gregor Weber/ Helmut Witetschek (Hg.), *Geisteswissenschaften und Wissenschaftspolitik an der Schwelle zum dritten Jahrtausend*, Opladen 1999, S. 77-86.
- Psychologischer und gesellschaftlicher Wandel, in: *Weniger Arbeit - mehr vom Leben?*, a.a.O., S. 13-26.
- Realität und Perzeption: Ost- und Westdeutsche im historischen Prozess, in: Wolfgang Altgeld et al. (Hg.), *Menschen, Ideen, Ereignisse in der Mitte Europas. Festschrift für Rudolf Lill zum 65. Geburtstag*, Konstanz 1999, S. 291-305.
- Vierzig plus zehn Jahre. Zur gegenseitigen Wahrnehmung von West- und Ostdeutschen, in: *Revue d'Allemagne et des Pays de langue allemande*, 31. Jg., 1999, S. 289-297.
- Weichenstellungen - Ideen und Intentionen der Neuschöpfung im Spiegel der Republik von heute, a.a.O., S. 11-22.
- Zusammengehörigkeit und Entfremdung, in: Hermann Schäfer (Hg.), *50 Jahre Deutschland PLOETZ. Ereignisse und Entwicklungen: Deutsch-deutsche Bilanz in Daten und Analysen*, Freiburg 1999, S. 83-90.



Peter Hampe, Jürgen Weber (Hrsg.):  
**50 Jahre Soziale Mark(t)wirtschaft**  
*Eine Erfolgsstory vor dem Ende?*  
 Olzog Verlag GmbH, München, 1999, 192 S., DM 19,80

Als „Frankfurter Wirtschaftspolitik“ hat nicht nur Bundeskanzler Konrad Adenauer die Überzeugungen bezeichnet, denen die Deutschen die Soziale Marktwirtschaft verdankt. Das Leitsatzgesetz des Frankfurter Wirtschaftsrats, das eigentliche Gründungsdokument der Sozialen Marktwirtschaft, ist unter Ludwig Erhards Leitung von dem Ökonomen Leonhard Miksch ausgearbeitet und nach langer Debatte am 18. Juni 1948 schließlich durchgesetzt worden. In dem Buch, einem Tagungsband der Akademie für Politische Bildung, ziehen verschiedene Autoren eine kontroverse Bilanz über Erfolge und Misserfolge, Bedrohungen und Herausforderungen der Sozialen Marktwirtschaft nach fünfzig Jahren. Der Mainzer Wissenschaftler Volker Hentschel präzisiert seine Kritik an der „Legende Ludwig Erhard“. Christoph Buchheim von der Universität Mannheim führt vor Augen, dass die Soziale Marktwirtschaft und

das darauf fußende Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit zu einem beträchtlichen Teil der „wohlwollenden Hegemonie der amerikanischen Besatzungsmacht“ zu verdanken ist. Die Durchsetzung wesentlicher Elemente dieser Wirtschaftsordnung beruhe auf

dem Engagement der Amerikaner, schreibt Buchheim - zum Beispiel das Kartellverbot, die Handelsliberalisierung und die Anerkennung des Privateigentums. Heinz Grosseckler (Universität Münster) blickt zurück auf das Staatsverständnis der ordoliberalen Gründungsväter der Sozialen Marktwirtschaft und Carl Christian von Weizsäcker (Universität Köln) kritisiert die sozialstaatliche Entwicklung der vergangenen Jahre. Wilhelm Hankel (Universität Frankfurt) befasst sich mit den aussenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nach dem Krieg, der ehemalige Bundesbankpräsident Helmut Schlesinger schreibt über die Unabhängigkeit der Notenbanken. Auch einer der beharrlichsten Keynesianer Deutschlands, Rudolf Hickel (Universität Bremen), und der Lafontaine-Berater Heiner Flassbeck kommen zu Wort.

Karen Horn  
*Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. 11. 99*

Jürgen Weber, Michael Piazolo (Hrsg.):  
**Justiz im Zweileicht**  
*Ihre Rolle in Diktaturen und die Antwort des Rechtsstaats*  
 Günter Olzog Verlag, München 1998; 358 S., DM 44,-

Das 20. Jahrhundert brachte unglaubliche Fortschritte der menschlichen Zivilisation ebenso wie bisher unbekannte Verbrechen. Der Umgang mit der Vergangenheit, vor allem dem Unrecht der Diktaturen, gehört gerade in Deutschland zu den wichtigsten Problemen und Themen seit 1945. Die Beiträge des Sammelbandes beschäftigen sich nicht nur mit der Rolle der Justiz in den europäischen Diktaturen, sondern darüber hinaus mit der juristischen Aufarbeitung des Unrechts nach ihrem Ende. Da die meisten Aspekte des Themas bereits andernorts behandelt sind, liegt der Vorzug des Buches im Vergleich, der dem Leser neue Erkenntnisse ermöglicht. So ist es zwar inzwischen ein Allgemeinplatz, dass die strafrechtliche Ahndung des NS-Justizunrechts weitgehend misslungen ist, wie es von Günter Spindel noch einmal begründet wird. Interessant ist nun aber der Vergleich mit der Rechtsprechung nach 1990, wozu der Sammelband mehrere Beiträge enthält. Der Bundesgerichtshof räumte in seinem Urteil vom 16. November 1995 das Versagen der bundesdeutschen Nachkriegsjustiz selbst ein.

Wolfgang Schuller vermutet, dass die verspätete Selbstkritik ebenso dem Zeitgeist geschuldet sei, wie die damalige Rechtsprechung. „Besser wäre es, solche Selbstanklagen unterblieben, und das Gericht urteilte sachgerecht.“ Der Bundesgerichtshof steht nicht ohne Grund im Mittelpunkt der

Kritik mehrerer Autoren des Sammelbandes, die sich mit der Ahndung des SED-Unrechts beschäftigen. Auf die Kritik hätten die Richter eine Abwehrstrategie entwickelt, die darin bestehe, die Verantwortung auf den Rechtsstaat abzuschieben, meint Rudolf Wassermann in seinem mit „Nachsicht und Milde“ überschriebenen Aufsatz. ...

... Die Bewahrung des status quo in Europa, wozu auch der Bestand der Diktatur in der DDR gehörte, war jedoch bis 1989 beinahe Konsens, sowohl in der politischen Klasse der Bundesrepublik als auch bei den westlichen Bündnispartnern. Daran erinnert Herwig Roggemann in seiner Kritik am strafrechtlichen Umgang mit dem Systemunrecht nach 1990. „Noch nie hat es in der deutschen - und wohl auch außerdeutschen - Justizgeschichte nach einem politischen Systemwechsel eine auch nur annähernd vergleichbar hohe Verfolgungsintensität und Zahl von Rechtsbeugungsverfahren gegeben.“ ...

Henry Krause  
*Recht und Politik, 35.Jg. 1999/Heft 3, S.184f.*

## Jahresbibliographien 1999 Dozenten

Peter Hampe/Jürgen Weber (Hg.): 50 Jahre Soziale Mark(t)wirtschaft. Eine Erfolgsstory vor dem Ende?, Olzog Verlag, München 1999, ebd.: Einleitung (zus.m.J.Weber).

Uwe Kranenpohl: Mächtig oder machtlos? Kleine Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949 bis 1994, Opladen/Wiesbaden (Westdeutscher Verlag), 1999 (= Studien zur Sozialwissenschaft, 205).

Uwe Kranenpohl: „Man kann nicht jeden Monat die Koalitionsfrage stellen!“  
Koalitionsinterne Konfliktlösungsmechanismen und Einflußpotentiale,  
in: Zeitschrift für Politik, 46. Jg., 1999, Nr. 3, S. 283-297.

Uwe Kranenpohl: Die Grünen zwischen Wunsch und Wirklichkeit,  
in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 44. Jg., 1999, Nr. 3, S. 274-277.

Michael Piazolo: Der Rechtsstaat, München 1999.

Michael Piazolo: Legitimation, Transparenz, Demokratie - Fragen an die Europäische Union (Mithrsg.), München 1999.

Michael Piazolo: Die EU als Rechtsgemeinschaft, in: März/Piazolo, Legitimation, Transparenz, Demokratie - Fragen an die Europäische Union, a.a.O., S. 3 ff.

Michael Piazolo: Arbeitshefte Europäische Union - Veröffentlichung des Europäischen Bildungsinstituts für den Abendkurs Europäische Union (Heft 11 WS 1998/99, Heft 12 SS 1999).

Michael Schröder: Politische Bildung über Medien: Anstöße für eine kreative politische Bildungsarbeit, in: DVPB aktuell, Report zur Politischen Bildung 4-99, S. 13-16.

Jürgen Weber: Das waren Zeiten - Band 4. Unterrichtswerk für die 10. Jg.stufe an Gymnasien und Gesamtschulen, Bamberg 1999, S. 66-237.

Jürgen Weber: Das wiedervereinigte Deutschland, in: Schulreport. Tatsachen und Meinungen zur Bildungspolitik in Bayern, München 1999, H. 1, S. 29-31.

### Rechtschreibreform:

#### **Keine überschwängliche Begeisterung für die Nulllösung**

*Nun haben die Segnungen der Rechtschreibreform auch unser Blatt erreicht. Wir begrüßen sie zwar nicht überschwänglich, aber im neuen Jahrtausend stellen auch wir um auf Delikatesssen und Wollappen. Mit einem Quäntchen Glück kommen diese Wörter in unseren Tagungsberichten nicht so oft vor. Aber die Nulllösung.... Seien Sie nachsichtig, wenn sich die Macht der Gewohnheit manchmal noch gegen Rechtschreibprogramme durchsetzt und hier und da noch eine Reminiszenz an alte Zeiten durchschimmert. Dann hat uns der Korrektor die neuen Regeln nicht genug eingebläut ...* ms



Eduard Gloeckner schrieb im „BERLINER TAGESSPIEGEL“ vom 11. Oktober 1999 über die Tagung „1989“:

## Täuschungen, Verlockungen, vielseitiger Druck

**Eine Tutzingener Tagung über die Anfänge der Deutschen Demokratischen Republik und die Ursachen ihres Untergangs**

... Täuschungen und Verlockungen, aber auch vielseitiger Druck und Verfolgung durch die sowjetischen Besatzer und deren KP-Schützlinge Pieck, Ulbricht und ein paar Dutzend anderer Kommunisten führten nach Ende 1945 schließlich im Osten Berlins und in der SBZ, der späteren DDR, zur weitgehend erzwungenen Vereinigung von KPD und SPD. Darüber berichtete faktenreich ein bekannter Zeitzeuge, nämlich der frühere enge Mitarbeiter Ulbrichts und Bestsellerautor, Wolfgang Leonhard. Schon zwei Jahre nach der Gründung der Einheitspartei SED wurde den meisten klar, dass nur die von Moskau gelenkten Kommunisten das Sagen hatten; die meisten Sozialdemokraten wurden ausgeschaltet. Nur vier von 14 Führungsgenossen vom April 1946 waren an der Spitze geblieben, die anderen kaltgestellt oder kriminalisiert. Also stand fest, nicht nur für den enttäuschten Leonhard: Die SED war ein Kind Stalins zur schrittweisen Sowjetisierung Deutschlands, zunächst aber der 1949 geschaffenen DDR.

40 Jahre DDR und kein bisschen weise? Der Unmut über die unerträglichen Lebensbedingungen rief seit Jahren bereits Bürgerrechtler und Umweltschützer auf den Plan - freilich ohne große Wirkung. Aber sie setzten Signale. Und schließlich wurden im Umkreis der Kirche friedliche Proteste initiiert, die schließlich zu jenen Montagsdemonstrationen ab 8. Oktober 1989 in Leipzig und anderswo geführt hatten und damit die allseits präsenste Staatsmacht der SED-Kommunisten in ihrem Mythos entblößten und ihren Machtanspruch delegitimierten. „Wir sind das Volk.“

Aber gab es auch Parteien, die jene Proteste der Massen kanalisieren und politisch zum Erfolg führen konnten? Bürgerrechtsforen und -gruppen wie auch die recht spät gegründete - von Manfred Stolpe verzögerte - Sozialdemokratische Partei (SDP) hatten ihre Verdienste bei diesem Umbruch. Deren Vertreter betonten dies auch auf facettenreiche, oft widersprüchliche Art - so Stephan Hilsberg, Arnold Vaatz und Ehrhart Neubert, um nur einige zu nennen. Nur wären die anwachsenden Proteste frühzeitig unterdrückt worden (wie Anfang Juni 1989 in Peking auf blutigste Weise demonstriert), hätte es nicht eine kritische Öffentlichkeit gegeben.

Wenn jedoch ein Zeitzeuge auf dieser Tagung in Tutzing gefehlt hätte, wäre dies in der Tat nur eine deutsche Nabelschau geworden - und dieser war Gyula Horn, der spätere Ministerpräsident der demokratischen Republik Ungarn, der 1989 Außenminister seines Landes war. Er half den bedrängten DDR-Flüchtlingsen an der Grenze zu Österreich, wo sie nach langem Katz- und Mausspiel dann den geöffneten Eisernen Vorhang in die ersehnte Freiheit durchqueren konnten.

„Freiheit, die ich meine“ (Titel seines Buches) war die Freiheit von Millionen geworden. Sie signalisierte somit das Ende der - unter Gorbatschow beendeten sowjetischen Vorherrschaft in Mittel-Osteuropa und hatte damit auch die diktatorischen - teils totalitär verfassten - Systeme aus diesem geographischen Gürtel Osteuropas verwiesen, wenn auch mit großer Mühe und - wie in Rumänien - nicht ohne menschliche Verluste.

Der „STARNBERGER MERKUR“ vom 13. Oktober 1999 berichtete über die gleiche Tagung:

## Wojtylas Papstwahl war Auslöser

... Was genau zur Wiedervereinigung führte, vermochte keiner der Anwesenden klar zu beantworten. Sicher ist nur, dass zahlreiche Faktoren den Verlauf der Geschichte beeinflussten. Für Bingen liegt aller Anfang in der Wahl eines Polens an die Spitze der katholischen Kirche. „Diese Wahl war ein Nagel im Sarg“, urteilte er. Dazu kam die hohe Verschuldung Ungarns, die eine Bewegung aus der Partei verursachte. In welche Richtung der Osten marschierte, konnte niemand voraussagen. „Entweder kommen die Panzer, oder sie kommen nicht!“ beschrieb Bingen die Stimmung im Sommer 1989. „In der Tat, wir wussten nicht, dass wir Geschichte machten“, erinnerte sich Horn und hatte damit auch Vogel auf seiner Seite, der launisch bestätigte: „Die Zahl derer, die wussten, was passiert, ist erst danach sprunghaft angestiegen.“ Eine wesentliche Rolle spielte unbestritten Gorbatschows Perestroika. Entscheidend sei gewesen, die Dinge schweigend zu regeln. „Moskau durfte nicht offiziell Stellung nehmen. Also haben wir gar nichts gesagt“, so Horn. Im August 1989 sei klar gewesen: „Wir hätten die Menschen nicht aufhalten können.“ Auch für Vogel war Gorbatschow neben Horn die zentrale Figur der Wende. Zehn Jahre später, und auch das wurde diskutiert, ist die Nation in Katastrophe. Horn betonte, dass die Großmächte Deutschland die Grenze aufoktroyiert hätten. Die Bürger in den neuen Bundesländern sollten aufhören, sich an westlichen Gehältern zu orientieren, ohne dafür die entsprechende Leistung zu bringen. ...

Dagmar Deckstein schrieb in der „SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG“ vom 2. November 1999:

## Von Wirtschaftskrisen und Waldbränden

... Es waren keineswegs die unschlauesten Köpfe, die sich jüngst in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing zusammenfanden und sich auf die Spur der „Legenden, Fakten und Kontroversen“ der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren begaben. Und sich der naheliegenden Frage widmeten, welche Lehren es für die aktuellen weltwirtschaftlichen Krisenphänomene zu ziehen gelte. Aber auch angesichts der Riesenfülle von Fakten und Ereignissen, aus der Wirtschaftshistoriker und -theoretiker heute schöpfen können, auch angesichts der penibel herausziselieren Krisenverläufe und Entwicklungslinien in jedem einzelnen Land bleibt heute wie damals leider nur so viel festzustellen: Nichts genaues weiß man nicht. Allein schon die Frage, die der hervorragende Harold James von der University of Princeton stellte, offenbart die Schwierigkeit, systemischen Abläufen mit den Mitteln ökonomisch-technokratischen Denkens beikommen zu wollen: „Was wussten die Anleger am „schwarzen Donnerstag“, den 24. Oktober 1929, das sie einen oder zwei Tage vorher noch nicht gewusst hatten?“ Der Börsencrash an der New Yorker Wall Street, als die Aktienbesitzer massenhaft und in Panik ihre Papiere abstießen, war sozusagen der Startschuss für die verheerendste Wirtschaftskrise dieses Jahrhunderts, die Politiker und Ökonomen bis heute traumatisiert hat und jedes Krisensymptom misstrauisch als möglichen Vorboten eines neuen, weltweiten ökonomischen Zusammenbruchs beäugen lässt. ...

... Im Nachhinein meinen viele, schlauer zu sein und etwa Reichskanzler Brünings angebotsorientiertem, fiskalpolitischem Gewaltakt - Abbau des Staatsdefizits, Reduzierung der

Abgaben für die Bürger, Zinserhöhung - bescheinigen zu müssen, dass dies die Krise im Deutschen Reich nur verschärft hätte. So etwa Carl-Ludwig Holtfrerich von der FU Berlin. Aber welche Alternative hätte Brüning gehabt, hielt ihm Professor Knut Borchardt (Icking) entgegen. Borchardt hatte in den siebziger Jahren begonnen („Borchardt-Kontroverse“), die keynesianisch inspirierten, ja euphorisierten Globalsteuermänner in ihrer einhelligen Verdammung der Brüning'schen Notverordnungen in Frage zu stellen. Für die war klar: Brüning hatte die Krise „unnötig verschärft“. Doch Borchardts Frage blieb auch in Tutzing unbeantwortet: Wo hätte das Deutsche Reich, Verlierer des Ersten Weltkriegs, von Verpflichtungen zu Reparationszahlungen eingeschnürt (25 Milliarden Reichsmark Schulden bei einem Bruttosozialprodukt von 75 Milliarden Reichsmark) die Mittel zur Nachfragesteuerung loseisen sollen? Holtfrerichs Vorschlag, die Gelddruckmaschine habe ja auch noch zur Verfügung gestanden, konnte da nicht so recht überzeugen.

### Neue Aufgaben für den Staat:

Es war dann Harold James, der in seinem hervorragenden Schlussbeitrag nun doch noch „Lehren aus der Weltwirtschaftskrise für gegenwärtige und künftige Krisenphänomene“ bereithielt. Er arbeitete noch einmal sehr sorgfältig einen geflissentlich übersehenen und längst vergessenen Zusammenhang heraus: Den größten Globalisierungsschub hat der Kapitalismus im späten 19. Jahrhundert erfahren. ...

... Das ist dann vielleicht doch eine Lehre, die über die resignative Erkenntnis „Hier steh' ich nun, ich armer Tor, und bin so schlau als wie zuvor“ hinausgeht: Kleine Krisen - wie

es auch bei Waldbränden sinnvoll ist, in Kauf zu nehmen und sie ihren Lauf nehmen zu lassen, vor allem die durch das Sparpaket der Bundesregierung auf den Plan gerufenen Krisen in den Köpfen der Besitzstandswahrer. Das wäre, so Harold James, allemal schlauer als durch neuen Protektionismus heute den ganz großen Krach herbeizurufen.

(Ausführlicher Bericht folgt im Akademie-Report 2/2000).

Prof. Dr. Alfred Keck schrieb in der „LANDSHUTER ZEITUNG“ vom 28. Oktober 1999:

## Zehn Jahre nach „Wir sind das Volk“

...Das Programm der Tagung war sehr anspruchsvoll. Zehn Jahre nach dem Fall der „Berliner Mauer“, dem die große Fluchtwelle von DDR-Bürgern in die westdeutsche Vertretung in Ostberlin, die Botschaften in Warschau, Prag, über die Grenze Ungarns (19. August, 600 DDR-Bürger durch ein geöffnetes Grenztor nach Österreich, am 11. September hatte Ungarn 15000 DDR-Bürgern die uneingeschränkte Ausreise nach der Bundesrepublik Deutschland gesichert) vorangegangen war, sollte eine historische Zwischenanalyse geboten werden. Und das dürfte gelungen sein. Hochrangige Referenten und Gesprächsteilnehmer eröffneten eine beeindruckende Tiefen- und Breitenanalyse, warum die SED-Diktatur - für viele in der Welt unerwartet - im Jahre 1989 unmittelbar, total und unblutig, revolutionär überwunden werden konnte und es zur deutschen Wiedereinheit schon ein Jahr später kommen konnte. ...



Claus Morhart schrieb in „epd medien“ Nr. 91 vom 20. November 1999 über die Tagung „Cyber-Demokratie“ u.a.:

## Neue Aufgabenverteilung

### Redselige Politiker, geschwätzige Medien

... Und das Internet? Das stark wachsende Medium - ein Themenschwerpunkt der Tagung - wurde in Tutzing zwar mit Respekt und Aufmerksamkeit bedacht, doch dass es alsbald den politischen Prozess revolutionär verändere, wollte niemand voraussagen. Es sei „absolut hypertroph“ anzunehmen, die Leute würden nun in großem Stil Parteiprogramme aus dem Netz abrufen, meinte SFB-Mann Engert. Jan Tonnemacher von der Katholischen Universität Eichstätt erwartet, dass ein altes Gesetz auch diesmal gilt: „Ein neues Medium ergänzt die alten Medien, ersetzt sie aber nicht. Es führt zu einer neuen Aufgabenverteilung.“ ... Immerhin: Die virtuellen Gesprächsrunden hätten ein „höheres Niveau als Wahlveranstaltungen“. Neumann sieht im Internet „Ansätze einer Beteiligungsdemokratie“, aber keine Wiederauferstehung der griechischen Agora. Eine globale *res publica* wäre allerdings ein „Abfallprodukt“ des Netzes, mit dem vor allem große Konzerne große Geschäfte machen wollten, so Jan Tonnemacher. Man müsste sich auch sehr wundern, wenn die Parteien dank des Internets plötzlich die innere Demokratie wiederbelebten, nachdem sie sich in den vergangenen Jahren zunehmend zu Maschinen zur Personalrekrutierung entwickelt haben und programmatisch wie „ausgetrocknete Salzseen“ dalägen, so der Stuttgarter Zach. In den Vereinigten Staaten trocknet nun auch das Internet in seiner Funktion als Forum aus, so Christoph Bieber von der Universität Gießen: Kandidaten seien zunehmend weniger an den Antworten der Wähler interessiert, sondern benutzten das Netz vor allem dazu, um Spenden zu sammeln und Unterstütz-

ergruppen per e-mail zu mobilisieren. ... Der Charakter des Netzes - ein Meer von Informationen, individuell erzeugt und individuell abzurufen - nimmt ihm zudem die Massenwirkung: „Das Internet kann keine Themen setzen, hat kein Anfang und kein Ende“, so Publizistikwissenschaftler Donges. Da bedürfe es eines Lotsen, eben des Journalisten. ... Inzwischen gibt es sogar Anzeichen, dass die ureigenen Möglichkeiten des Internets - die Verknüpfung von Informationen - als störend empfunden werden: Mit den vielen Querverweisen in einem Text werde

man „verrückt“, berichtete Ulrike Filgers, die im Düsseldorfer Bildungsministerium ein offensichtlich erfolgreiches Internet-Politikangebot für Jugendliche steuert. Der Trend gehe weg von diesen *Links*: „Man liest wieder linear.“

Allen Einwänden zum Trotz sah in Tutzing wohl jeder, dass das Internet die großartige neue Chance bietet, selbständig Informationen zu suchen und zu verbreiten, sich unabhängig zu machen von den herrschenden Nachrichtenkanälen. Freilich kollidieren diese nahezu unbegrenzten Möglichkeiten mit dem Faktor Zeit: „Selbst ich bin an der Grenze meiner Kapazitäten angelangt“, sagte Akademiedirektor Oberreuter. „Ich glaube nicht, dass es zum Normalfall wird, dass sich Leute aus dem Internet ihre persönliche Zeitung zusammenstellen.“ ...

Angelika Stellwag berichtete im „NORDBAYERISCHEN KURIER“ vom 6./7. November 1999:

## Das lange Sterben der DDR und die Sensation von 1989

Das lange Sterben der DDR begann schon bald nach der Staatsgründung von 1949. Kaum war der „Homunculus sovieticus“ installiert, so der wichtige Zeitzeuge Wolfgang Leonhard, kam auch schon der Aufstand des 17. Juni 1953. Das Volk, die Arbeiterschaft, rechnete mit der „Arbeiter- und Bauernmacht“ ab, erzählte Leonhardt auf einer Tagung der Akademie für Politische Bildung anlässlich der Grenzöffnung vor zehn Jahren. ... Höhepunkt der Veranstaltung war der Auftritt von Gyula Horn, 1989 ungarischer Außenminister, der vor zehn Jahren Zehntausenden von ausreisewilligen DDR-Urlaubern die Grenze nach Westen öffnete. Damit versetzte er nicht nur der DDR-Führung, sondern dem gesamten Gefüge

des Ostblocks einen entscheidenden Stoß. Horn beschrieb seine Biografie vom Jungkommunisten bis zum Verfechter der westlichen Demokratie und der Nato. Die Ostpolitik Willy Brandts war nach Aussage Horns der ausschlaggebende Faktor für den Beginn seiner neuen Weltsicht. Die Erkenntnis, dass die Brandtsche Ostpolitik solche Magnetwirkung ausgeübt hatte, überraschte die Teilnehmer der Tagung. Daraus, so das Resultat, lässt sich schließen, dass die Ursachen des Niedergangs des Kommunismus noch längst nicht in allen Facetten erfasst sind.

Wolfgang Hauptmann schrieb am 9. Dezember 1999 in der „NEUEN ZÜRCHER ZEITUNG“ über die Tagung „Cyber-Demokratie“ u.a.:

## Die deutsche Politik und der Einfluss der Medien

### Bloß begrenzte Veränderung durch das Internet?

... Wer sich unterrichten will, findet im Internet ein zwar unübersichtliches, aber Verfälschungen durch Regierungen und Parteien entgegenwirkendes Angebot, obwohl dessen Glaubwürdigkeit jeweils nachgeprüft werden muss. Seine Befürworter sehen die Transparenz, den schnellen Zugriff auf umfangreiche Dokumente und die gesteigerte Partizipationsmöglichkeit des Individuums als erste Schritte zu einer elektronischen Demokratie. Jan Tonnemacher von der Katholischen Universität Eichstätt schraubte solche Erwartungen auf eine Revitalisierung herunter. Außer den positiven Ansätzen in dieser Richtung sah er die Gefahr, dass die wachsenden Kommunikationskonzerne die Politik lediglich als Randprodukt betrachten, das der angestrebten Konsumsteigerung im Wege steht.

Trotz zögernder Akzeptanz von Internet durch die Parteien haben Parlamentarier seine Vorteile sehr wohl erkannt. Es werde helfen, glaubt der CDU-Bundestagsabgeordnete Bernd Neumann, noch vorhandene Informationsmonopole abzubauen und den Weg zu mehr Beteiligung am politischen Leben zu ebnen. Auch wenn die neuen Medien die körperliche Präsenz, etwa bei Wahlversammlungen, nicht ersetzen könnten, sprächen sie zusätzliche Gruppen an. Dahinter steht die Hoffnung, vielleicht so diejenigen Wähler zu reintegrieren, die heute verdrossen im politischen Abseits stehen. Vor allem über solche Multiplikatoren sind neue Mehrheiten denkbar. Auch andere Abgeordnete messen dem Internet mehr als komplementären Charakter bei und halten seine stärkere Beeinflussung des Wahlkampfes

schon in wenigen Jahren für möglich. Immer mehr junge Menschen bitten eher über E-Mail eine Partei um Information, als zu telefonieren oder gar einen Brief zu schreiben. Die jüngste amerikanische Praxis, den elektronisch erreichbaren Wähler als Kommunikationspartner zu behandeln, ihm eine Spende nahe zu legen und ihn auch sonst zu mobilisieren, lässt europäische Parteien über Nachahmung nachdenken.

### Vertieft sich die Spaltung der Gesellschaft?

Für Skeptiker sind die technischen Vorzüge der neuen Medien allerdings nur eine Randerscheinung. Womöglich verstärkten sie die Spaltungstendenz in der Gesellschaft, sorgte sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Ludwig Stiegler. Sie beförderten nämlich die noch bessere Information einer ohnehin gut unterrichteten Minderheit, die sich einer hedonistischen Mehrheit gegenübersehe. Schon jetzt gefährde die Jagd nach hohen Einschaltquoten und Auflagen die Vermittlung seriöser Politik. ...

Die Starnberger Lokalausgabe der „SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG“ brachte am 30. November 1999 ein Interview mit einer Teilnehmerin unseres Islam-Seminars:

## „Man weiß zu wenig voneinander“

Graue Theorie über Integration nützt ihr nichts: Marianne Retzer-Brabetz ist Lehrerin an der Hauptschule in Penzberg und unterrichtet Kinder aus unterschiedlichen Gesellschaften. Vergangene Woche nahm sie an einer Lehrerfortbildung der Politischen Akademie Tutzing zum Thema Europa und der Islam teil. Darüber sprach sie mit NN-Mitarbeiterin Claudia Tieschky.

*SZ: Können Sie mit dem, was Sie in Tutzing gehört haben, im Unterricht etwas anfangen?*

Betzer-Brabetz: Ja. Ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, eine Projektwoche zum Thema Islam zu machen. Dabei könnte man mit den Schülern den muslimischen Gebetsraum besuchen, den es in Penzberg gibt, oder Menschen einladen, die über den Islam erzählen können. ...

*Was hat Sie an dem Seminar in Tutzing am meisten beeindruckt?*

Ich fand den Vortrag des Islamwissenschaftlers Nevfel Cumart über das Menschenbild und die Rolle der Frau im Islam sehr interessant. Wir haben in der Klasse auch schon öfter über die Lebensplanungen der Schüler gesprochen. Dabei hat sich dann herausgestellt, dass für einige Mädchen Emanzipation und Kopftuch offenbar kein Widerspruch sein müssen. Das war für die deutschen Schüler sehr überraschend.

*Was ist Ihrer Meinung nach das größte Problem?*

Dass man zu wenig voneinander weiß.



Werner vom Busch schrieb im „NORDBAYERISCHEN KURIER“ vom 24. November 1999:

## „Prägekräfte des Jahrhunderts“

... Welche politischen Kräfte haben dieses Jahrhundert geformt, nahmen Einfluss auf seine Entwicklung? Es war, wie Nadesha Mandelstam es beschrieb, auch das „Jahrhundert der Wölfe“, jedenfalls in seiner ersten Hälfte. Heinrich Oberreuter, Leiter der Tutzinger Akademie, betonte in seiner Einleitung, dass sich dieses Jahrhundert der Gegensätze eben nicht auf die Ideologien allein reduzieren lässt. Es war, so Oberreuter, auch ein Jahrhundert der Gegensätze: eines des Krieges und des Friedens, der Demokratie und der totalitären Regime. Schon zu Beginn des Jahrhunderts gab es widersprüchlichste Aussagen über das kommende Jahrhundert, so Karl-Dietrich Bracher von der Universität Bonn. In ihnen spiegelte sich die Zeit der Verunsicherung der Menschen Anfang 1900. US-Präsident Woodrow Wilson sah die „Morgenröte der Demokratie“ heraufziehen, die Sozialisten witterten Morgenluft für ihre Lehren und Oswald Spengler prophezeite in seinem Buch den „Untergang des Abendlandes“, das noch vor dem Ersten Weltkrieg konzipiert wurde. Einig war man sich nur in der Erwartung gewaltiger Veränderungen unter einem großen, beherrschenden Prinzip, so Bracher. Im Gefolge des Ersten Weltkrieges entwickelte sich dann ein brisantes Gemisch gesellschaftlicher Antriebskräfte, hin zu den Diktaturen des Faschismus, Kommunismus und Nationalsozialismus. Die Anziehungskraft des Nationalsozialismus sieht Bracher in seiner „Gemeinschaft stiftenden Ideologie“...

Alexander Jungkunz berichtete in den „NÜRNBERGER NACHRICHTEN“ vom 22. November 1999:

## „Prinzip Verantwortung“ als Zukunfts-Rezept

Die Liste der Referenten las sich wie ein Who's who der Politik- und Geschichtswissenschaft: Karl-Dietrich Bracher, Wolfgang Leonhard, Hans Maier, Ernst-Otto Czempiel und viele andere untersuchten bei einer Tagung der Politischen Akademie Tutzung und des Nürnberger Bildungszentrums die „Prägekräfte des Jahrhunderts“. Wir verfolgten die Vorträge, die einen Ausblick in die Zukunft wagten.

Von der Humanität über die Nationalität zur Bestialität - so skizziert Her-

mann Glaser die erste Hälfte des Jahrhunderts. Und Nürnbergs früherer Kulturreferent blickt mit einer Mischung aus Enttäuschung und Hoffnung auf die Millenniums-Wende - enttäuscht deshalb, weil an die Stelle gründlichen Nachdenkens im Internet-Zeitalter immer öfter kurzfristiges Handeln und die „Flucht in die Beschleunigung“ träten. Glaser buchstabierte die WWW-Abkürzung des WorldWideWeb anders, als Rezept: Man müsse mit Wachsamkeit den Wandel wagen ...

Über den Auftritt des Trio Exvoco im Rahmen der Tagung „Mit offenen Ohren ins 3. Jahrtausend“ schrieb Jan Björn Potthast am 11./12. Dezember in den Starnberger Neuesten Nachrichten der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG:

## Das schiere Lautvergnügen

Von Dada bis ... : Gehörtes und Unerhörtes mit dem Trio „Exvoco“

Da-das ist schon ein starkes Stück. Da-da-das hat man ja noch nie gehört. Dada begegnet dem satten Bildungsbürgertum ja eher selten. Christian Morgenstern? Ja, klar, kennt man; Wiesel auf Kiesel im Bachgeriesel und so. Aber Max Bense, Hugo Ball, Welimir Chlebnikow? Nie gehört, oder?

Um so spannender, mal echte Bewahrer des Dadaismus zu erleben. Was heißt Bewahrer? Virtuosen! Endlich mal jemand, der auf höchstem Niveau eine Kunstströmung präsentiert, die, obwohl schon rund achtzig Jahre alt, immer noch fremd, radikal und extrem progressiv wirkt und nach wie vor echte Bürgerschreckqualitäten hat. Die Dame und die beiden Herren auf der Bühne machen einen höchst respektablen Eindruck. Tatsächlich arbeiten sie in hochangesehenen Positionen an Hochschulen und in Rundfunkanstalten. Und plötzlich fangen sie an, die unmöglichsten Laute von

sich zu geben: sie jauchzen und miauen, sie zischen und zucken, stöhnen und höhnen, gurgeln und gackern, ächzen und wimmern. Die Töne klingen fremd und vertraut, obszön und belustigend, komisch und kakophonisch.

Im Prinzip rezitieren sie Gedichte. Nur dass darin höchst selten Worte auftauchen, geschweige denn ein Satz, ein Vers oder ein Sinn. Auf den ersten Blick völlig sinnfrei, steckt natürlich gerade in der bewussten Vermeidung des Sinnes ein solcher. Zum Beispiel der, auf anderen, ungewohnten Ebenen zu unterhalten: mit schierem „Lautvergnügen“. So wurden „Exvoco“ am Donnerstagabend in der Politischen Akademie angekündigt. Das Kürzel steht für „Expanded Voice Company.“ Ein treffender Name, denn das Stuttgarter Trio erweitert tatsächlich das Spektrum seiner Stimmritzen um verblüffende Facetten. ...

# Themen      Tagungen      Termine

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

## M ä r z

10-3	8. - 9. 3.	<b>Illegale Migration und Schleusung</b> Internationales Kolloquium in Kooperation mit dem Europäischen Forum für Migrationsstudien, Bamberg und der Georgetown University, Washington Leitung: Grosch/Willenborg Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
11-1*	13. - 17. 3.	<b>Bürger und Demokratie in Deutschland</b> Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen Leitung: Kranenpohl/Schönauer Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
11-5	17. - 19. 3.	<b>Die Zukunft der christlich-demokratischen Parteien</b> Leitung: Oberreuter Sekretariat: Dagmar Hoerstke Tel. 08158/256-47
12-2	24. - 26. 3.	<b>Globalisierung: Am Ende von Demokratie und Politik?</b> Im Rahmen der offiziellen Veranstaltungen BAYERN 2000 zum Jahrtausendwechsel Leitung: Oberreuter/Kranenpohl Sekretariat: Dagmar Hoerstke Tel. 08158/256-47
12-3	21. - 23. 3.	<b>Globalisierung - Pferdefuß für die Frauen?</b> In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Frauenring Leitung: Diemer Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
13-1	28. - 30. 3.	<b>Armutsbekämpfung durch Reform der Sozialhilfe - Deutsche Ansätze und Internationale Anregungen</b> Leitung: Grosch/Willenborg Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53

### E-Mail-Adressen der Sekretariate:

H.Bäuerle@apb-tutzing.de    R.Heinz@apb-tutzing.de  
D.Hoerstke@apb-tutzing.de    N.Riewendt@apb-tutzing.de

Die Akademie im Internet: [www.apb-tutzing.de](http://www.apb-tutzing.de)



# Themen Tagungen Termine

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

## April

- |              |                     |   |
|--------------|---------------------|---|
| <b>14-1*</b> | <b>3. - 7. 4.</b>   | <b>Wachstum und Wohlstand</b><br>Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen<br>Leitung: Hampe/Grunick<br>Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50  |
| <b>14-2*</b> | <b>4. - 6. 4.</b>   | <b>Offene Grenzen - Gefahr für die innere Sicherheit?</b><br><b>Die Schleierfahndung auf dem Prüfstand</b><br>In Zusammenarbeit mit der Deutschen Polizeigewerkschaft<br>Leitung: Weber<br>Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46 |
| <b>14-3</b>  | <b>7. - 9. 4.</b>   | <b>Bildung und Erziehung: Diktaturen im Vergleich</b><br>Leitung: Oberreuter<br>Sekretariat: Dagmar Hoerstke Tel. 08158/256-47  |
| <b>15-1</b>  | <b>10. - 12. 4.</b> | <b>Menschen in der flexiblen Arbeitswelt -</b><br><b>Datenschutz und neue Unternehmenskulturen</b><br>Leitung: Piazzolo<br>Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46   |
| <b>15-3</b>  | <b>13. - 14. 4.</b> | <b>Neue Leitbilder in der Bildung - Chancen eines Aufbruchs?</b><br>Leitung: Piazzolo<br>Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53  |
| <b>16-1</b>  | <b>17. - 20. 4.</b> | <b>Soziale Ungleichheit in der DDR</b><br>Zu einem tabuisierten Strukturmerkmal der kommunistischen Diktatur<br>Leitung: Maruhn<br>Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50  |
| <b>17-1</b>  | <b>26. - 28. 4.</b> | <b>Die politische Rolle des Lehrers in der demokratischen Gesellschaft</b><br>In Zusammenarbeit mit dem BLLV<br>Leitung: Grosch<br>Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50  |
| <b>17-2</b>  | <b>25. - 27. 4.</b> | <b>Die Europäische Union vor der Erweiterung -</b><br><b>Eine Option für das ehemalige Jugoslawien?</b><br>Leitung: Piazzolo<br>Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53   |
| <b>17-3</b>  | <b>28. - 30. 4.</b> | <b>Ideologie kontra Wertorientierung</b><br>Die unvermeidliche Jahrhundertkonfrontation von Kommunismus<br>und Sozialdemokratie<br>Leitung: Maruhn<br>Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46                                      |

# Themen Tagungen Termine

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

## M a i

- |              |                   |   |
|--------------|-------------------|---|
| <b>18-1*</b> | <b>2. - 5. 5.</b> | <b>Chancen und Risiken - Bürger und Verbraucher in der Informationsgesellschaft der Zukunft</b><br>Leitung: Willenborg<br>Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53 |
| <b>18-2</b>  | <b>2. - 4. 5.</b> | <b>Das soziale Netz in Deutschland</b><br>Leitung: Piazzolo<br>Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53  |
- 
- |             |                   |  |
|-------------|-------------------|--|
| <b>18-3</b> | <b>5. - 7. 5.</b> | <b>Frankreich - 50 Jahre deutsch-französische Aussöhnung</b><br>Tutzing International Forum<br>Leitung: Denzer<br>Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46 |
|-------------|-------------------|--|

Am 9. Mai 1950 entwickelte der damalige französische Außenminister Robert Schuman den nach ihm benannten Plan, durch die Vergemeinschaftung der deutschen und französischen Grundstoffindustrien Kohle und Stahl einerseits der deutsch-französischen Aussöhnung den Weg zu bereiten und einen Krieg zwischen beiden Ländern in der Zukunft unmöglich zu machen, andererseits die Einigung eines föderalistischen Europa auf der Basis der deutsch-französischen Union zu initiieren.

Diese mutige Geste des Siegers gegenüber dem besiegten Deutschland schon 5 Jahre nach der Kapitulation führte 1963 zum Elysée-Vertrag, dem deutsch-französischen Freundschaftsvertrag. Die Aussöhnung zwischen beiden Völkern war neben dem formellen Akt aber in der Praxis durch unge-

zählte Städte-, Vereins- und Schulpartnerschaften, durch ein dichtes Netz von Austauschbeziehungen und Begegnungen schon im vollen Gange, ein einmaliges Beispiel der Friedensstiftung von unten in der europäischen Geschichte. Sie führte auch auf den erfolgreichen Weg der europäischen Einigung von der Montanunion 1952 über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 1957 bis zur heutigen Europäischen Union mit einer gemeinsamen Währung. Aus Anlaß dieser historischen Entwicklung will die Tagung Entwicklung und Stand der deutsch-französischen Beziehungen, den Wandel in Frankreich, unserem engsten Partner, und die Bedeutung der deutsch-französischen Achse für die europäische Einigung bilanzieren.

- |              |                     |   |
|--------------|---------------------|---|
| <b>19-1*</b> | <b>8. - 12. 5.</b>  | <b>Religiöser Fundamentalismus als politisches Phänomen</b><br>Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen<br>Leitung: Diemer<br>Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50 |
| <b>19-3</b>  | <b>12. - 13. 5.</b> | <b>Politische Bildung im Absels?</b><br>Leitung: Oberreuter/Grosch/Hampe/Maruhn<br>Sekretariat: Dagmar Hoerstke Tel. 08158/256-47   |



# Themen Tagungen Termine

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

20-2	15. - 17. 5.	<b>Stiefkind Wirtschaft - Verpaßte Chancen für den Lokaljournalismus</b> In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau Leitung: Schröder Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
20-3	19. - 21. 5.	<b>Blühende Landschaften?</b> Bestandsaufnahme nach 10 Jahren wirtschaftlicher Transformation in Ostdeutschland Leitung: Hampe Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
21-1*	22. - 25. 5.	<b>Integration durch Erwerbsarbeit - Migration und Arbeitsmarkt in Bayern</b> Leitung: Grosch/Willenborg Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
21-2	26. - 28. 5.	<b>Ungleiche Gleichheit: Bildung und Lebensentwürfe von Frauen an der Wende zum neuen Jahrtausend</b> In Zusammenarbeit mit der Landeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an bayerischen Hochschulen Leitung: Grosch Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
21-3	26. 5.	<b>Die Zukunft der Bundeswehr</b> In Zusammenarbeit mit der Offenen Akademie der VHS München Tagungsort: München, Gasteig Leitung: Piazzolo Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
22-4	29. - 31. 5.	<b>Formate für Bücher</b> Information, Kritik und Promotion in Fernseh- und Hörfunksendungen Fachtagung für TV- und Radioredakteure, Autoren und die Medienfachpresse in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Stiftung Lesen Leitung: Kamutzki/Franzmann/Schröder Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

## E-Mail-Adressen der Sekretariate:

H.Bäuerle@apb-tutzing.de   R.Heinz@apb-tutzing.de  
 D.Hoerstke@apb-tutzing.de   N.Riewendt@apb-tutzing.de

Die Akademie im Internet: [www.apb-tutzing.de](http://www.apb-tutzing.de)

Akademie für Politische Bildung  
Postfach 220, 82323 Tutzing  
Pressesendung DPAG  
„Entgelt bezahlt“, B 42656

# Namen und Nachrichten

## aus der Akademie

### DIREKTOR

**Prof. Dr. Heinrich Oberreuter** hielt Vorträge und sprach auf Podiumsdiskussionen u.a. in Heidelberg, München, Berlin, Wildbad Kreuth und Valenciennes (Frankreich).

Ab dem Wintersemester 1999/2000 hat er zusätzlich seinen Lehrstuhl an der Universität Passau mit reduzierter Lehrverpflichtung wieder in Besitz genommen.

### KURATORIUM

Als neue Mitglieder wurden **Karin Radermacher**, MdL und **Prof. Dr. Gerhard Fuchs**, Direktor des Bayerischen Fernsehens, vom Ministerpräsidenten in das Kuratorium der Akademie berufen.

Turnusmäßig ausgeschieden aus dem Kuratorium sind **Gerhard Bradel** und **Hans-Günter Naumann**. Die Akademie bedankt sich bei den Herren Bradel und Naumann für ihre Mitarbeit in den vergangenen Jahren.

### Akademie im Internet:

<http://www.apb-tutzing.de>

Aktuelle Themen und Termine,  
die neuesten Programme und  
Informationen zur Akademie-  
arbeit. Und online anmelden!

### KOLLEGIUM

**Dr. Peter Hampe** hielt im Rahmen eines EU-finanzierten Gastprofessorenprogramms im Dezember 1999 am Institut für Internationale Beziehungen der Universität Kiew Vorlesungen über „Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion“.

Im Rahmen seines Lehrauftrags an der TU Dresden hielt er im Wintersemester 1999 ein Blockseminar über „Aufgaben, Möglichkeiten und Grenzen der Arbeitsmarktpolitik“.

**Dr. Michael Plazolo** hielt auf Einladung des Europäischen Bildungsinstituts (C.I.F.E.) vor deutschen und französischen Landwirten einen Vortrag zum Thema „Die Europäische Union nach den Verträgen von Maastricht und Amsterdam“. Im Rahmen der Seminarreihe „Eurofamilia“ des Europäischen Kolping-Werks sprach er in Teisendorf (Obb.) zu der Themenstellung „Die EU - eine Wertegemeinschaft?“

### VERWALTUNG

**Monika Haas**, Wirtschaftlerin und stellvertretende Hauswirtschaftsleiterin, ist zum 31. 12. 1999 ausgeschieden. Diese Position wird ab 15. 2. 2000 von **Antonie Nass** besetzt.

Beiköchin ab 1. 10. 1999 ist Frau **Marion Käsbaumer**.

**Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:**  
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarummern angeben)

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ..... Ort.....

Tel..... Fax.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing